

Noch nicht genehmigt

Protokoll 05

Stadtratssitzung
Donnerstag, 12.03.2026, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll beachten Sie das [Audioarchiv des Stadtrates](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr	3
2023.SR.0112	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2021.SR.000129	4
2 Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Kli- mabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern; Prüfungsbericht	11
2025.SR.0052	11
3 Motion: Lärm, Stress und Schadstoffe reduzieren: Einschränkung von Feuerwerk zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt; Ablehnung/Annahme als Postulat/Prüfungsbericht	24
2024.FPI.0157	24
4 Monbijou-Areal von Energie Wasser Bern (ewb); Erwerb (Abstimmungs- botschaft)	32
Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr	32
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:45 Uhr	33
2023.SR.0112	34
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2025.SR.0021	35
5 Interpellation: Vergabekriterien und Entscheidungskompetenzen beim Vierer- und Mittelfeld	43
2025.SR.0031	43
6 Motion: Stadt muss in bezahlbaren Wohnraum investieren: Das Mittelfeld für den gemeinnützigen Wohnungsbau nutzen; Annahme/Begründungsbericht	43
2019.PRD.000024	43
11 Ausserholligen VI (Arealentwicklung ewb/BLS): Überbauungsordnung Stöckackerstrasse 33 - Ladenwandweg, Aufhebung Baulinienplan und Ver- zicht Ausübung Vorkaufsrecht (Abstimmungsbotschaft)	58
2025.PRD.0054	58
12 Volksschule Steigerhubel: Provisorium Modulbau II; Projektierungs- und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)	62
2024.PRD.0018	62
13 Volksschule Wankdorf: Sanierungsmassnahmen Morgartenstrasse 2a und Kanalisation sowie Bau Rollpark; Baukredit	68
Verschieden und eingereicht	68
Schluss der Sitzung: 22.46 Uhr	70

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Béatrice Wertli, 1. Vizepräsidentin

Valentina Achermann	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanović
Nadine Aebischer	Georg Häsler	Dominic Nellen
Timur Akçasayar	Bernhard Hess	Roger Nyffenegger
Debora Alder-Gasser	Dominique Hodel	Shasime Osmani
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Cemal Özçelik
Emanuel Amrein	Stephan Ischi	Mehmet Özdemir
Mirjam Arn	Monique Iseli	Chantal Perriard
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Simone Richner
Tom Berger	Anna Jegher	Mirjam Roder
Natalie Bertsch	Raffael Joggi	Michael Ruefer
Gourab Bhowal	Nora Joos	Judith Schenk
Lea Bill	Barbara Keller	Lukas Schnyder
Laura Brechbühler	Fuat Köçer	Lea Schweri
Jacqueline Brügger	Mirjam Läderach	Tobias Sennhauser
Carola Christen	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Laura Curau	Christoph Leuppi	Michelle Steinemann
Andreas Egli	Corina Liebi	Ursula Stöckli
Nik Eugster	Maurice Lindgren	Irina Straubhaar
Alexander Feuz	Nicolas Lutz	Anouk Ursin
Dominik Fitze	Denise Mäder	Johannes Wartenweiler
Seraina Flury	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Katharina Gallizzi	Esther Meier	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Matteo Micieli	
Simon Gyger	Szabolcs Mihályi	

Stadtrat entschuldigt

Michael Burkard	Thomas Glauser	Nora Krummen
Jelena Filipovic	Ueli Jaisli	Ronja Rennenkampff
Helin Genis	Ingrid Kissling-Näf	Fabian Rüfenacht

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

1. Vizepräsidentin: Guten Abend miteinander, darf ich euch bitten, Platz zu nehmen. Wir möchten die Sitzung rechtzeitig beginnen. Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse euch herzlich als Vizepräsidentin. Heute darf ich für die heutige Sitzung des Stadtrats das Ratspräsidium übernehmen.

Ich gebe zuerst die Entschuldigungen bekannt. Für alle Sitzungen ist entschuldigt, obviously, Jelena Filipovic. Ich wünsche ihr gute Besserung. Ebenso entschuldigt für alle Sitzungen sind Ingrid Kissling-Näf von der SP und Fabian Rüfenacht von der GLP. Entschuldigt für die erste Sitzung sind Helin Genis von der SP und Ueli Jaisli von der SVP. Für die zweite Sitzung entschuldigt hat sich Fuat Köçer von der SP. Michael Ruefer hat eine Verspätung angekündigt.

Wir haben heute einen Rücktritt zu verkünden und ich lese euch das Rücktrittsschreiben vor: "YOLO, you only live once. Vielleicht. Ich jedenfalls lebe only immer an einem Ort gleichzeitig. Mein Stuhl hinten in der Mitte ist der beste Platz in diesem Raum mit der besten Aussicht auf den Rat und neben der besten Fraktion im Saal. Danke GB/JA! für eure Arbeit, für alle Diskussionen, für euer Herzblut, das ihr in dieses Parlament steckt und in eine Stadt Bern, die vorzeigen kann, wie es gehen könnte. Meine Energie werde ich politisch vorerst gezielt im Bereich Umwelt und Gesundheit einsetzen. Ich verschwinde nicht von der Bildfläche nur von diesem Stuhl. Merci euch allen für das Vertrauen und die Zusammenarbeit. Häbet Sorg zunenang, Mirjam."

Vielen Dank, Mirjam Arn für diese fröhlichen Worte zum Abschied. Mirjam Arn von der Fraktion GB/JA! ist seit fast vier Jahren im Stadtrat. Sie ist Mitglied der SBK. Und in unserer Statistik darf ich lesen, dass du neun Vorstösse als Erstunterzeichnete und 132 als Mitunterzeichnete eingereicht hast. Deine Themen sind Klima, Inklusion, Wohl von Mensch und Tier, Denkmalschutz und der Sport. Vielen herzlichen Dank für dein Engagement im Stadtrat. Vielen Dank für dein Engagement neben deinem auch sonst sehr ereignisreichen Leben und Beruf. Ich wünsche dir alles Gute und freue mich, dass du heute noch auf diesem Stuhl bleibst. YOLO, you only live once. Vielen herzlichen Dank.
Applaus im Saal.

Einen runden Geburtstag gefeiert hat vorgestern Michael Burkard. Und ebenfalls am selben Tag, am 10. März, hat Fabian Rüfenacht seinen Geburtstag gefeiert. Happy Birthday unseren beiden Kollegen. Wir kommen nach den Geburtstagen noch zu den weiteren Mitteilungen. Vergesst das Badgen nicht. Ich habe meinen Badge vergessen, aber ich glaube, es ist klar, dass ich heute hier war. Die Vorstösse könnt ihr einreichen: bis um 21 Uhr die dringlichen Vorstösse und bis um 21.30 Uhr die regulären Vorstösse. Wir kommen somit zum Traktandum 2.

2021.SR.000129

2 Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern; Prüfungsbericht

1. Vizepräsidentin: Es ist ein Prüfungsbericht. Das Postulat wurde von der Fraktion GB/JA! eingereicht und der Prüfungsbericht wurde zur Traktandierung beantragt. Ich erteile den Einreichenden das Wort. Für die Fraktion GB/JA!, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB): Ich bin froh, dass ich dieses Votum endlich halten kann. Meine Blätter sind schon sehr zerkrummt, weil es doch schon sehr häufig verschoben wurde. Aber was lange währt, wird endlich gut. Unser Postulat fordert für Bern ein Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo. Ein Klimabudget kann man sich vorstellen wie ein normales Budget, nur dass es nicht um ausgegebenes Geld, sondern um ausgestossene CO₂-Emissionen geht. Für jedes Planjahr werden die zulässigen Emissionen angegeben und dazu die angestrebten Einsparungen der Emissionen in CO₂-Äquivalenten und schliesslich die geplanten Massnahmen und die angestrebte quantifizierte Reduktion dieser Emissionen. Die Idee ist, dass man Massnahmen quantifizieren kann, also weiss, wie viel CO₂ in einem Jahr eingespart wurde, wie weit man noch von den jährlichen Zielen entfernt ist und welche Massnahmen angewendet werden müssen, um diese Ziele zu erreichen.

So wird verhindert, dass man sich in einer Art Blindflug befindet und Massnahmen umsetzt, die gar nicht so effizient sind. Dies können wir uns nämlich nicht leisten, wenn wir die Ziele im Klimareglement erreichen wollen, denn es bleiben uns noch 10 bis maximal 20 Jahre, um Netto-Null auf dem Stadtgebiet zu erreichen. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, werden durch die Absenkpfade im Klimareglement die jährlich nötigen Einsparungen eigentlich schon vorgegeben. Die eine Seite der Gleichung in diesem Budget haben wir also. Wichtig ist nun zu wissen, mit welchen Massnahmen dieses Soll erreicht werden kann.

Der Gemeinderat hält jedoch fest, dass im Moment keine Plattform zur Erstellung der Klimabilanz existiert, welche es erlaubt, sowohl die Wirkungsabschätzung von Massnahmen durchzuführen wie auch die Zeitreihen zu erhalten. Die neue EKS (Energie- und Klimastrategie) macht nun zumindest in den Handlungsfeldern "Energieversorgung und Gebäude" sowie "Mobilität" eine grobe Abschätzung, wie viel CO₂ mit den einzelnen Massnahmen eingespart werden kann. Diese Angaben sind jedoch nicht sehr genau und lassen sich in keiner Weise auf die Wirkung innerhalb eines Jahres herunterbrechen, wie dies für die Erstellung eines Klimabudgets eigentlich nötig wäre. Für uns ist aber auch klar, dass der Aufwand und die Wirkung einer solchen Bilanz irgendwie in einem Verhältnis stehen müssen. Das Ziel ist ja nicht, alle Ressourcen der Verwaltung in das Monitoring und Budgetieren zu stecken, sondern eher in die Reduktion von CO₂. Trotzdem muss es möglich sein, jederzeit zu sehen, wo wir mit welchen Zielen stehen und welche Schritte als nächstes angegangen werden sollten.

Wir begrüssen deshalb sehr, dass der Gemeinderat vorschlägt, nun in den neuen Controllingberichten zur Energie- und Klimastrategie in Zukunft nicht nur zurückzuschauen, sondern auch festzuschreiben, welche Massnahmen und Handlungsfelder in der nächsten Periode angegangen werden sollen. Der Gemeinderat schreibt, dies gäbe dem Parlament die Möglichkeit zu überprüfen, ob die nötigen Schwerpunkte im AFP auch berücksichtigt würden. Nun, natürlich ist es für uns wichtig, dass wir überprüfen können, ob das geschieht. Aber eigentlich muss es doch eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Gemeinderat die nötigen Gelder für die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen sowohl im Budget wie auch im AFP einstellt. Alles andere wäre unseriös. Zudem ist darauf zu achten, dass dies in den Unterlagen zum Budget und AFP dann auch wirklich klar ersichtlich ist. Am nutzer*innenfreundlichsten wäre eine Tabelle, die jährlich die geplanten Klimamassnahmen und die dafür eingestellten Gelder ausweist. Gleiches gilt auch für die mittelfristige Investitionsplanung MIP. Der Gemeinderat schlägt vor, auf diese im Rahmen des Planungsdialogs mit der Finanzkommission genauer einzugehen. Diesen Vorschlag begrüssen wir. Jedoch muss auch hier das Instrument erweitert werden. Es reicht nicht, wenn in der MIV einfach ausgewiesen wird,

dass das Schulhaus X zum Zeitpunkt Y saniert werden soll. Aus den Angaben muss auch ersichtlich sein, welche Klimamassnahmen damit verbunden sind; also müsste beispielsweise ausgewiesen werden, dass bei der Sanierung von Schulhaus X der Ersatz der Ölheizung und der Bau einer Solaranlage geplant ist. Und je genauer diese Angaben sind, desto eher kann man das CO₂-Reduktionspotenzial einer Investition abschätzen und eine entsprechende Priorisierung vornehmen. Unter diesen Voraussetzungen nehmen wir den Prüfungsbericht an.

1. Vizepräsidentin: Ihr dürft euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Für die GFL, Tanja Miljanović.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Guten Abend miteinander. Das ist auch ein Votum, das ich in den tiefsten Katakomben meines PCs wiedergefunden habe. Ich glaube, ich habe das vier, fünf Mal wieder hervorgeholt. Aber jetzt ist es traktandiert.

Als GFL anerkennen wir das Anliegen des Postulats: eine Klimapolitik, die faktenbasiert, verbindlich und transparent ist. Das ist das, was gefordert wird. Und genau darum haben wir 2022 das Klimareglement beschlossen: mit klaren Zielen, einem Absenkpfad und verbindlichen Zwischenzielen und eben auch einem öffentlichen Reporting.

Ein zusätzliches System wie ein zweites, paralleles Klimabudget, wie das Postulat fordert, wäre aber aus unserer Sicht weder nötig noch sinnvoll. Es kostet Zeit, die wir nicht haben. Und es droht, Ressourcen von der Umsetzung abzuziehen. Gerade in der Klimapolitik gilt: Nicht das Planungsdefizit ist das Problem, sondern das Umsetzungstempo. Inhaltlich stellen wir fest, dass gewisse Formulierungen im Prüfungsbericht aber fachlich unscharf oder veraltet wirken. Wenn etwa gesagt wird, die Stadt leiste mit Netto-Null 2045 einen frühzeitigen Beitrag zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels, dann ignoriert die Stadt den aktuellen Stand der Forschung. Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) rechnet mit einer dauerhaften Überschreitung der 1,5 Grad-Marke in den frühen 2030er-Jahren. Die WMO, das ist die Weltorganisation für Wetterkunde, prognostiziert für den Zeitraum 2025 bis 2029 eine 70-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass das globale 5-Jahres-Mittel über 1,5 Grad liegt. Die Prognose stammt von 2024. Neuere Studien, zum Beispiel "Nature" aus dem Jahr 2025, erwarten eine Überschreitung bereits ab 2027 bis 2030. Netto-Null 2045 ist entsprechend wissenschaftsbasiert kein frühzeitiger Beitrag, sondern ein sehr, sehr später.

Wir haben zu spät angefangen. Aber mit Saltos aus dem Stand heraus erreichen wir das Ziel trotzdem nicht schneller. Die Kritik des Gemeinderats an Budgetmodellen überzeugt uns aber ebenfalls nicht. Ein Klimabudget bedeutet doch nicht, dass man lange wartet und dann auf einen Schlag reduziert, wie es im Vortrag angedeutet wird. Ganz im Gegenteil: Auch ein Klimabudget fordert eine klare Emissionsplanung von Anfang an und macht politische Entscheide transparenter.

Das sehen wir eigentlich gleich wie die Einreichenden. Für die GFL ist aber klar: Die Stadt Bern braucht kein neues System. Sie braucht ein ambitioniertes Weiterentwickeln des bestehenden Systems; zum Beispiel mit einem stärkeren Fokus auf Kreislaufwirtschaft als Querschnittstrategie. Sie verbindet Emissionsminderung mit Innovation, sozialer Gerechtigkeit und lokaler Wertschöpfung.

Ferner braucht es aus unserer Sicht auch bessere Monitoring-Tools, die nachvollziehbar und öffentlich zugänglich sind, damit Klimapolitik auch in der Bevölkerung sichtbar wird. Wir nehmen den Bericht aus den genannten Gründen kritisch zur Kenntnis, wollen aber keine Parallelstruktur aufbauen. Was wir wollen, ist mehr Transparenz, Wirkung und Verbindlichkeit innerhalb der bestehenden Architektur. Gleichzeitig werden wir heute und an der nächsten Sitzung Vorstösse mit konkreten Massnahmen vorschla-

gen, wie wir Netto-Null schneller erreichen können, zum Beispiel eben mit kreislaufwirtschaftlichen Methoden und Massnahmen.

1. Vizepräsidentin: Für die Fraktion GLP-EVP, Roger Nyffenegger.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Ich habe mich heute nochmals in die Protokolle der Sitzung vom 29. Februar 2024 eingelesen und mir die zu Gemüte geführt. Mit dem Zufallsmehr von 31 zu 28 bei einer Enthaltung wurde damals der Prüfbericht ohne Diskussion, ohne Fraktionsvoten und ohne Einzelvoten abgelehnt. Und jetzt stehen wir heute wieder vor derselben Frage: Prüfbericht, ja oder nein? Und dieses Mal sprechen etwas mehr Leute. Aber eigentlich stellt sich ja die Frage: Wollen wir die Verwaltung mit der Erstellung eines weiteren Prüfberichts ohne Konsequenzen nochmals beüben oder wollen wir sie endlich Klimamassnahmen umsetzen lassen?

So viel mal zur Übung – unserer und der der Verwaltung. Aber ich möchte inhaltlich noch etwas sagen. Im Protokoll vom 29. Februar 2024 gab Katharina Gallizzi zu Protokoll, ich zitiere: "Das Klimabudget funktioniert wie ein normales Budget, nur dass es nicht um ausgegebenes Geld, sondern um ausgestossene CO₂-Emissionen geht." So weit, so einfach, so weit, so einleuchtend, so weit, so gut. Was Katharina aber nicht ausführt, ist die Frage, wie so ein Budget entsteht.

Ich kann Ihnen sagen: Es ist wirklich sehr, sehr, sehr kompliziert. Ich bin gerade daran, für die Batteriesysteme, die ich in meiner Firma produziere, ein Lifecycle-Assessment zu machen. Und dazu schauen wir, wie die Ökobilanz dieser Batterien über alle Wertschöpfungsschritte zurück aussieht. Dieser Prozess und der Aufwand dafür sind enorm, riesig. Und wenn ich das jetzt auf die Stadt übertrage, auf ein ganzes Stadtsystem – das ist einfach eine riesige Herkulesaufgabe.

Massnahmen müssen aufwendig moderiert, ihre CO₂-Auswirkungen mit zahlreichen Annahmen berechnet, Unsicherheiten wiederum dokumentiert, Zuständigkeiten über mehrere Fachämter hinweg abgestimmt werden. Das Klimabudget ist dann auch mühsam mit dem bestehenden Haushaltsprozess zu verzahnen, Klimaprüfungen sind verpflichtend durchzuführen. Es braucht Berichtsschleifen, es braucht Monitoringzyklen, es braucht komplexe Prognoseberechnungen. Es ist unglaublich aufwendig. Und Sie kennen unsere Verwaltungsprozesse: Das wird ewig dauern. Es werden Ressourcen wegfliessen von aktuellen Handlungen, die das CO₂ effektiv vermindern werden. Es ist Zeit, die wir so dringend benötigen, die dabei verloren geht. Vielleicht haben wir dann irgendwann ein tolles Klimabudget, aufpoliert gemäss dem Osloer-Modell; wahrscheinlich genau dann, wenn wir Netto-Null sowieso schon erreicht haben sollten und dann in dem Budget steht, dass es in Ordnung ist.

In dem Sinne findet die GLP-EVP-Fraktion den Prüfbericht stimmig und wird ihn annehmen.

1. Vizepräsidentin: Für die FDP-Fraktion spricht Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion der FDP ist der gleichen Meinung wie der Gemeinderat und lehnt dieses Postulat mit der gleichen Argumentation wie der Gemeinderat ab. Wir sind auch der Meinung, dass die neue Energie- und Klimastrategie die realistischen Forderungen dieser Motion erfüllt. Auch begrüssen wir den Vorschlag des Gemeinderates, im Controllingbericht der Energie- und Klimastrategie ein zusätzliches Kapitel zu etablieren, welches die Schwerpunkte bei der Umsetzung der Massnahmen der Energie- und Klimastrategie für die jeweils zwei nächsten Jahre festlegt.

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 27. November 2024 beschlossen, die Klimaschutzverordnung zusammen mit dem Klimainnovationsgesetz per 1. Januar 2025 in Kraft zu setzen mit dem Ziel, die Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2050 auf Netto-Null zu senken. Damit einhergehend wurde auch die Bilanzierung der Treibhausgase festgelegt und die Emissionen in drei verschiedene Scopes unterteilt. Diese Unterteilung der Bilanzierung erfüllt die meisten Forderungen dieser Motion. Alle Forderungen, welche weder durch die Energie- und Klimastrategie noch durch die Beschlüsse des Bundesrates abgedeckt sind, erachten wir als nicht zielführend. Sie verursachen einen grossen Aufwand für die Administration und erbringen einen homöopathischen Nutzen. Das Aufwand-Nutzen-Verhältnis stimmt überhaupt nicht.

Noch etwas zu Norwegen, wovon Oslo bekanntlich die Hauptstadt ist. Auf der einen Seite gilt Norwegen bei den Grünen als Musterland für die Energiewende und die Emissionsminderung. Andererseits ist es aber immer noch ein grosser Produzent der fossilen Energie. Nicht nur historisch, sondern auch noch heute speist sich der Reichtum dieses Landes auf die Öl- und Gasförderung und den Export der klimaschädlichen Energiequellen. Ein wenig dreist ist es, was Norwegen anbietet: nämlich das aus ihrem Öl freigesetzte CO₂, welches gecaptured werden konnte, gegen einen horrenden Preis wieder in Norwegen in der Erde verschwinden zu lassen. Somit profitiert Norwegen zweimal an diesem Geschäftsmodell. Wenn Norwegen konsequent auf die Öl- und Gasförderung verzichten und das im Öl und Gas gebundene CO₂ im Boden lassen würde, dann wäre dies tatsächlich eine nachhaltige Politik. Aber neben dem Umwelt- und Klimaministerium gibt es in der Regierung des Landes auch eines für Öl und Energie. Norwegen, und damit auch Oslo, hat dank der Öl- und Gaseinnahmen unglaublich hohe Staatsrücklagen. Mit anderen Worten oder besser nach Berthold Brecht: Erst kommt das Fressen, dann die Moral. Nochmals, die FDP-Fraktion ist nicht gegen wirksame und ausgewogene Klimamassnahmen. Aber dieser Motion kann sie aus den dargelegten Gründen nicht zustimmen. Merci.

1. Vizepräsidentin: Für die SP-JUSO-Fraktion, Nadine Aebischer. Du hast das Wort.

Nadine Aebischer (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion nimmt den Prüfungsbericht an. Zuerst danken wir der Verwaltung für die fundierte Aufbereitung sowie dem Gemeinderat für die Weiterentwicklung der bestehenden Instrumente. Der Bericht zeigt klar auf, wo wir stehen und welche Grundlagen in den letzten Jahren geschaffen wurden. Das Postulat verlangte ein Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo sowie einen Kredit zur Datenerhebung.

Heute können wir festhalten: In Bern bestehen inzwischen verbindliche Grundlagen. Mit dem Klimareglement, der Energie- und Klimastrategie sowie der EKS verfügen wir über Instrumente, um die Klimaziele zu verfolgen. Damit sind die zentralen Anliegen des Postulats zum Teil erfüllt. Entscheidend ist aus unserer Sicht: Klimapolitik ist keine Nebenaufgabe. Sie ist Teil der Finanzpolitik. Klimaziele müssen sich im Budget und in der Finanzplanung konkret abbilden. Jede Investition, jede Priorität hat Auswirkungen auf unseren Absenkpfad. Klimapolitik ist zudem immer auch Sozialpolitik. Investitionen in Energieeffizienz, in den öffentlichen Verkehr oder in nachhaltige Infrastruktur entlasten langfristig Haushalte und stärken den Service public.

Umgekehrt treffen steigende Kosten und die Folgen der Klimakrise besonders jene, die wenig Spielraum haben. Genau deshalb braucht es Transparenz über die finanziellen Auswirkungen unserer Klimapolitik. Der Gemeinderat schlägt vor, den Kontrollbericht künftig stärker auf die kommenden Jahre auszurichten und die klimapolitischen Schwerpunkte klarer mit der Finanzplanung zu verbinden. Das ist kein vollständiges Klimabud-

get nach Oslo-Vorbild, aber ein pragmatischer Schritt in die richtige Richtung. Entscheidend wird sein, dass diese zusätzliche Transparenz auch zu politischen Konsequenzen führt.

Wenn wir sehen, dass wir vom Absenkpfad abweichen, müssen wir bereit sein, Mittel umzuschichten und Prioritäten anzupassen. Für die SP-JUSO-Fraktion steht in Vordergrund, dass wir rasch zu einer besseren Steuerung kommen. Wir wollen Fortschritte bei der Transparenz, bei der Verknüpfung von Klima- und Finanzpolitik und bei der parlamentarischen Einflussnahme. Wir nehmen den Prüfungsbericht deshalb an mit der klaren Erwartung, dass die angekündigten Verbesserungen rasch umgesetzt werden und dass der Stadtrat künftig eine noch bessere Grundlage erhält, um die Klimapolitik dieser Stadt auch finanziell zu steuern. Danke.

1. Vizepräsidentin: Für die Mitte-Fraktion, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte-Fraktion hat schon 2024 den Prüfungsbericht angenommen, weil wir finden, der Gemeinderat habe geprüft und dargelegt, dass es kein paralleles Controlling braucht. Ich war überrascht, dass man einen Prüfungsbericht hier hier drin ohne Diskussion ablehnt und am Schluss wahrscheinlich irgendeine Message an den Gemeinderat weitergegeben hat. Auch bei den Klimafragen sollte es heissen: Handeln statt berichten. Es war schon ein bisschen zu viel Energie, einen zweiten Bericht zu einem Postulat zu machen. Darum sind wir froh, dass jetzt auch die Einreichenden auf eine dritte Runde verzichten.

Ein Controlling-Bericht kann geradeso aussagekräftig sein wie ein Klimabudget. Und beim Budget sollte man über Geld reden, über Finanzen reden. Und dort haben wir doch genug Baustellen. Dass die Einreichenden hier lieber über das Klima reden als darüber, die städtischen Finanzen in Ordnung zu bringen, ist Prüfungsbericht hier bekannt. Kollege Hofstetter hat es schon gesagt und mir auch noch gerade bestätigt, dass er Ja stimmen wird und nicht Nein.

Noch zum Vorbild Oslo: Wenn Norwegen als Vorbild hingestellt wird, so ist doch wirklich zu sagen, dass Norwegen mehr gegen den CO₂-Ausstoss tun würde mit der Reduktion der Erdölförderung als mit dem vorgeschobenen Klimabudget in der Hauptstadt. Und vielleicht ist es auch dort ein gekonntes Ablenkungsmanöver. Die Mitte-Fraktion wird den Prüfungsbericht annehmen.

1. Vizepräsidentin: Für die SVP-Fraktion, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ihr wisst: Dieser ganzen Klimapolitik stehen wir sehr skeptisch gegenüber. Ich habe immer gesagt: Wenn ihr das Klima schützen wollt, dann hättet ihr das Gaswerkareal erhalten müssen, dann hättet ihr das Viererfeld nicht kaputt machen dürfen. Die paar Bäume, ich sage es immer wieder und drehe das Messer in der Wunde von RGM um, bei der Thunstrasse, diese Allee, die man uns versprochen hat – jetzt haben wir ein paar Plastikkübel mit ein paar Sträuchern drin oder ein paar Ästen, je nachdem, wie ihr das definiert: So rettet ihr das Klima nicht. Ich habe sehr gut zugehört, als Stadtrat Nyffenegger den Erhebungsaufwand geschildert hat. Man macht einfach jetzt mit viel Aufwand etwas, das eigentlich schlussendlich zum Klimaschutz nicht viel beitragen wird.

Wir werden uns zu diesem Bericht grösstenteils enthalten, weil wir nicht wollen, dass es noch eine vierte Runde gibt. Es ist einfach einmal mehr, wie RGM das Geld für Sachen verschwendet, die dem Klima in dieser Phase nichts bringen. Wir werden dafür jetzt wieder x Beamte einstellen, während in China, der Mongolei und Russland x Gas-

kraftwerke neu in Betrieb genommen werden. Und wir zerstören unsere Grünflächen. Deshalb kritisiere ich die Klimapolitik der Stadt Bern, denn sie geht in die falsche Richtung. Statt dass man wertvolle Grünflächen erhält, zerstört RGM sie. Ihr wisst: Ich habe einen entsprechenden Vorstoss eingereicht, worin ich wissen will, wie viele Grünflächen unter RGM vernichtet worden sind und ob das für das Klima gut ist. Ich greife in diesem Sinn an. Ich bin gespannt, was wir dazu hören werden. Danke.

1. Vizepräsidentin: Für den Gemeinderat hat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Frau Vizepräsidentin, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gäste, herzlichen Dank für diese Diskussion, herzlichen Dank vor allem, dass diese Diskussion endlich stattfinden kann. Ich bin einverstanden – das Tempo ist ungenügend. Dieser Vorstoss ist in wenigen Tagen fast fünf Jahre alt. Und daher kann man mit dem Tempo, wie Vorstösse im Stadtrat abgearbeitet werden, wirklich nicht happy sein. Aber man kann natürlich auch nicht zufrieden sein, wie die Klimapolitik in der Stadt Bern umgesetzt wird.

Trotzdem kann man feststellen, dass in den letzten Jahren in diesem Thema doch etwas gegangen ist, und wir heute feststellen können, dass wir nicht mehr am gleichen Ort stehen wie vor fünf Jahren. Ich bin einverstanden mit der Kritik, wie sie vor fünf Jahren geübt wurde. Aber unterdessen ist es doch vorwärts gegangen. Wir haben unterdessen das Klimareglement festgelegt. Wir haben das regelmässige Monitoring der Absenkungen. Wir können auch die Korrekturen vornehmen und wir werden euch noch in diesem Jahr zeigen, wie wir die Massnahmen auch finanzieren können mit dem Gegenvorschlag, den wir euch zur Klimagerechtigkeitsinitiative unterbreiten werden. Wir wollen also nicht über die Planung sprechen, sondern wir wollen über die Umsetzung sprechen. Wir wollen die Umsetzung jetzt auch mit aller Kraft angehen. Wir setzen uns sehr dafür ein, dass es in diesem Thema vorwärts geht. Messt uns an unseren Taten. Ich glaube, wir sind nicht so schlecht unterwegs. Aber unterstützt uns vor allem bei der Umsetzung. Verdonnert uns nicht zu neuen Planungsinstrumenten. Denn wir möchten jetzt wirklich vorwärts machen. Danke daher, wenn ihr diesen Bericht nicht noch einmal zurückweist, sondern heute annehmt, damit wir vorwärts machen können. Herzlichen Dank.

1. Vizepräsidentin: Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer den Prüfungsbericht annehmen will, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein. Ihr dürft jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 007

2021.SR.000129

Annahme Prüfungsbericht

Ja	57
Nein	0
Enthalten	3

1. Vizepräsidentin: Sie haben diesen Prüfungsbericht angenommen.

2025.SR.0052

3 Motion: Lärm, Stress und Schadstoffe reduzieren: Einschränkung von Feuerwerk zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt; Ablehnung/Annahme als Postulat/Prüfungsbericht

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zum dritten Traktandum. Das ist die Motion "Lärm, Stress und Schadstoffe reduzieren: Einschränkung von Feuerwerk zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt". Ist die Motion bestritten? – Die Motion ist bestritten. Somit erteile ich den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden: Judith Schenk von der SP-JUSO-Fraktion.

Judith Schenk (SP) für die Einreichenden: Teure kubanische Cohibas gibt es bei der FDP – ausser bei Georg Häsler: Der bleibt seiner Tabakpfeife treu. Die Mitte raucht Philip Morris. Die GLP vapt, aber nur Aromen mit mindestens dreiteiligen Namen. Die SP variiert zwischen Davidoff Vanille-Zigarillos und Selbstangebautem. Das GB raucht nur, was von Hand gedreht werden kann. AL-PdA-TIF teilt natürlich alles mit allen, während die GFL bei allen schnorrt. Und der SVP ist es natürlich einerlei, was sie rauchen, solange aus dem Rauch Schweizer Kreuze gekringelt werden können. Die EVP sitzt im Speisewagen und trinkt Tee.

Etwas so würde ich es mir vorstellen, wenn der Berner Stadtrat vor 21 Jahren einen Ausflug mit dem Zug gemacht hätte. Das Rauchverbot in den Schweizer Zügen wurde nämlich erst – mein Votum ist auch schon sehr alt, deshalb stocke ich wahrscheinlich noch zwei, drei Mal. Das Rauchverbot in den Schweizer Zügen ist nämlich bereits 20,5 Jahre alt. Damals war Mirjam Roder etwa 11, Ueli Jaisli bereits ein Jahr im Stadtrat. Und ich glaube, da wurden auch das letzte Mal Fotos für die SVP-Wahlkampagnen geschossen.

Liebe Zuhörende, ja, wir Einreichenden sind uns bewusst, dass wir ganz andere Probleme auf dieser Welt haben als ein Feuerwerksverbot. Wir erleben im Livestream Kriege, neben denen der sterbende Planet in Vergessenheit gerät, obwohl er unsere Lebensgrundlage und einzige Heimat ist, bisher. Immer mehr Menschen leben in prekärer Armut, was auch in unserer Stadt von blossem Auge zu erkennen ist, wenn man durch die Stadt geht. Diese Einordnung ist uns sehr wichtig. Dennoch sind wir überzeugt, dass auch kleine Verbesserungsvorschläge ihre Daseinsberechtigung haben.

Es geht uns auch keineswegs ums Verboten. Und das ist uns sehr wichtig. Wir sind nämlich überzeugt, dass sich die Technologie schon längst entsprechend weiterentwickelt hat, dass beispielsweise ein Feuerwerk mit Drohnen ganz ähnliche Erlebnisse ermöglicht wie die doch nicht gänzlich risikofreie Pyrotechnik. Wir verschicken Prüfungsbericht hier keine Faxe mehr, sondern rufen uns gegenseitig an, ausser wir sind Millennials. Dann rufen wir selbstverständlich niemanden an. Und wir rauchen auch nicht mehr im Zug, und das, obwohl es verboten ist.

Es geht nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen, schon gar nicht Freude. Aber indem wir uns auf neue Varianten wie beispielsweise Drohnenshows einstellen, nehmen wir Rücksicht auf unsere Haustiere, auf die Wildtiere, auf die Zootiere, auf die Umwelt. Denn in der Schweiz werden aktuell jährlich 200 bis 400 Tonnen Feinstaub durch Feuerwerke freigesetzt. Alle von uns kennen zudem eine coronageschädigte Person – ich bin eine davon, falls jemand keine kennt. Und Feinstaub ist für Menschen mit Lungenerkrankungen im wahrsten Sinne des Wortes Gift. Geflüchtete Menschen können durch lautes Feuerwerk retraumatisiert werden. Das sollte uns in der heutigen geopolitischen Lage allen mehr am Herzen liegen als 15 Minuten hübsches Feuerwerk. Ja, Feuerwerke

sind hübsch. Auch ich habe, wie wahrscheinlich wir alle, schöne Kindheitserinnerungen an ein Feuerwerk.

Ein lautes Feuerwerk kann aber Menschen mit psychischen Krankheiten wie zum Beispiel Angststörungen enorm stark einschränken und beispielsweise Panikattacken auslösen. Uns ist es wichtiger, dass Menschen nicht leiden müssen, nur weil wir kein Feuerwerk aus Drohnen wollen. Es stimmt halt auch nicht, dass es sich nur um zwei Tage im Jahr handelt, also den 1. August und den 31. Dezember. Denn jedes Jahr um den 1. August und um Neujahr herum knallt es bereits mehrere Tage im Voraus und meistens auch noch ein, zwei Tage danach. Menschen, für welche dieser Lärm ein Problem darstellt, können sich also nicht auf diese zwei Tage verlassen. Ich kenne Menschen, die beispielsweise an diesen Tagen in der Nähe eines Flughafens in Hotels gehen, weil dort nicht viel Feuerwerk abgefeuert werden kann. Aber sie sind dort immer noch nicht sicher vor dem Lärm, der ihnen psychisch schadet. Weitere Gesundheitsaspekte sind die vielen teilweise sehr schlimmen und irreversiblen Verletzungen, die jedes Jahr durch solches Feuerwerk geschehen.

Wer noch weitere Argumente braucht: Im Juli, also letztes Jahr, hat die GFS Bern publiziert, dass 68% der Stimmberechtigten in der Schweiz ein Feuerwerksverbot begrüßen. Liebe Bernerinnen und Berner, gleich schnell zu sein wie die anderen, ist kein Gesetzesbruch.

Zur Antwort des Gemeinderates. Ihr habt einfach die Diskussion aus dem Protokoll von vor rund fünf Jahren abgeschrieben. Diese haben wir natürlich selbst gelesen, und zwar bevor wir den Vorstoss eingereicht haben, inklusive der Voten zwischen MCW und Feuz. Die damaligen Verhältnisse im Vergleich zu den heutigen Stimmen haben uns mit dazu bewogen, den vorliegenden Vorstoss einzureichen.

Auch aufgrund der inhaltlichen Qualität halten wir die Antwort des Gemeinderates für ablehnenswert. Ständig bemühen wir in diesem Saal hier den Leuchtturm, wenn wir glauben, wir seien mit einem Projektlein mal wieder besonders progressiv. Seien wir doch ein Leuchtturm statt eines Feuerwerks. Deshalb halten wir an unserer Motion fest und bitten euch, diese anzunehmen. Ich bitte euch auch persönlich, beim Thema zu bleiben: Es geht um Feuerwerk, das draussen abgefeuert wird.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Ihr dürft euch in der Rednerliste eintragen. Der erste Redner ist für die SVP-Fraktion, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich wollte eigentlich das Referat ein bisschen anders angehen. Aber ich kann vielleicht vorausschicken: Die SVP ist eine liberale Fraktion. Wir haben hierzu Stimmfreigabe beschlossen. Das kann ich euch klar sagen. Jetzt kam diese Geschichte vom Rauchen und ich muss etwas dazu sagen. Wenn ich mit dem Zug gefahren bin, hat mein Grossvater immer gesagt: Geh zu den Rauchern. Dort sind die gesunden Leute. Geh nicht zu den Nichtraucherern. Und als ich einmal auf den Rochers de Naye ging, dort hatte es ein Lungensanatorium, haben mein Grossvater, mein Vater gesagt: Jetzt rauchst du eine Zigarre, Fenster auf. Dann bist du nachher gesund. Und ihr seht: Ich rauche ab und zu auch eine Zigarre und erfreue mich – Holz anfassen – bester Gesundheit und mache das so weiter.

Ich bin immer der Meinung: Wir sind ein freies Land, wir sollen einander nichts vorschreiben. Ich sehe durchaus Probleme: Tierhalter. Darum haben wir auch durchaus hier Stimmfreigabe beschlossen. Es gibt Argumente dafür und es gibt Argumente dagegen.

Aber ich muss auch sagen: Als ehemaliger Artillerieoffizier hatte ich beim Knallen noch relativ viel Freude. Aber ich schiesse wiederum gar nicht gerne. Schiesslärm habe ich

nicht gerne. Ihr seht, ich differenziere hier auch. Aber denkt einfach immer daran, wenn ihr jetzt ein Verbot macht: Wenn irgendwie eine Demo ist, geht man dann durch die Stadt, man zündet Pyros, zündet Knallkörper, man wirft Petarden. Dazu sagt niemand etwas. Ich habe noch nie gehört, dass nach einer wüsten Demo Tierschutzkreise an die Bevölkerung, an die Demonstranten appelliert hätten: Zündet keine Kracher, werft keine Petarden, greift die Polizei nicht an, damit man keine Tränengas-Petarden einsetzen muss.

Und darum: Wenn ich das so anschau, muss ich sagen: Gesunder Menschenverstand, Rücksicht aufeinander nehmen. Das ist klar. Das hat mein Grossvater auch gesagt: Die Frau ist gesundheitlich angeschlagen, daher machen wir hier kein Knallfeuerwerk, daher darf man jetzt keine Raketen abfeuern.

Das ist das Entscheidende, auf das müsst ihr achten. Aber allen alles verbieten und nachher bei den Demonstrationen, bei denen es Saubannerzüge durch die ganze Stadt gibt, sagt man nichts. Da habe ich noch nie von Tierschutzkreisen gehört, dass diese an die Demonstranten appelliert und eine Begleitgruppe gemacht hätten, dass man die armen Hunde, die in der Altstadt sind, nicht traumatisieren soll mit diesen Sachen, und die armen Flüchtlinge. Dort sieht es ganz anders aus.

Und darum werde ich auch beim Postulat Nein stimmen. Aber wie gesagt, die Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Ich sehe durchaus auch Gründe, dass gewisse Leute dafür stimmen. Aber wir sind eine freiheitliche Fraktion. Und ihr seht: Man kann verschieden argumentieren. Ich habe euch mit der Sache vom Rauchen auch gesunde und positive Aspekte des Rauchens vermittelt.

1. Vizepräsidentin: Die nächste Rednerin – YOLO – ist Mirjam Arn.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Es war eigentlich eher fragend gemeint, ob man wirklich nur einmal lebt. Aber wir können uns alle selbst nochmals die Frage stellen.

Ich werde mich kurzhalten. Ihr habt es gehört im Einreichendenvotum. Es gibt unzählige Gründe, die gegen das Abfeuern von Raketen sprechen: sicherheitstechnisch, auch Gesundheit, Feinstaub. Retraumatisierung von Menschen, Abfall, Umweltbelastung, etc. Wir haben heutzutage Alternativen und es geht nicht um diese drei Sekunden Freude, die man hat. Vielmehr ist Feuerwerk schlicht überflüssig. Danke fürs Unterstützen.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die FDP-Fraktion, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Die Liebe und so manches meiner Wochenenden gehören der Stadt Berlin. Aber es gibt gewisse Tage, an denen ich Berlin meide, Silvester zum Beispiel, wo mit Feuerwerkskörpern in den Strassen Nahkampf geführt wird, wo Trottel, man kann es nicht anders sagen und man muss nicht gendern, ein Fest zu einem Schlachtfest, zu einem Schlachtfeld verwandeln, Feuer provozieren und Leben in Gefahr bringen. Aber die Zustände sind nicht wie in Berlin. Im Gegenteil: Während früher auf der Münsterplattform fast Berliner Zustände waren, hat sich die Sache sehr stark normalisiert. Feuerwerk in der inneren Altstadt ist verboten. Und dieses Verbot wird akzeptiert. Feuerwerk im Perimeter der Altstadt werden nur noch von linken Demonstrant*innen, und hier muss ich gendern, gezündet. Das ist der einzige Moment, von dem mir bekannt ist, dass ein Haus fast in Flammen aufging oder Menschen ernsthaft in Gefahr waren, und bestimmt auch Tiere. Aber sonst: Die Situation entspannt sich zusehends von Jahr zu Jahr. Die Fraktion der FDP sieht genauso wie der rot-grün dominierte Gemeinderat keinen Anlass, jetzt nach dieser Entspannung noch zusätzliche Regeln einzuführen. Feiertage haben immer mit Tradition zu tun. Ja, man kann

auch mal eine Tradition über Bord werfen. Aber in diesem Fall finden wir es nicht verhältnismässig.

Ich muss aber sagen, dass die Fraktion der FDP nicht einstimmig ist. Unsere mitunterzeichnende Kollegin folgt den Argumenten der Erstunterzeichnenden natürlich, wonach insbesondere für Tiere oder gewisse Menschengruppen Feuerwerk eine grosse Belastung bedeuten kann. Sie wird deshalb die Motion annehmen. Der Rest der Fraktion folgt der Argumentation des Gemeinderats, lehnt die Motion ab, würde das Postulat aber annehmen.

Es wurde hier bereits mehrfach über ein Feuerwerksverbot debattiert. Es wurden die entsprechenden Massnahmen wie das Verbot in gewissen Zonen getroffen. Es ist aus unserer Sicht verhältnismässig, das noch verbleibende Feuerwerk zu dulden. Wir sind gegen eine zusätzliche Bevormundung. Das versteht sich aus unserer inneren Überzeugung als Freisinnige. Bern ist nicht Berlin. Lassen wir es gut sein, wie es ist. Stoppen wir die Überregulierung.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die SP-JUSO-Fraktion, Chandru Somasundaram.

Chandru Somasundaram (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion hat die Motion ausführlich diskutiert und es herrschen unterschiedliche Perspektiven in der Fraktion. Einige teilen die Anliegen der Motionär*innen ausdrücklich, andere sehen die vorgeschlagene Regelung eher kritisch. Am Ende hat jedoch die Skepsis gegenüber einem generellen Verbot überwogen, weshalb die SP-JUSO-Fraktion die Motion ablehnt, aber die Forderung als Postulat annehmen würde. Der Schutz verletzlicher Gruppen, gerade von traumatisierten Menschen, ist zentral, und es ist ein berechtigtes Anliegen, über die Auswirkungen von Feuerwerk zu sprechen, und Wege zu suchen, die Belastung zu reduzieren. Ein Teil der Fraktion sympathisiert mit dem Anliegen der Motionär*innen deshalb auch ganz klar.

In einem generellen Verbot sieht die Mehrheit aber nicht die richtige Lösung. Ein solches Verbot würde das Problem nicht per se beseitigen, sondern viel eher verlagern. Wahrscheinlich würden viele Menschen ihr Feuerwerk ausserhalb der Stadtgrenzen abbrennen und damit wäre weder den Tieren im ländlichen Raum geholfen, noch würde die Umweltbelastung wirklich sinken. Zudem haben wir in Bern bereits heute klare Regeln, mein Vorredner hat es auch schon gesagt. In der Altstadt, auf stark besuchten Plätzen und bei grossen Menschenansammlungen ist das Abbrennen von Feuerwerk verboten oder bewilligungspflichtig. Diese bestehenden Regelungen sind aus unserer Sicht sinnvoll und angemessen. Ein Teil unserer Fraktion, wie gesagt, teilt darüber hinaus die Sorge, dass mit einem generellen Verbot zu stark in die Freizeit der Bevölkerung eingegriffen würde.

1. Vizepräsidentin: Für die GLP/EVP-Fraktion, Simon Gyger.

Simon Gyger (EVP) für die Fraktion: Als diese Motion eingereicht wurde, war ich noch nicht in diesem Rat. Trotzdem: die GLP-EVP-Fraktion anerkennt das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre, die negativen Auswirkungen von Feuerwerk auf Menschen, Tier und Umwelt zu reduzieren. Wir teilen die kritische Haltung gegenüber Lärm, Feinstaub und Schadstoffen, die durch Feuerwerkskörper entstehen, und sehen insbesondere die Belastung für Tiere sowie die ökologischen Folgen kritisch.

Dennoch lehnen wir die Motion in der vorliegenden Form ab, und zwar aus mehreren Gründen. Dieser Rat hat sich bereits 2021 gegen ein generelles Feuerwerksverbot aus-

gesprochen. Ein solches Verbot ist aus unserer Sicht nicht verhältnismässig. Die Stadt Bern verfügt bereits über ein differenziertes Feuerwerksreglement, das etwa in der Altstadt ein ganzjähriges Verbot gewisser Feuerwerkskategorien vorsieht.

Die Umsetzung und Durchsetzung eines solchen Verbots wären in der Praxis schwierig. Die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Feuerwerkskategorien ist selbst für Fachpersonen nicht immer klar, geschweige denn für die breite Bevölkerung. Eine solche Regelung würde zu Unsicherheit und möglicherweise zu unnötiger Bürokratie führen. Aus unserer Sicht ist eine einheitliche Lösung auf Bundesebene der bessere Weg, statt viele unterschiedliche lokale Regelungen zu schaffen. Die aktuelle Diskussion auf Bundesebene namentlich im Zusammenhang mit der sogenannten Feuerwerksinitiative und dem indirekten Gegenvorschlag der WBKN sowie den Leitlinien der WBKS (Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur von National- und Ständerat) bietet dafür die geeignete Chance. Zudem entwickelt sich der Markt bereits in eine Richtung, die dem Anliegen der Motion entgegenkommt. Selbst Grosshändler berichten von rückläufigen Verkaufszahlen bei Feuerwerkskörpern. Die Sensibilisierung der Bevölkerung scheint Wirkung zu zeigen, auch dank Kampagnen wie «Hie nume Fiire statt Füüre». Wir möchten aber betonen, dass wir das Anliegen grundsätzlich unterstützen. Deshalb würden wir der Empfehlung des Gemeinderats folgen und das Geschäft als Postulat annehmen und dem Prüfungsbericht zustimmen. So könnte der Gemeinderat vertieft prüfen, ob und wie weitere Massnahmen sinnvoll und verhältnismässig umgesetzt werden können.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die Mitte-Fraktion, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Wir von der Mitte sind in unserer Stadt schon eher fürs Ermöglichen als fürs Verboten. Und doch gibt es Grenzen, nämlich, wenn es so nachweislich negative Auswirkungen für die Allgemeinheit gibt. Denn es geht nicht darum, dass wir den Menschen das Aufsuchen von Feuerwerken verbieten oder ihnen die Freude nehmen wollen, dort, wo es vielleicht auch in einem gewissen Parameter Sinn macht. Aber in einer immer verdichteteren Stadt ist für den grössten Teil unserer Fraktion der Verbotsparameter, den wir im Moment haben, doch zu klein. Ein Teil unserer Fraktion wird darum die Motion annehmen in der Überzeugung, dass der Gemeinderat eine pragmatische Umsetzung aufgleisen kann.

Die Fraktion ist aber auch gespalten. Und wie ich die vorhergehenden Redner*innen verstanden habe, ist es heute doch eher eine persönliche Entscheidung, glaube ich, wie man drückt, als eine parteipolitische. Und das ist doch in diesem Saal irgendwie auch mal erfrischend. Die kritischen Stimmen hätten das Postulat als Prüfungsbericht unterstützt und lehnen es jetzt als Motion ab. Dieser Teil will kein Verbot und findet den Stadt-Bern-Parameter im Verbot als gross genug bzw. den kleinen Parameter gross genug und die Ausweitung auf den ganzen Parameter als zu gross. Darum hat die Mitte Stimmfreigabe beschlossen.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die GFL-Fraktion Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Wir haben die wichtigsten Argumente heute schon gehört. Ich möchte daher nur kurz die wichtigsten Punkte nochmals erwähnen. Feuerwerk schadet der Umwelt, darüber müssen wir nicht mehr diskutieren, dazu reicht ein Blick auf die Homepage des BAFU (Bundesamt für Umwelt). Dort werden von offizieller Stelle die diversen negativen Konsequenzen des Feuerzaubers am Himmel aufgelistet.

Es schadet den Tieren, ich bin sicher, Tobias wird hierzu genügend Beispiele nennen. Und es schadet den Menschen. Kurz: Es gibt viele gute Gründe für ein Verbot. Schon als das Feuerwerksreglement 2021 revidiert wurde, stellte Manuel C. Widmer daher den Antrag, dass auf dem ganzen Gemeindegebiet das Abbrennen von Feuerwerkskörpern der Kategorien 2 bis 4 gemäss Verordnung zu verbieten sei. Der Antrag wurde leider mit 22 zu 46 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Ich habe die Debatte von damals nochmals nachgelesen. Es war meine dritte Stadtratssitzung überhaupt. Und ich weiss noch, wie überrascht ich von der Emotionalität war, mit der diese Debatte geführt wurde. Ich erlaube mir daher kurz zu rekapitulieren und auf verschiedene Haltungen der Parteien heute wie damals einzugehen.

An die freiheitsliebende und auf Eigenverantwortung setzende FDP möchte ich auf den fast schon abgedroschenen Spruch verweisen, der besagt, dass die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Feuerwerk kann bei Menschen mit traumatischen Erlebnissen wie Krieg, Explosionen oder Gewalt schwere Retraumatisierung auslösen. Die lauten Knalle und Lichtblitze rufen Kriegserinnerungen und Panik hervor, besonders bei Geflüchteten. Hinzu kommt, dass sich jährlich in der Schweiz rund 220 bis 230 Unfälle durch Feuerwerk ereignen. Die häufigsten Verletzungen sind Verbrennungen an Händen oder Fingern, gefolgt von Gehörschäden und Augenverletzungen. Auch das Gurtenfeuerwerk hat jahrelang nicht stattgefunden, weil es 1991 zu einem tödlichen Unfall gekommen ist. Weil die Menge gedrängt hat, dass es endlich losgehen soll, wurde zu schnell gezündet, und eine junge Frau von 17 Jahren musste ihr Leben lassen. So viel zur Eigenverantwortung.

An die SVP: Ihr habt es zwar nicht erwähnt, aber trotzdem möchte ich euch ein bisschen die Angst nehmen, dass es bei diesem Verbot nicht darum geht, irgendjemandem den 1. August wegzunehmen, denn ja, Feuerwerk ist eine Tradition, die zum 1. August gehört. Aber Traditionen dürfen und müssen sich auch ändern, wenn sich unsere Werte weiterentwickeln. Früher waren in der Schweiz Dinge üblich, die wir heute nicht mehr akzeptieren würden, wie Kinderarbeit, Prügelstrafen in Schulen oder öffentliche Tierkämpfe – letzteres gibt es zumindest nur noch im Wallis. All das hatte Tradition und trotzdem wurde es abgeschafft.

Warum? Weil Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt wichtiger ist als das Festhalten an alten Mustern. Wie gesagt, das Ziel dieser Motion ist es nicht, Leuten den 1. August wegzunehmen. Das Ziel ist, eine Tradition zu modernisieren. Denn wie wir gehört haben, gibt es mehr als genug Alternativen. Und ihr könnt immer noch eure Lampions und Kantonsfähnchen aufhängen. Dagegen hat wirklich niemand irgendetwas. Und ebenfalls an die SVP: Wie schon erwähnt, werden wir bald über eine nationale Initiative zu einem lauten Feuerwerksverbot abstimmen und laut ersten GFS-Umfragen spricht sich aktuell auch eine Mehrheit der SVP-Wählenden für ein Verbot aus. Aber das habt ihr offenbar mit eurer Stimmfreigabe berücksichtigt.

Zum GB: Ich bin froh, dass ihr eure Meinung geändert beziehungsweise eine neue Zusammensetzung habt. Als ich das Votum von euch zum Feuerwerksreglement nachgelesen habe, dachte ich ehrlich gesagt zuerst, es sei ein GLP-Votum. Es hiess dort: Klimaschutz ist ja schon gut, aber bei solch kleinen Dingen müsste man halt nicht anfangen und das sei jetzt wirklich eine Überreglementierung. Ihr habt damals Stimmfreigabe beschlossen. Fairerweise muss ich auch an dieser Stelle sagen, dass auch wir, wie könnte es anders sein, Stimmfreigabe beschlossen hatten. Aber auch wir haben jetzt eine neue Zusammensetzung.

Ebenfalls Stimmfreigabe beschlossen hatte die SP; dieses Mal leider nicht mal mehr ganz das. Ihr wollt den Vorstoss nur als Postulat annehmen, nicht als Motion, aber dafür den Prüfungsbericht ablehnen. Was bitte bringt das? Was soll weiter geprüft werden?

Alle Fakten liegen schon lange auf dem Tisch. Sie liegen als Antwort auf diesen Vorstoss auf dem Tisch, sie lagen beim Antrag von Mänu auf dem Tisch und sie liegen als Antwort des Bundesrats auf die nationale Initiative auf dem Tisch. Ich wäre wirklich froh, wenn mir irgendjemand erklären könnte, was es hier noch weiter zu prüfen gibt. Oder geht es einfach darum, dass ihr den Vorstoss nicht als Motion unterstützen möchtet, weil ihr keine Verbotspartei sein wollt? Wenn das der Fall ist, dann steht doch bitte einfach dazu. Ich dachte zwar, ihr hättet schon bewiesen, dass ihr keine Verbotspartei seid, als ihr das Werbeverbot frühzeitig begraben habt. Aber offenbar reicht das noch nicht. Ich habe ehrlich gesagt auch ein gewisses Verständnis für diese Haltung, denn eine Verbotspartei zu sein, ist ein Stempel, der den Grünen immer wieder aufgedrückt wird. Und es ist wirklich nicht schön, auf der Strasse als das beschimpft zu werden. Und auch eure Argumentation, dass es nicht viel bringt, das nur auf dem Stadtgebiet zu verbieten, weil sich das Problem nur verlagern würde, kann ich ehrlich gesagt nicht wirklich nachvollziehen. Ihr würdet ja beispielsweise, keine Ahnung, beim Mindestlohn auch nicht sagen, es bringe nichts, den nur auf dem Stadtgebiet einzuführen, das Problem würde sich nur verlagern, oder? Dazu kommt, dass der Bundesrat in seiner Antwort auf die nationale Initiative sagt, dass es Sache der Gemeinden sei, ein solches Verbot einzuführen. Immer wieder debattieren wir hier über Dinge, die nicht in unserem Kompetenzbereich liegen. Das ist aber jetzt mal etwas, das wirklich in unserem Kompetenzbereich liegt. Und ausgerechnet hier wollt ihr kneifen. Das finde ich wirklich schade und ich lade euch herzlich dazu ein: Überlegt es euch doch bitte nochmals, habt ein bisschen Mut. Oder um einmal die GLP zu zitieren: Habt ein bisschen Mut zur Lösung. Der Sprecher der SP sagte damals auch beim Feuerwerksreglement, man müsse halt abwägen und ob wir denn wirklich den kleinen und grossen Kindern diese Freude wegnehmen wollen. Und nein, natürlich möchte ich das nicht. Ich habe auch nicht Freude daran, einfach irgendwelche Dinge zu verbieten. Aber ich finde, er hat absolut recht: Man muss abwägen. Und ich muss mich fragen. Ist es das wirklich wert? Ist es angesichts der drohenden Klimakatastrophe, all der negativen Konsequenzen für die Umwelt, nur für ein paar helle Lichtlein, die zugegebenermassen ziemlich schön sind, und ein paar laute Geräusche, wirklich wert? Ist es all die negativen Auswirkungen auf die Tiere wirklich wert? Ist es all die Verletzungen und im schlimmsten Fall sogar Todesfälle wirklich wert? Sollte unsere Stadt nicht für alle statt für wenige sein? Eine Stadt, in der geflüchtete Menschen sich sicher fühlen können, und zwar an 365 Tagen im Jahr, und nicht fürchten müssen, retraumatisiert zu werden. Ist es all das wirklich wert, liebe SP?

1. Vizepräsidentin: Nach diesem rhetorischen Feuerwerk kommen wir zum nächsten Redner, Tobias Sennhauser von der AL-PdA-TIF-Fraktion.

Tobias Sennhauser (TIF) für die Fraktion: Ich möchte euch eine Geschichte erzählen, und zwar jene von Wasabi. Wasabi hatte früher kein Problem mit Feuerwerk. Erst im Alter wurde es schlimm. Er hört und sieht heute etwas schlechter und vielleicht ist es deshalb, dass ihn heute diese lauten und grellen Reize umso mehr überfordern. Wasabi ist ein Hund. Er ist elf Jahre alt und kommt ursprünglich aus Rumänien. Für ihn sind laute Feuerwerke eine Tortur. Besonders schlimm war es 2024 an Silvester. Eigentlich hatte Wasabi wie immer ein Beruhigungsmittel erhalten. Und trotzdem zitterte er stundenlang. Um vor dem Feuerwerk zu entkommen, flüchtete er quer durch die Wohnung an die hinterste Wand und drückte seinen Kopf dagegen, um sich möglichst abzulenken. Das ist der Ort, der am weitesten von dort entfernt ist, wo die Raketen explodierten. Seine Halterin war bei ihm. Aber sie konnte nichts tun, ausser die ganze

Nacht bei ihm zu sein. Und dieser Silvester 2024 hat bei Wasabi Spuren hinterlassen. Seither erschrickt Wasabi auch bei Gewittern und auch bei Autoscheinwerfern, die durchs Fenster flackern. Im vergangenen Sommer, kurz vor dem 1. August, drohte dann ein neuerliches Drama. Um Wasabi zu schützen, verreiste seine Halterin nach Frankreich. Dort war es zwar ruhiger, aber die Fahrt und auch der fremde Ort waren für Wasabi anstrengend. Und jedes Jahr eine Ferienwohnung zu mieten, ein Auto zu organisieren, Benzin zu zahlen, all das bringt die Halterin finanziell ans Limit.

Und Wasabi ist kein Einzelfall. Ich habe im Vorfeld viele weitere Geschichten gehört, zum Beispiel jene von Bao, den ich kürzlich kennenlernen durfte. Er ist ein Hund, sechs Jahre alt. Und auch bei ihm ist es so: Wenn die Knallerei beginnt, beginnt er, am ganzen Körper zu zittern. Er hechelt, findet keine Ruhe, stundenlang. Vor lauter Angst versucht er zu flüchten und man kann ihn kaum festhalten. Ähnlich ging es auch einem Freund von Bao aus der Nachbarschaft. Nur: Er schaffte es leider zu flüchten. Er rannte panisch davon, bis er schliesslich auf den Gleisen von einem Zug erfasst wurde und tödlich verunfallte.

Und auch Bao ist kein Einzelfall und auch nicht sein Nachbarhund. Da wäre noch Aaron. Dieser Hund wurde damals in einem griechischen Militärbunker gefunden, abgemagert, verängstigt und in einem erbärmlichen Zustand. Heute sind fünf Jahre vergangen, aber sein Trauma bleibt ungeheilt. Schon beim ersten Knall flüchtet Aaron ins Badezimmer und dort in die Dusche. Das ist sein Rückzugsort. Seine Halterin verbringt dort jeden Silvester mit ihm und hüllt ihn in Decken, damit er vielleicht ein bisschen schallgeschützt ist. Für die Halterin ist es am 1. Januar vorbei. Aaron hingegen braucht jeweils Wochen, bis er sich wieder davon erholt hat.

Und auch Aaron ist kein Einzelfall. Ich hatte kürzlich mit der Mitarbeiterin der Tierapotheke in Bern Kontakt. Dort verkaufen sie ein Mittel, das Haustiere beruhigen soll. In einem normalen Monat verkauft die Tierapotheke davon vielleicht 20 Stück. Im Juli, also vor dem 1. August, waren es über 300. Das ist das 15-fache. Die Tierapotheke wurde also regelrecht überrannt von Menschen, die für ihre Haustiere verzweifelt nach Rat suchten. Immer wieder hörten sie dieselbe Geschichte. Wer es sich leisten kann, verreist ins Ausland. Und alle anderen versuchen so gut es geht, ihren Tieren zu Hause beizustehen.

All diese Geschichten zeigen also: Für Tiere bedeutet Feuerwerk nichts als Stress und Panik: Und ich glaube: Niemand von uns will das. Niemand von uns will, dass Hunde stundenlang zittern oder panisch fliehen und dabei vielleicht vom Zug erfasst werden. Wenn wir Feuerwerke abbrennen, dann tun wir das, um uns zu unterhalten und nicht, um Tiere zu quälen. Und genau das will die Motion – dass wir weiterhin feiern können, aber so, dass kein Tier zu Schaden kommt.

Ich habe grundsätzlich Verständnis dafür, dass man Feuerwerk nicht generell verbieten will. Denn tatsächlich ist es schön. Es birgt eine gewisse Ästhetik und vielleicht auch einen Nervenkitzel beim Anzünden. Ich habe das früher auch sehr regelmässig, um nicht zu sagen, intensiv, getan. Ich habe dafür vor allem als Kind auch wirklich viel Geld investiert. Insofern kann ich all das nachvollziehen. Und trotzdem sehe ich heute die Dinge anders, weil ich eben auch die Tiere sehe, die dabei leiden, manchmal tagelang, manchmal wochenlang. Und deshalb ist für mich diese Motion kein Verzicht auf lautes Feuerwerk, sondern eben ein Kompromiss, der beiden Seiten Rechnung trägt, also jenen, die gerne Feuerwerke haben, aber auch den Tieren. Letztendlich geht es ja um die persönliche Freiheit. Ich glaube, unsere Freiheit geht halt nur so weit, bis andere darunter leiden. Und deshalb geht es für mich auch um Verantwortung. Und dazu gehört, Rücksicht zu nehmen auf jene, die mit uns diesen Planeten teilen. Tiere teilen nicht nur den Planeten mit uns, sondern auch diese Stadt. Sie leben mit uns, gehören

zu unseren Familien oder leben in unseren Quartieren. Für mich ist es selbstverständlich, dass wir Tieren mit Respekt und Mitgefühl begegnen. Und ich bin sicher, für euch ist es auch so.

1. Vizepräsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort. Ah, nein, Entschuldigung. Die Rednerliste ist noch länger geworden. Entschuldigung. Wir kommen zu den Einzelvoten, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP), Einzelvotum: Feuerwerk gehört für viele Menschen zum 1. August oder zu Silvester. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Traditionen haben ihren Wert und sollen nicht leichtfertig in Frage gestellt werden. Die Frage ist aber vielmehr, warum es unbedingt die lautesten und belastendsten Formen von Feuerwerk sein müssen. Jedes Jahr verletzen sich Menschen schwer an Feuerwerk und beklagen Verbrennungen, Augenverletzungen oder bleibende Hörschäden. Gerade Böller erzeugen vor allem Lärm, aber kaum einen visuellen Effekt. Ein Böller kann ein Ohr um Jahrzehnte altern lassen. Knallendes Feuerwerk kann Tiere in Panik versetzen und belastet auch die Umwelt unnötig.

Rund 3% des gesamten Feinstaubes stammen nur aus Feuerwerk. Das ist eine grosse Menge für eine kurze Unterhaltung. Zudem bleibt der Abfall danach häufig im öffentlichen Raum liegen. Es ist doch unser Ziel, die Emissionen zu senken. Weshalb sollten wir hier die Realität ignorieren? Dass dieses Anliegen viele Menschen teilen, zeigt auch die bereits repräsentative Studie des Forschungsinstituts GFS Bern. Rund 68% der Bevölkerung unterstützen Einschränkungen beim lauten Feuerwerk. Auch der Bundesrat hält in seiner Botschaft fest, dass Feuerwerk Lärm, Feinstaub, Belastungen für Tiere sowie Unfall- und Brandrisiken verursacht. Wenn diese Probleme unbestritten sind und Gemeinden Handlungsspielraum haben, warum sollte Bern nicht einen Schritt weitergehen?

Ich komme jetzt noch auf diesen Satz zurück, der anscheinend an der FDP klebt, wie wir es gehört haben. Ich finde ihn aber wichtig. Deshalb erlaube ich mir, diesen Satz doch wieder zu bringen: Freiheit bedeutet nicht, dass alles erlaubt ist. Gerade in dicht besiedelten Städten braucht es Regeln, damit die Freiheit des einen nicht zur Belastung für andere wird.

Rund 90% des Feuerwerks in der Schweiz werden importiert, der grösste Teil davon aus China. In der Schweiz wird nur ein kleiner Teil produziert, meist für professionelle Shows. Vorliegend geht es jedoch nicht darum, wo das Feuerwerk produziert wird. Entscheidend sind die Folgen für Menschen, Tiere und Umwelt. Und ehrlich gesagt. Was gefällt uns am Feuerwerk wirklich? Die ohrenbetäubenden Explosionen oder doch die Farben und das Funkeln am Himmel? Genau das Schöne können wir beibehalten. Es geht nicht darum, Feuerwerk oder Traditionen abzuschaffen. Neue Formen wie stille Pyrotechnik, Drohnenshows, Lichtinszenierungen zeigen seit Jahren, dass beeindruckende Effekte auch ohne starken Knall möglich sind. Viele Menschen wünschen sich solche Alternativen. Entscheidend ist deshalb, die lautesten und belastendsten Formen einzuschränken, und dort Regeln zu setzen, wo die Belastung für Menschen, Tiere und Umwelt am grössten ist. Ich hatte das Glück, mit Tieren aufwachsen zu dürfen, und habe auch heute noch einen Hund und eine Katze. Jedes Jahr sehe ich, was diese Nächte für sie bedeuten, immer wieder derselbe Stress. Heute kann ich mich für sie einsetzen. Darum gebe ich heute auch den Tieren eine Stimme.

1. Vizepräsidentin: Nächster Einzelredner ist Nicolas Lutz von der Mitte-Fraktion.

Nicolas Lutz (Mitte), Einzelvotum: Ich hoffe, dass, egal wie wir heute abstimmen, zukünftig doch noch immer rhetorische Feuerwerke möglich sind. Bei dieser Motion fehlt mir einfach auch ein bisschen, ich muss es sagen, der Glaube. Zuerst einmal zur Umweltbelastung: Also, Feuerwerke machen in der Schweiz 0,00003 CO₂-Ausstoss. Also, das ist nicht das Problem. Und beim Feinstaub, man kann das beim Max-Planck-Institut in Deutschland nachlesen. Natürlich ist dieser zu ganz wenigen Zeiten sehr stark erhöht. Wenn man das aber mal richtig liest, ist Feinstaub nicht gleich Feinstaub. Denn wir reden beim Feinstaub von sogenannten Nanopartikeln. Das ist beim Feuerwerk nicht so, sondern das sind viel grössere Partikel und dort wird sich das in Zukunft auch ändern. Es gibt ganz neue Technologien, die viel weniger schlimm sind.

Jetzt kommen wir aber zum eigentlichen Thema. Ihr wisst, alle Pyros sind seit 30 Jahren, 40 Jahren verboten und jedes Wochenende werden im Stadion trotzdem Pyros gezündet. Warum? Weil man zwar A sagt, aber nicht B. Und genau die Gleichen, die es hier verbieten wollen, wollen keine personalisierten Tickets, wollen nicht mehr die Polizei, wollen keine Überwachungskameras. Und das einzige Mal, als wir hier während Stunden in der Stadt Bern illegal in der Innenstadt Feuerwerke hatten, hat nicht ein einziger von links das zum Thema gemacht. Man hat Anfragen gemacht wegen den Tieren. Das verstehe ich, weil ein Polizeihund anscheinend Tränengas bekommen hat. Aber es hat niemand Anzeige gegen unbekannt erstattet, als es passiert ist. All die Hunde, die in der Innenstadt waren, was war mit denen? Ist es weniger schlimm, wenn es an einer unbewilligten Demo passiert?

Dann muss man wirklich konsequent sein und auch Anzeige gegen unbekannt erstatten und nicht immer nur reden, und halt die Polizei vorbeischicken – die wollt ihr ja meistens auch nicht –, die die Leute nachher festnimmt. Also da fehlt mir wirklich der Glaube. Und es ist vielleicht auch noch ein Unterschied, ob man Raketen einfach irgendwann zündet, die ganze Nacht. Das kann nicht sehr angenehm sein. Aber es würde ein Feuerwerk, das 15 Minuten dauert, das gesichert ist, verboten, von dem jeder weiss, dass es stattfindet. Bei den Tieren – da gebe ich euch recht – ist es ein bisschen schwieriger. Für Menschen gibt es aber Noise-Canceling-Kopfhörer, Oropax und so. Und dann kann man 15 Minuten vielleicht auch aushalten. Und denkt einfach daran: Wir verbieten hier wegen des Lärms. Vielleicht verbieten wir bald auch das Gurtenfestival oder die Konzerte im Wankdorf. Das macht nämlich auch Lärm und viele Leute finden das auch nicht gut. Und mit dem gleichen Argument gibt es dort auch Leute, die darunter leiden. Darum aufpassen, wenn man generelle Verbote macht.

Und klar: Es gibt auf nationaler Ebene Bestrebungen, vielleicht auch besser zu regulieren, dass ganz laute Feuerwerke nicht mehr verkauft werden dürfen etc., was ja sicherlich auch Sinn macht. Und interessant finde ich noch: Wenn man hier sagt, dass zum Beispiel die Wähler der SVP eigentlich auch immer dagegen seien, möchte ich sagen, dass 81% der SP-Wähler auch für strengere Demoreglemente wären. Es ist noch interessant, es ist zwar von der GFL gekommen, wenn man sagt, man gehe nach dem, was die Wähler möchten, und setzt nachher das um. Also das müsste man dann wirklich konsequent machen.

Und darum bitte ich euch, das abzulehnen, weil es nichts bringt. Mir fehlt der Glaube, dass man das so umsetzen kann. Und jeder weiss, ob es jetzt in der Drogenpolitik ist oder irgendetwas anderes: Es ist eben gerade für Jugendliche noch interessanter, ein Feuerwerk zu zünden, wenn es verboten ist. Und das habe ich ja schon gesagt. Das haben wir bei den Pyros gesehen. Und darum wird das Ganze nichts bringen und deshalb ein liberaler Ansatz und dann kommt es gut.

1. Vizepräsidentin: Die nächste Einzelrednerin ist Michelle Steinemann von der Mitte-Fraktion.

Michelle Steinemann (Mitte), Einzelvotum: Ich bin bei diesem Feuerwerksthema wirklich dafür zu ermöglichen, statt zu verbieten. Ich bin wirklich eine Gegnerin von Verboten. Ganz klar ist natürlich, dass ein Feuerwerksverbot in der Innenstadt unumstritten ist, und ich finde auch die Kampagne «nume fiire statt füüre» wirklich gut. Aber es sind zwei Tage pro Jahr. Und ja, es ist vielleicht vorher und nachher noch ein bisschen. Aber es ist wirklich einfach ein Teil der Kultur, eine Tradition. Die Leute haben Freude daran. Ich bin nicht der Meinung, dass man sagen kann, dass Anlässe oder kulturelle Anlässe das irgendwie ersetzen können, weil man das Feuerwerk selbst zünden kann. Da kann ich ein Feuerzeug nehmen. Wenn man es richtig macht, dann passiert auch nichts, denn all die Unfälle, die die Leute haben, passieren häufig einfach, weil sie es irgendwie falsch zünden. Das kann ich selbst machen. Und ich finde das etwas Schönes. Und wenn jemand Freude daran hat, dann soll er das dürfen an diesen zwei Tagen pro Jahr. Und darum stelle ich die Tradition und das kulturelle Gut, das wir haben, solange es Leute gibt, die daran wirklich Freude haben, über das Verbot – und gerade auf dem ganzen Stadtgebiet finde ich es einfach ein bisschen zu extrem. Ich finde, man könnte das wirklich auf die Innenstadt beschränken, so wie es ist. Danke.

1. Vizepräsidentin: Die nächste Einzelrednerin ist Ursula Stöckli von der FDP.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ja, ich habe mit Freude gehört, wie der Enthusiasmus für eine Drohnenshow sogar auf der SP-Seite zelebriert wird. Es freut mich un-
gemein, denn wir haben am 26. Juni des letzten Jahrs ein Postulat eingegeben von der FDP. Und zwar: "Der Gurten soll am 1. August wieder leuchten. Warum nicht mit einer Drohnenshow?" Der Gemeinderat hat im 10. Dezember 2025 empfohlen, das Postulat erheblich zu erklären. Und ich freue mich, dass das gleich mal traktandiert wird, damit wir das alle zusammen erheblich erklären können. Dass jetzt die Drohnenshow plötzlich so akzeptiert ist, finde ich super. Und den Rest zu diesem Geschäft hat unser Fraktionschef Nik Eugster schon gesagt. Dort ergänze ich nichts mehr. Ich freue mich auf die Annahme dieses Postulats. Merci.

1. Vizepräsidentin: Nächster Einzelredner ist Tobias Sennhauser, AL-PdA-TIF-Fraktion.

Tobias Sennhauser (TIF), Einzelvotum: Ganz kurz zu den Hunden an der Demo, nachdem sie jetzt doch ein paar Mal angesprochen worden sind. Wir machen manchmal auch Demos. Und wir machen es so, dass wir den Leuten mitteilen: Lasst eure Hunde zu Hause, denn eine Demo ist kein Ort für Hunde. Und vielleicht wäre das auch ein guter Rat für die Polizei.

Ich möchte eigentlich über die nationale Volksinitiative sprechen, die schon ein paar Mal angesprochen wurde. Und ihr habt es schon gehört: Eine Mehrheit hat damals bei dieser GFS-Bern-Umfrage deutlich zugestimmt. Vielleicht noch zwei, drei spannende Zahlen aus dieser Studie. Zum Beispiel haben sie auch gefragt, wer sich denn überhaupt Feuerwerke kauft. 72% haben gesagt, nie, 1% monatlich, 2% mehrmals pro Jahr und 9% – ich glaube, ich habe es vertauscht: 2% mehrmals im Jahr und 9% einmal pro Jahr. Also: Es ist eine Minderheit, die hier eine Mehrheit beeinträchtigt, würde ich sagen. Und dann, es wurde auch schon ein bisschen angesprochen, aber ich möchte das gerne noch vertiefen: Diese Umfrage hat auch die Parteizugehörigkeit abgefragt. Inso-

fern können wir gewisse Rückschlüsse ziehen, was die Sympathisant*innen von Parteien und eben diese Vorlage anbelangt. Bei den Grünen, das ist wenig überraschend, sind es 91%, die der Feuerwerksinitiative damals zugestimmt hätten. Bei der SP, das ist insofern überraschend, wenn man hier die Stimmen hört, sind es immerhin auch 79% der Parteiinteressent*innen, die der Initiative zustimmen würden. Bei der GLP, auch bemerkenswert, sind es 88%, die bei der Initiative Ja oder eher Ja stimmen würden. Auch bei der Mitte ist es eine Mehrheit. Die FDP ist die einzige Partei, deren Wählerbasis die Initiative ablehnen würde. Und sogar auch bei der SVP gibt es eine knappe Mehrheit, was vielleicht damit zusammenhängt, dass diese Feuerwerkskörper nicht nur rauffliegen, sondern irgendwann auch wieder runterfallen und so vielleicht auch die Bauern oder vor allem ihre sogenannten Nutztiere beeinträchtigen. Insofern freut es mich zu sehen, dass zumindest in der Bevölkerung über alle Parteigrenzen hinweg, diese Initiative Unterstützung findet.

Dann habe ich noch einen zweiten Link mitgebracht. Das ist die Webseite tierschutz Helfer.ch. Und die haben eine ziemlich interessante Übersicht gemacht über die ganze Schweiz, über alle Gemeinden, die das schon gemacht haben, worüber wir heute befinden. Vielleicht noch als Vorbemerkung dazu: Der Bundesrat hat eine, wie ich finde, ganz ordentliche Stellungnahme zur nationalen Feuerwerksinitiative verfasst; deshalb ordentlich, weil er durchaus die Probleme, die Feuerwerke mit sich bringen, anerkannt hat. Und seine Meinung war dann, dass eben die Kantone und auch die Gemeinden aktiv werden sollen. Das tun sie jetzt in Hülle und Fülle. Ich mache es kurz. Es sind aus dem Kanton Aargau sieben Gemeinden, Baselland drei Gemeinden, Graubünden 37 Gemeinden, Kanton Luzern eine Gemeinde, St. Gallen zwei Gemeinden und im Kanton Zürich sind es 28 Gemeinden. Und auf dieser Webseite hat es einen Button. Dort steht: Neue Gemeinde melden. Und wenn es für euch okay ist, würde ich das nachher übernehmen.

1. Vizepräsidentin: Danke, Tobias. Ich mache darauf aufmerksam, dass bei Einzelrednerinnen und Einzelrednern die Redezeit fünf Minuten ist. Du warst bei vier Minuten 38. Nächste Einzelrednerin ist Dominique Hodel von der SP.

Dominique Hodel (SP), Einzelvotum: Ich befürworte die Motion zur Einschränkung von Feuerwerk aus drei wichtigen Gründen. Erstens: Gesundheit und Umwelt. Das Abbrennen von Feuerwerkskörpern stellt ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar. Jährlich entstehen durch Feuerwerk mehrere 100 Tonnen Feinstaub, was die Luftqualität erheblich beeinträchtigt.

2. Schutz von Tieren. Die negativen Auswirkungen von Feuerwerk auf Tiere sind alarmierend. Haustiere und Wildtiere leiden unter dem Lärm und den grellen Lichtern, was zu erheblichem Stress und Panik führt. Solche Belastungen stehen im Widerspruch zu den Tierschutzgesetzen, die vorschreiben, dass Tiere nicht übermässigem Lärm ausgesetzt werden dürfen.

3. Traumatisierung von geflüchteten Menschen oder Personen mit Traumata. Ein Drittel der Stadtbevölkerung hat Migrationshintergrund. Viele von ihnen sind aus Kriegsgebieten geflohen. Für diese Menschen und andere, die traumatische Erfahrungen gemacht haben, können die lauten Explosionen und Lichtblitze von Feuerwerken retraumatisierend wirken. Diese Erinnerungen an Konflikte und Gewalt tragen nicht zur Sicherheit und zum Wohlbefinden unserer Gemeinschaft bei. Die Stadt Bern hat das Potenzial, ein Vorbild für soziale Verantwortung zu sein. Indem wir diese Motion annehmen, senden wir ein starkes Signal. Wir setzen uns für das Wohl aller ein, ob Tier oder

Mensch. Ich bitte euch, die Motion zu unterstützen und gemeinsam für eine sichere und respektvolle Stadt zu arbeiten. Danke.

1. Vizepräsidentin: Für den Gemeinderat spricht Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herzlichen Dank für diese engagierte Debatte. Ich kann nicht sagen, dass wir auf diese Debatte unvorbereitet gewesen wären. Wir haben damit gerechnet. Der Stadtrat hat vor vier Jahren zum letzten Mal sehr, sehr, sehr, sehr, sehr ausführlich über dieses Thema gesprochen, es auch sehr einlässlich diskutiert und dann diese Lösung beschlossen, mit der wir heute leben.

Für den Gemeinderat hatte damals höchste Priorität, dass wir aus Sicherheitsgründen das Feuerwerksverbot in der Altstadt, im UNESCO-Perimeter, erreichen konnten. Und wir sind sehr froh, dass wir das unterdessen durchsetzen können. Wir investieren viel dafür. Das Polizeiinspektorat, die Gewerbepolizei, investiert viel dafür, dass dieses Verbot auch tatsächlich durchgesetzt werden kann. Wir setzen uns auch ein für mehr Sicherheit in den Quartieren.

Sie haben gesehen, dass der Gemeinderat sich nicht dafür ausgesprochen hat, diese Motion anzunehmen. Das hat nicht ideologische Gründe. Die Gründe liegen auch nicht darin, dass der Gemeinderat wie die meisten Fraktionen heute Abend gespalten wäre, sondern es liegt nur am Respekt vor dieser Debatte, die der Stadtrat geführt hat. Wir wollen dem Stadtrat nicht alle paar Jahre solche Debatten aufzwingen. Aber wir überlassen es dem Ermessen des Stadtrats. Entscheidet ihr. Wenn ihr diese Motion überweist, dann werden wir diese Motion umsetzen und euch einen entsprechenden Vorschlag vorlegen. Wenn ihr euch dagegen entscheidet, wird der Gemeinderat weiterhin daran arbeiten, dass die bestehenden Regelungen umgesetzt werden, und wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Feuerwerk, wenn es eingesetzt wird, auch den Sicherheitsvorschriften gemäss eingesetzt wird, damit Mensch und Tier möglichst wenig leiden müssen unter den Begleiterscheinungen, die mit Feuerwerk abbrennen verbunden sind. Aber die Entscheidung liegt bei Ihnen. Bitte entscheiden Sie.

1. Vizepräsidentin: Also diesen Entscheid werden wir jetzt treffen, und zwar mit einer Abstimmung. Der Vorstoss wurde nicht gewandelt. Wir stimmen also ab über die Motion. Wer die Motion erheblich erklären will, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein. Ihr könnt jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 008

2025.SR.0052	
Annahme	
Ja	34
Nein	27
Enthalten	5

1. Vizepräsidentin: Ihr habt diese Motion angenommen. Vielen Dank für die verschiedenen rhetorischen Feuerwerke und auch die interessante Debatte.

2024.FPI.0157

4 Monbijou-Areal von Energie Wasser Bern (ewb); Erwerb (Abstimmungsbotschaft)

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zum nächsten Traktandum, Traktandum 4, ein Sachgeschäft. Es ist ein obligatorisches Referendum. Ich erteile zuerst der Kommission das Wort. Für die RWSU spricht Lena Allenspach.

Lena Allenspach (SP) für die Kommission: Wir sprechen heute über ein wichtiges Geschäft im Bereich der Bodenpolitik. EWB plant, seinen Hauptsitz vom Monbijou nach Ausserholligen zu verlegen. Und der Gemeinderat beantragt deshalb dem Stadtrat und anschliessend auch den Stimmberechtigten einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 63'030'000 Franken für den Kauf der EWB-Liegenschaften im Monbijou. Die RWSU empfiehlt euch das Geschäft ohne Gegenstimme zur Annahme, denn die Stadt erhält mit diesem Geschäft die Möglichkeit, Liegenschaften an sehr guter und zentraler Lage zu erwerben. Das ist sehr wichtig, um beispielsweise mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Gleichzeitig gaben in der Kommission aber insbesondere der Preis sowie auch die zukünftige Nutzung des Areals zu reden. Der Preis für die Liegenschaften, die von EWB an die Stadt Bern verkauft werden sollen, ist hoch. Auch wenn man sich auf einen tieferen Betrag einigen konnte, handelt es sich letztlich um einen Marktpreis. Einige Mitglieder der Kommission hätten sich einen tieferen Preis gewünscht, damit die Gebäude noch besser für bezahlbaren Wohnraum genutzt werden könnten und weil die Liegenschaften von EWB zur Stadt gehen und nicht von einem privaten Unternehmen erworben werden. Die zukünftige Nutzung des Areals ist noch nicht klar und wird heute auch nicht debattiert. In der Kommission wurden dazu verschiedene Überlegungen geäussert. Es steht auch im Vortrag, und wir wissen alle, dass die Stadt Bern mehr bezahlbaren Wohnraum braucht. Gleichzeitig besteht auch ein gewisses Interesse daran, die Räumlichkeiten allenfalls für die Verwaltung zu nutzen. Aber dadurch könnten wiederum andere Gebäude für mögliche Wohnnutzungen frei werden. Wie bereits gesagt, ist sich die Kommission einig, dass die Stadt Bern diese Liegenschaften an bester Lage erwerben sollte, und empfiehlt euch deshalb, dem Geschäft zuzustimmen. An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei den Mitarbeitenden der Verwaltung sowie der zuständigen Gemeinderätin für die Beantwortung unserer Fragen und die geleistete Arbeit bedanken, und empfehle euch, der RWSU hier zu folgen. Herzlichen Dank.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Ihr könnt euch jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Für die SVP-Fraktion spricht Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP sieht das Projekt sehr differenziert. Ich kann es kurz machen. Wir werden alle dem Vorkaufsrecht zustimmen. Ich gehe davon aus, dass es bei der Abstimmung getrennt wird, dass die Abstimmungsfragen getrennt unterbreitet werden, wie es auch in der Botschaft drin ist. Mit diesem Punkt sind wir einverstanden. Hingegen bei dem Geschäft selbst gehen die Meinungen innerhalb der Fraktion auseinander. Es gibt durchaus Gründe, weswegen man sagt: Doch, es ist sinnvoll, dass man die Büroräumlichkeiten dort konzentriert. Die, die skeptisch sind – und wir werden ein bisschen von euren Voten abhängig machen, wie das in der Fraktion ausfällt –, sagen einfach: Wir trauen der Stadt nicht, wie sie ihre Bodenpolitik macht, was sie mit diesen Liegenschaften macht – wir können beim Viererfeld anfangen, wo man bei der Abstimmung versprochen hat, es gebe ein höherwertiges Wohnen

und nachher diesen Anteil immer mehr zurückgenommen hat, beim Gaswerkareal gibt es gar nichts mehr. Und wir haben den teuersten Spielplatz der Welt. Wir haben auch am Wildhainweg ein Objekt gekauft, wovon wir nicht einmal genau wissen, was man damit macht. Und deshalb fehlt einem Teil der Fraktion der Glaube, dass die Stadt mit dieser Liegenschaft etwas Sinnvolles macht. Und darum werden wir, je nachdem, was jetzt noch für Vorstösse und für Vorstellungen kommen, sehr skeptisch sein und sagen: Grundsätzlich könnte man dort etwas Richtiges machen. Aber ob die Stadt Bern etwas Richtiges macht – sie haben dermassen viele Böcke in vielen Sachen geschossen. Auch jetzt gerade bei dieser Mädergutstrasse: Da wirft man alle Leute raus. Ich habe immer gesagt, es brauche billige Wohnungen, es brauche Sozialwohnungen. Dazu habe ich immer Hand geboten.

Aber wenn ihr ein neues Areal macht, wie ein Gaswerkareal oder ein Viererfeld, müsst ihr an gewissen Orten auch Cashflow haben, den euch eben auch die Marktmiete einbringt, damit ihr an anderen Orten billigere Wohnungen haben könnt. Und angesichts dieser ganzen Politik habe ich grösste Vorbehalte. Darum haben wir in unserer Fraktion geteilte Meinungen. Ich werde jetzt ein bisschen die Debatte abwarten. Aber ich möchte festhalten, dass wir diesem Vorkaufsrecht zustimmen werden. Das ist nicht bestritten. Merci.

1. Vizepräsidentin: Für die Mitte-Fraktion, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Wir von der Mitte-Fraktion begrüssen den Kauf des EWB-Areals auch und sind gespannt, wie es künftig genutzt wird. Ausserdem schätzen wir, dass ein externes Gutachten gemacht worden ist zu der Zukunft des Areals. Wir unterstützen den zusätzlichen Wohnraum, der dann entsteht, natürlich, der aber dann auch durchgemischt sein soll. Bei der Ausgestaltung ganz allgemein auch von diesem Areal soll auf eine Durchmischung geachtet werden. Und auch wenn jetzt schon der Sanierungsbedarf angekündigt wird, möchten wir bitten, dass nebst den nötigen Wohnungen, die gebaut werden müssen, das Beste aus dem Bestehenden herausgeholt und nicht von vorneherein alles saniert, sondern wirklich eine Priorisierung der Ausgaben gemacht wird. Wir werden dem Projekt aber zustimmen. Danke vielmals.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für GB/JA!, Esther Meier.

Esther Meier (GB) für die Fraktion: Wir von der GB-JA!-Fraktion finden es grundsätzlich gut und politisch richtig, dass die Stadt Bern ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen und das EWB-Areal im Monbijou erwerben will. Damit kann die Stadt ein Grundstück an bester Lage der Spekulation entziehen und zusätzlichen Wohnraum schaffen. Angesichts von Wohnungsnot, Mietzinsexplosion und Verdrängung braucht es aber vor allem mehr preisgünstigen Wohnraum. Damit wären wir beim ersten Wermutstropfen. Denn genau das, also die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum, wird gemäss Vortrag voraussichtlich wegen den hohen Umbaukosten nicht beziehungsweise nur mit Subventionierungen möglich sein. Die genauen Berechnungen sind da allerdings noch ausstehend. Und aus einer längerfristigen Perspektive sind Investitionen in den Boden sowieso sinnvoll.

Eines ist für uns als GB-JA!-Fraktion allerdings nicht nachvollziehbar, nämlich, warum die Stadt Bern dieses Areal von EWB zum Marktpreis von rund 63 Mio. Franken kaufen soll. Dieser Marktpreis wurde, wie im Vortrag beschrieben wird, anhand eines Highest-and-Best-Use-Ansatzes und einer Discounted-Cashflow-Berechnung bestimmt. Oder

mit anderen Worten: Der Kaufpreis orientiert sich daran, welchen maximalen Ertrag ein privater Investor herausholen könnte.

Das ist absurd. Denn wie wir alle wissen, gehört EWB der Stadt Bern, die sich am Ende also selbst eine Liegenschaft zum Marktpreis abkauft. Da muss man sich schon fragen: Weshalb soll sich die Stadt Bern selbst einen Preis bezahlen, der sich an der Renditelogik eines privaten Investors orientiert? Das ist auch auf einer übergeordneten Ebene nämlich ein Problem, denn das bedeutet letztlich, dass die Stadt Bern damit genau die Marktmechanismen reproduziert, die wir hier sonst zu Recht immer kritisieren. Ich fasse zum Schluss nochmals zusammen. Die GB-JA!-Fraktion begrüsst und unterstützt den Kauf des EWB-Areals grundsätzlich, weil damit ein Grundstück an bester Lage der Spekulation entzogen und zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden kann. Wir haben aber kein Verständnis dafür, warum der Gemeinderat das Areal der stadteigenen EWB zum Marktpreis abkaufen will, die als gewinn- und marktorientiertes Unternehmen mehr Spielraum hat als der Fonds, und damit die eigene Boden- und Wohnbaupolitik verteuert. Darum wird sich ein Teil der GB-JA!-Fraktion bei diesem Geschäft enthalten. Andere teilen zwar die Kritik am Marktpreis ebenfalls, werden dem Geschäft aber zustimmen, weil sie den Grundsatz, Boden der Spekulation zu entziehen, höher gewichten und es für eine Nachverhandlung nun bereits zu spät ist. Die ganze GB/JA!-Fraktion fordert den Gemeinderat aber dringend auf, erstens alles daran zu setzen, möglichst viel preisgünstigen Wohnraum auf dem EWB-Areal zu schaffen, und zweitens beim nächsten Mal, wenn die Stadt Bern sich selbst Immobilien abkauft, einen Preis auszuhandeln, der nicht so berechnet ist, als würde ein internationaler Immobilienfonds auf dem privaten Markt zuschlagen. Vielen Dank für eure Unterstützung.

1. Vizepräsidentin: Für die FDP-Fraktion, Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Wir sind ein wenig weniger zuversichtlich als meine Vorredner*innen. Die FDP-Fraktion lehnt dieses Geschäft ab; nicht, weil das Monbijou-Areal unattraktiv wäre, nicht, weil wir den Wert dieser Lage verkennen würden, sondern weil für uns ein Grundsatz gilt: Die Stadt soll öffentliche Aufgaben erfüllen, nicht auf Vorrat Büroflächen erwerben.

Genau das soll hier aber geschehen. Die Stadt soll für 63 Mio. Franken ein Areal kaufen, das heute mehrheitlich aus Büroflächen besteht, und sie soll das tun, obwohl die entscheidende Frage noch offen ist. Wofür genau, auch wenn wir das Gutachten haben? Die Vorlage bleibt die Antwort schuldig.

Keine verbindlichen Nutzungskonzepte, keine klaren Prioritäten, keine belastbare Aussage zu den finanziellen Folgen, aber ein Verpflichtungskredit in Millionenhöhe – das ist keine strategische Klarheit, das ist ein Kauf auf Verdacht. Die Vorlage selbst sagt, dass noch offen ist, wie die Liegenschaft künftig genutzt werden soll – Verwaltung, Wohnen, Schulen, Vermietung an Dritte, strategische Reserve. Alles ist denkbar und gerade deshalb ist nichts hinreichend entschieden.

Zuerst kaufen, später klären, das ist kein überzeugender Umgang mit öffentlichen Mitteln. Wer 63 Mio. Franken binden will, muss mehr vorlegen als Möglichkeiten. Er muss sagen können, welchem konkreten öffentlichen Zweck dieser Kauf dient, welche Folgekosten zu erwarten sind und warum genau dieses Geschäft für die Stadt notwendig ist. Diese Begründung fehlt. Damit sind wir beim Kern.

Ein Vorkaufsrecht ist kein Kaufzwang. Dass die Stadt kaufen kann, bedeutet noch nicht, dass sie kaufen soll. Ein Vorkaufsrecht ist ein Instrument für gezielte öffentliche Interessenwahrung. Es ist kein Freipass für eine ausufernde Immobilienpolitik. Die Stadt darf nicht jeder zentral gelegenen Liegenschaft nachlaufen, nur weil es irgendwann ein-

mal nützlich sein könnte. Sonst wird aus strategischer Bodenpolitik sehr schnell planlose Portfoliopolitik.

Hinzu kommt: Dieses Geschäft wird mit Erwartungen aufgeladen, die es selbst nicht einlösen kann. Es wird mit Wohnraum argumentiert, es wird mit Handlungsspielraum argumentiert, es wird mit einer einmaligen Chance argumentiert. Doch die Vorlage selbst ist deutlich vorsichtiger. Sie beschreibt ein heterogenes Bestandesensemble mit teilweise erheblichem Sanierungsbedarf. Sie verweist auf denkmalpflegerische Einschränkungen, sie nennt bestehende Dienstbarkeiten und den dauerhaften Infrastrukturbedarf von EWB. Sie erwähnt belastende Standorte. Und sie hält ausdrücklich fest, dass gerade die Realisierung preisgünstiger Wohnungen wegen der hohen Umbaukosten wenig wahrscheinlich ist.

Darum muss man klar sagen: Wer dieses Geschäft als wohnbaupolitischen Wurf verkauft, verspricht mehr als die Vorlage hergibt. Auch wirtschaftlich überzeugt die Vorlage nicht. Der Kaufpreis ist indexiert. Bei einer späteren Weiterveräußerung partizipiert EWB während 25 Jahren mit 50% an einem Gewinn. Gleichzeitig trägt die Stadt erhebliche Entwicklungs-, Umbau- und Folgekostenrisiken. Die Stadt übernimmt also die Risiken und teilt im Erfolgsfall noch den Ertrag. Das ist kein besonders starker Deal, finden wir.

Die Befürworterinnen und Befürworter sprechen von Handlungsspielraum. Das klingt vernünftig. Aber Handlungsspielraum ist kein Selbstzweck. Handlungsspielraum ohne klaren Plan ist nicht Stärke. Handlungsspielraum ohne definierte Nutzung ist nicht Strategie. Handlungsspielraum für 63 Mio. Franken ist vor allem eines, nämlich teuer. Natürlich ist die Lage attraktiv, natürlich ist das Areal interessant. Aber Attraktivität alleine rechtfertigt keinen Erwerb mit Steuergeldern. Die Stadt ist nicht dazu da, schicke Gelegenheiten zu sammeln.

Sie ist dazu da, Prioritäten zu setzen. Und genau diese Prioritätensetzung vermissen wir hier. Die Stadt soll dann kaufen, wenn ein klarer öffentlicher Zweck feststeht. Die Stadt soll dann investieren, wenn Nutzen und Kosten sauber ausgewiesen sind. Die Stadt soll dann handeln, wenn eine Strategie vorliegt und nicht erst im Nachhinein gesucht werden muss. 63 Mio. Franken sind kein Testballon, 63 Mio. Franken sind kein Planspiel, 63 Mio. Franken verlangen Klarheit, Notwendigkeit und Verantwortung. All dies liefert diese Vorlage aus unserer Sichtweise nicht. Darum ist für die FDP-Fraktion klar: Die Aufgabe der Stadt ist es nicht, auf Vorrat Büros zu kaufen. Die Aufgabe der Stadt ist es, mit öffentlichen Mitteln zielgerichtet, verhältnismässig und verantwortungsvoll umzugehen.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die GFL-Fraktion, Mirjam Roder.

Mirjam Roder (GFL) für die Fraktion: Ich bin um einiges optimistischer als meine Vordrönerin. Hingegen muss ich ihr in einem Punkt absolut recht geben. Im Moment ist dieses Projekt noch eine ziemliche Blackbox. Wir beschliessen heute den Kauf, aber wissen noch nicht genau, wie die Nutzung am Ende aussehen wird. Diese Diskussion kommt erst noch. Die Nutzungsszenarien werden erst in den nächsten Jahren vertieft geprüft. Wir können also im Moment nur hoffen und darauf vertrauen, dass aus dieser einmaligen Chance, die es wirklich ist, liebe Simone, auch tatsächlich eine gute städtische Entwicklung entsteht.

Im Vortrag steht, dass Flächen, falls die Stadt mittelfristig keinen Eigenbedarf hat, auch auf dem Markt vermietet werden könnten. Ich denke, hier sollten wir politisch klar sein. Unser Ziel sollte es nicht sein, zusätzliche Büroflächen auf dem Markt zu platzieren. Unser Ziel muss es sein, wo immer möglich, dringend benötigten Wohnraum zu schaf-

fen, und zwar kostengünstigen, bezahlbaren Wohnraum. Das heisst, nicht zur Marktmiete. Das möchte ich dem Gemeinderat heute ausdrücklich mitgeben.

Gleichzeitig ist es uns aber wichtig, dass wir nicht eindimensional denken. Eine gemischte Nutzung ergibt aus unserer Sicht absolut Sinn. Das Areal liegt in einer Dienstleistungszone und eignet sich sowohl für Büro- als auch für Wohnnutzung. So eignet sich beispielsweise das Gebäude an der Sulgeneckstrasse 20 kaum für Wohnungen, sehr wohl aber für Arbeitsplätze.

Gerade die Möglichkeit, städtische Arbeitsplätze zu bündeln, finden wir spannend. Heute sind verschiedene Verwaltungseinheiten über die ganze Stadt verteilt, wie das Sozialamt an der Predigergasse und weiteren Standorten. Wenn man hier sinnvoll clustert, könnten durchaus Synergien besser genutzt werden. Und das hat einen weiteren Vorteil: Wenn Verwaltungsstandorte zusammengelegt werden, werden andernorts Flächen frei. Diese könnten dann beispielsweise für dringend benötigten Schulraum genutzt werden, etwa dort, wo heute Verwaltungsstellen sitzen, wie im Wankdorf das AFU (Amt für Umweltschutz).

Ein Punkt verdient aber ebenfalls eine kritische Bemerkung, es wurde schon mehrfach angesprochen, und zwar der Preis. 63 Mio. Franken sind viel Geld. Der Preis liegt zwar nicht beim maximal möglichen Wert, aber eben auch nicht am unteren Ende. Und wenn sie gewollt hätte, hätte die Stadt in den Verhandlungen möglicherweise noch etwas mehr herausholen können. Es ist deshalb wichtig, dass die Stadt bei solchen Geschäften genau hinschaut. Schliesslich stehen auch bei uns grosse Investitionen an, nicht nur bei EWB. Aber am Ende ist ein solcher Preis immer Verhandlungssache. Entscheidend ist, dass er in einem vernünftigen Rahmen liegt. Und aus unserer Sicht überwiegt hier der strategische Nutzen klar. Der entscheidende Punkt bleibt deshalb: Die Stadt sichert den strategischen Handlungsspielraum. Sie entzieht ein zentrales Areal der Spekulation und behält die Möglichkeit, die Nutzung politisch zu steuern. Und genau deshalb stimmen wir diesem Kauf zu.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die GLP-EVP-Fraktion, Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Wir haben es gehört. Die Stadt möchte das Vorkaufsrecht für die EWB-Liegenschaften an der Monbijou-Sulgeneck-Strasse einlösen und die Liegenschaften für 63 Millionen von EWB erwerben. Als GLP-EVP-Fraktion sagen wir zu diesem Geschäft: Ja, aber. Wir können das Prinzip von strategischen Liegenschaftsreserven an lukrativen Standorten gut nachvollziehen. Diese Liegenschaften liegen im Perimeter des zukünftigen Bahnhofs. Und die Lage wird durch den neuen Bahnhofsausgang Bubenbergrplatz und somit verkürzte Wegzeiten für Pendler*innen mittelfristig aufgewertet.

Wir sehen auch, dass diese Liegenschaften ein grosses Potenzial für eine vielfältige Nutzung bergen. Somit können wir im Sinne der Opportunität nachvollziehen, dass man solche Gelegenheiten ergreifen sollte. Wir können auch den Preis nachvollziehen und verstehen, dass EWB der Stadt keinen Rabatt gewähren kann. EWB hat die Vorgabe, seine finanziellen Spielräume für zukunftsorientierte Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu investieren. Und wie wir alle wissen, hat EWB mit dem Ausbau der Fernwärme hohe Kapitalanforderungen zu bewältigen. Diese wiederum trägt direkt zum Erreichen unserer Energie- und Klimastrategie bei. Und schliesslich haben wir ja als Stadt auch wieder ein Interesse an einer Gewinnausschüttung durch EWB und der damit zusammenhängenden Äufnung des Ökofonds. Wir begrüssen, dass die Stadt und EWB sich in diesem Geschäft partnerschaftlich gefunden und einen Preis ausgehandelt haben, der für beide Seiten passt und Sinn macht.

Eine Frage hat uns in unserer Diskussion wesentlich beschäftigt. Und zwar vermissen wir für diesen Kauf ein bisschen die Einbindung in eine grössere Strategie und Vision. Wir verstehen, dass es zum heutigen Zeitpunkt schwierig ist, mehr über die Nutzung zu sagen. Und wir verstehen, dass es sich bei dieser Liegenschaft, wie im Vortrag steht, um eine strategische Sicherung von Grundeigentum handelt, um das quantitative Wachstum an Landflächen sowie den daraus entstehenden Handlungsspielraum zu vergrössern. Das sind nachvollziehbare Gründe.

Trotzdem fehlt uns eine gewisse Einordnung in die übergeordnete und grundsätzliche Strategie, die der Fonds mit Reservekäufen wie diesen verfolgt, und wie sich nun eben dieser vorliegende Kauf in diese übergeordnete Strategie einordnet. Wir würden uns vom Gemeinderat wünschen, dass er an einer entsprechenden strategischen Einordnung arbeitet. Einfach nur Spekulation zu verhindern, ist zwar ein Ziel. Aber aus unserer Sicht noch eine zu wenig inspirierende übergeordnete Vision.

Und dann haben wir noch ein zweites Aber. Das haben wir betreffend die zukünftige Nutzung. Obwohl, eigentlich richtet sich dieses Aber weniger an den Gemeinderat und mehr an die Entscheidungsträger*innen hier im Rat. Der Gemeinderat schreibt in seinem Vortrag nämlich bereits explizit: "Da es sich um eine Umnutzung von bestehenden Büronutzung handelt würde, wäre jedoch mit hohen Umbaukosten zu rechnen, was eine wirtschaftliche Realisierung von preisgünstigen Wohnungen wenig wahrscheinlich machen würde." Uns ist bewusst, dass die zukünftige Nutzung eine grosse politische Diskussion auslösen wird. Deshalb ist es uns wichtig, von Beginn weg unsere Vorbehalte gegenüber günstigem Wohnraum an diesem Standort zu platzieren. Wir finden unbedingt, dass wir günstigen und zugänglichen Wohnraum in der Stadt brauchen. Gleichzeitig finden wir aber, dass die Standortplanung von günstigem Wohnraum sorgfältig in Bezug auf Kosten/Nutzen abgewogen werden muss. Nicht alle Standorte sind geeignet für günstigen Wohnraum.

Der Standort im Monbijou ist, wie das der Gemeinderat auch erwähnt, nicht geeignet für günstigen Wohnraum. Wir finden es sinnvoll, wenn die Stadt sich mit entsprechend höheren Mieteinnahmen an lukrativen Standorten wie diesem finanziellen Handlungsspielraum schafft, damit wir anderswo wieder umso mehr günstigen Wohnraum schaffen können. So hoffen wir, dass die zukünftige Diskussion über die Nutzung auch mit betriebswirtschaftlichen und weniger nur rein ideologischen Argumenten geführt werden kann. Vielen Dank.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die SP-JUSO-Fraktion, Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Dike SP-JUSO-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen. Das ist vermutlich für alle keine Überraschung. Ich möchte fünf Punkte zur Diskussion stellen.

Der erste ist: Das Geschäft, das wir hier behandeln, steht in Abhängigkeit zum Geschäft Nummer 11. Und da wir dieses Geschäft auch als wichtig und für die Stadt zentral empfinden, ist klar, dass wir diesem Geschäft zustimmen.

Dann zweitens: Der Gemeinderat hat von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht, wie wir es auch in einem Postulat gefordert haben, das Lena Sorg und ich vor Jahren eingereicht haben, und worüber 2019 abgestimmt wurde. Damit sind aus Sicht des Gemeinderats, aber auch aus unserer Sicht die Punkte 1 und 2 erfüllt.

Wir finden es zuerst vor allem wichtig, dass Boden im öffentlichen Besitz ist. Boden gehört der Spekulation entzogen. Er ist kein normales Gut, wie alle anderen Güter. Er ist sehr beschränkt, und man darf nicht mit ihm Geschäfte machen. Das geschieht leider heute noch in viel, viel zu grossem Ausmass. Und jeder Schritt dagegen ist ein Schritt

in die richtige Richtung. Unser Ziel ist es: Der Boden gehört der Öffentlichkeit. Es ist an der Öffentlichkeit, Baurechte an Private zu vergeben für eine bestimmte Nutzungsdauer. Aber langfristig darf es keine private Spekulation mehr geben. Und bis wir so weit sind, dauert es noch eine Weile. Und es wird noch einiges geschehen müssen, damit wir so weit kommen.

Dann drittens zur Lage: Es ist schon verschiedentlich gesagt worden – in Bahnhofnähe ist die Liegenschaft natürlich sehr interessant und attraktiv. Der Pendlerverkehr wird zunehmen, die Zahl der Passanten Richtung Monbijou wird steigen. Also, es ist sicher schon mal, ohne dass wir über die Nutzung sprechen, ein interessanter Ort. Wir wissen aber auch, dass mit diesem Gebäude gewisse Auflagen verbunden sind. Es gibt die Denkmalpflege, die hier etwas zu sagen hat. Es gibt im Innenhof ein Umspannwerk, das von EWB weiterhin genutzt werden will. Und es gibt auch noch ein paar Ecken, die mit Schadstoffen belastet sind.

Zum vierten Punkt: Wir haben es verschiedentlich jetzt gehört – ist dort preisgünstiger Wohnraum möglich oder nicht? Heute können wir das, glaube ich, abschliessend nicht sagen. Wir haben es damals in unserem Postulat gefordert. Wir verlangen schon preisgünstigen Wohnraum, wo immer es geht. Aber ich finde, preisgünstigen Wohnraum um jeden Preis ist auch etwas, was nicht geht. Deswegen gilt es hier mal abzuklären, was möglich ist, welche Mischung möglich ist, welches Projekt möglich ist, bevor man darüber entscheidet. Man muss auch wissen, dass es für den Fonds durchaus interessant sein könnte, an dieser Stelle Geld zu verdienen, wie das auch schon gesagt wurde, um die vielen Ansprüche, die auf dem Fonds lasten, auch befriedigen zu können.

Und dann zum letzten Punkt, der hier auch schon umstritten war. Das ist dieser Preis von 63 Mio. Franken, der einen Mittelwert zwischen 60 und 65 Mio. Franken darstellt. Es ist schon so: Wäre EWB Teil der Stadtverwaltung, wäre das eine Buchung gewesen aus dem Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen und hätte eigentlich eine Bewegung von null Franken ausgelöst. Da EWB jetzt als unabhängige Institution tätig ist, gelten andere Regeln. Und die haben der Gemeinderat und EWB gemeinsam angewendet. Ich bin nicht so zufrieden mit diesem Preis, weil er von einem maximalen Marktwert ausgeht. Man müsste vielleicht auch berücksichtigen, dass die Stadt, wenn sie dann das Gebäude oder die Gebäude übernimmt, diesen maximalen Wert gar nicht realisieren kann. Das kommt sehr auf die Nutzung an. Und dann haben wir das Problem, das wir auch beim Fonds haben, nämlich, dass die Gebäude zwar zu maximalen Werten in den Büchern stehen, in der Bilanz, aber dass die Erträge, die daraus resultieren, in keiner Weise dem entsprechen, und dass deswegen ein Delta entsteht. Das ist nicht so schön, da hätte man irgendwas in den Vertrag reinschreiben können im Sinne, dass der endgültige Preis auch ein bisschen von der Nutzung abhängt. Man hat es ja auf der anderen Seite auch geschafft, EWB bis in 25 Jahren mit 50% an einer allfälligen Veräusserung zu beteiligen. Ich verstehe nicht ganz, warum man es nicht auf die andere Seite auch gemacht hat. Anyway, der Preis steht jetzt. Der ist nicht mehr zu verhandeln. Und trotz dieses finanziellen Dämpfers werden wir diesem Geschäft zustimmen.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für den Gemeinderat spricht Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Vielen Dank, Frau Vizepräsidentin, geschätzte Anwesende. Warum können wir jetzt überhaupt über diesen Kauf entscheiden? Sie haben es gehört: EWB kann seinen Hauptsitz verlegen, weil der Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen jetzt endlich ins Rollen kommt. Ich denke, alle freuen sich darauf. Die Vorlage zum Entwicklungsschwerpunkt Ausserholligen wurde von der Bevölkerung mit 80,24% angenommen. Und wir haben es gehört: Die Stadt hat ein Vorkaufsrecht für

diese freiwerdende Liegenschaft. Und wie Sie wahrscheinlich in den Unterlagen gesehen haben, wird als Folge der ausserordentlich guten Mikrolage-Qualität im Vergleich mit anderen Liegenschaften ein überdurchschnittlich hoher Ertrag vorausgesagt. Nun ist die Frage: Was macht die Stadtverwaltung damit? Sie haben es ebenfalls gehört: Die Nutzungsszenarien sind noch nicht erstellt. Diese werden in einem nächsten Schritt evaluiert. Wenn die Stadt mittelfristig keinen Eigenbedarf aufweist, können die Flächen auch auf dem Markt vermietet werden oder an andere öffentliche Institutionen. Das gibt dann auch wieder Spielraum für preisgünstigen Wohnraum, vielleicht auch an einem anderen Ort. Falls man zum Schluss kommt oder auch Sie zum Schluss kommen, dass die Mittel der öffentlichen Hand andernorts mehr Wirkung erzielen, kann die Liegenschaft natürlich auch wieder auf den Markt.

Ich danke ebenfalls herzlich der Referentin für die Aufbereitung des Geschäfts und auch der Kommission für ihre Arbeit Sie hat auch ausgeführt, dass die Nutzung heute nicht beschlossen wird. Aber ich habe natürlich trotzdem zugehört. Es wurde mehrfach erwähnt, dass die Schaffung von günstigem Wohnraum genau an dieser Mikrolage schon anspruchsvoll ist. Aber es kann Prüfungsbericht hier sein, dass damit eben andernorts Spielraum entsteht, und dann müssen wir eine Gesamtsicht erstellen. Vielleicht noch zum Preis: Der Preis ist eben gerade nicht ertragsmaximiert, sondern ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis zwischen dem unternehmerischen Rahmen der EWB und den öffentlichen Finanzen der Stadt Bern.

Danke, dass Sie dieses Geschäft unterstützen, auch mit den entsprechenden Aber und Vorbehalten.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wir werden zwei Abstimmungen durchführen. Zuerst werden wir die Abstimmungsvorlage genehmigen zuhanden der Stimmberechtigten und danach werden wir die Abstimmungsbotschaft genehmigen. Wir kommen zur ersten Abstimmung. Wer die Abstimmungsvorlage genehmigen und zuhanden der Stimmberechtigten verabschieden möchte, stimmt Ja, wer die Vorlage nicht genehmigen will, stimmt Nein. Ihr könnt jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 009

2024.FPI.0157: Abstimmungsvorlage

Annahme

Ja	54
Nein	10
Enthalten	4

1. Vizepräsidentin: Ihr habt die Abstimmungsvorlage genehmigt und zuhanden der Stimmberechtigten verabschiedet. Wir kommen jetzt zur zweiten Abstimmung, und zwar geht es um die Genehmigung der Abstimmungsbotschaft. Wer die Abstimmungsbotschaft so genehmigen will, stimmt Ja, wer sie nicht genehmigen will, stimmt Nein. Ihr könnt jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 010

2024.FPI.0157: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	65
Nein	2

Enthalten	1
-----------	---

1. Vizepräsidentin: Ihr habt die Abstimmungsbotschaft ebenfalls genehmigt. Ich informiere euch noch, dass wir nach der Pause gemäss der neuen Traktandenliste mit den Traktanden 11 bis 17 weiterfahren werden. Es geht darum, dass wir noch rechtzeitig die entsprechenden Abstimmungsbotschaften behandeln können. Ich wünsche euch einen guten Appetit, eine gute Pause. See you later.

Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Vizepräsidentin

27.04.2026

X 

Signiert von: BEATRICE ELISABETH WERTLI MEIERHANS

für das Protokoll

29.04.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:45 Uhr

Stadtrat anwesend

Béatrice Wertli, 1. Vizepräsidentin

Valentina Achermann	Thomas Glauser	Matteo Micieli
Nadine Aebischer	Simon Gyger	Szabolcs Mihályi
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanović
Debora Alder-Gasser	Georg Häsler	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Bernhard Hess	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Dominique Hodel	Shasime Osmani
Mirjam Arn	Thomas Hofstetter	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Stephan Ischi	Mehmet Özdemir
Tom Berger	Monique Iseli	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Seraphine Iseli	Simone Richner
Gourab Bhowal	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Lea Bill	Anna Jegher	Michael Ruefer
Laura Brechbühler	Raffael Joggi	Judith Schenk
Jacqueline Brügger	Nora Joos	Lukas Schnyder
Carola Christen	Barbara Keller	Lea Schweri
Laura Curau	Mirjam Läderach	Tobias Sennhauser
Andreas Egli	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Nik Eugster	Christoph Leuppi	Michelle Steinemann
Alexander Feuz	Corina Liebi	Ursula Stöckli
Dominik Fitze	Maurice Lindgren	Irina Straubhaar
Seraina Flury	Nicolas Lutz	Anouk Ursin
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Johannes Wartenweiler
Franziska Geiser	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Helin Genis	Esther Meier	Janosch Weyermann

Stadtrat entschuldigt

Michael Burkard	Fuat Köçer	Fabian Rüfenacht
Jelena Filipovic	Nora Krummen	
Ingrid Kissling-Näf	Ronja Rennenkampff	

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Ursina Anderegg BSS	Melanie Mettler FPI
Alec von Graffenried SUE		

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung
Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parla- mentsdienste	Mago Flück, Weibeldienste	Cornelia Stücker, Weibeldienste
------------------------------------------------	---------------------------	---------------------------------

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

1. Vizepräsidentin: Kolleginnen und Kollegen, ich bitte euch Platz zu nehmen, ebenso die Gemeinderät*innen. Wir kommen zum zweiten Teil der Stadtratssitzung. Es gibt dazu einen Ordnungsantrag. Ich gebe Dominik Fitze von der SP-JUSO-Fraktion das Wort, um den Antrag zu vertreten.

Dominik Fitze (SP): Sorry für die Kurzfristigkeit, wir würden gerne den Antrag stellen, dass wir heute auch noch das Mittelfeld behandeln, da es da auch gewisse Terminlichkeiten gibt. Wir sollten auch die Traktanden 11 und 12, also EWB/BLS sowie das Schulhaus behandeln, weil das Abstimmungsgeschäfte sind. Ich hoffe, dass wir die durchkriegen in den nächsten zwei Stunden, aber das sollte klappen. Ich hoffe, das ist für euch alle okay, aber ich sehe tendenzielles Nicken.

1. Vizepräsidentin: Kannst du den Antrag genau formulieren?

Dominik Fitze (SP): Dass wir jetzt Traktandum 5 behandeln. 5 und 6 ist es, glaube ich, oder?

1. Vizepräsidentin: Ich stelle diesen Ordnungsantrag zur Abstimmung. Ich wiederhole ihn noch einmal. Der Ordnungsantrag der SP-JUSO-Fraktion ist, dass wir jetzt Traktandum 5 und 6, welche gemeinsam behandelt werden, diskutieren und danach, wie auf der neuen Traktandenliste vorgesehen, eigentlich die Traktanden 11 bis 17. Zwingend ist, dass wir heute noch die Traktanden 11, 12 und 13 unbedingt besprechen können. Darum bitte ich euch dann auch, bei den Traktanden 5 und 6 entsprechend sportlich zu sein. Aber zuerst stellen wir diesen Ordnungsantrag zur Abstimmung. Wer dem Ordnungsantrag, Traktandum 5 und 6 vorzuziehen, zustimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein. Ihr könnt jetzt abstimmen.

Ordnungsantrag
 Dominik Fitze
 Die Traktanden 5 und 6 gemeinsam beraten.

Abstimmung Nr. 011

Ordnungsantrag

Annahme

Ja	40
Nein	10
Enthalten	3

1. Vizepräsidentin: Ihr habt diesem Ordnungsantrag zugestimmt.

2025.SR.0021

5 Interpellation: Vergabekriterien und Entscheidungskompetenzen beim Vierer- und Mittelfeld

Gemeinsame Beratung der Traktanden 5 und 6.

1. Vizepräsidentin: Wir kommen somit zu den Traktanden 5 und 6, welche wir gemeinsam behandeln. Traktandum 5 ist eine Interpellation: Vergabekriterien und Entscheidungskompetenzen beim Vierer- und Mittelfeld. Wir stimmen darüber ab, ob ihr für diese Interpellation eine Diskussion gewähren wollt oder nicht. Wer zur Interpellation Traktandum 5 die Diskussion gewähren will, stimmt Ja, wer keine Diskussion führen will oder die Diskussion ablehnt, stimmt Nein. Ihr könnt jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 012

2025.SR.0021: Diskussion

1/3 Quorum erreicht

Ja	41
Nein	13
Enthalten	2

1. Vizepräsidentin: Der Stadtrat hat beschlossen, dass die Interpellation diskutiert wird, das heisst die Diskussion wird gewährt. Um die Diskussion entsprechend zu planen, frage ich jetzt noch für das Traktandum 6, ob diese Motion bestritten ist. Die Motion ist bestritten. Wir werden nun die Diskussion führen. Wir werden beide Traktanden gemeinsam behandeln. Ich erteile zunächst den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat Lena Allenspach das Wort.

Lena Allenspach (SP) für die Einreichenden: Ich freue mich sehr, dass wir heute endlich diese Motion beraten dürfen. Wir alle wissen, der Druck auf den Wohnungsmarkt in Bern ist enorm. Immer mehr Menschen finden keine bezahlbare Wohnung mehr oder müssen einen immer grösseren Anteil ihres Einkommens fürs Wohnen aufbringen. Das schwächt nicht nur die Kaufkraft, sondern Wohnen ist auch eines der grössten Armutsrisiken, die wir haben.

Wir geben heute einen wichtigen Richtungsentscheid ab, wenn ich in 40 Jahren, da bin ich dann 73 Jahre alt, das Mittelfeld besuche, soll der Wohnraum dort immer noch bezahlbar sein. Und darüber sprechen wir heute, ob unsere Stadt und die neuen Areale und Wohnüberbauungen, die wir entwickeln, auch für kommende Generationen noch bezahlbar sein werden. Wir fordern daher mit dieser Motion erst, dass die Baurechte auf dem Mittelfeld zu 100% an gemeinnützige Wohnbauträger vergeben werden. Warum ist das so wichtig? 80% der Wohnungen gehören privaten Eigentümern oder gewinnorientierten Unternehmen.

Die Folge steigende Mieten, Spekulation und Verdrängung. Der gemeinnützige Wohnungsbau ist das wirksamste Mittel gegen diese Entwicklung. Gemeinnützige Wohnungen sind auf Dauer bis zu 20% günstiger als der Markt und sie bleiben es, wie bereits erwähnt, auch langfristig. Das Mittelfeld bietet uns jetzt die Gelegenheit, diesen Weg konsequent zu gehen. Wenn auf dem benachbarten Viererfeld 50% gemeinnütziger Wohnungsbau vorgesehen ist, dann ist es nur folgerichtig, das Mittelfeld nun vollständig gemeinnützig zu nutzen.

So stärken wir den Anteil an bezahlbarem Wohnraum in der ganzen Stadt und insbesondere im Quartier Länggasse-Felsenau, wo dieser Anteil bislang tief ist. Und ja, die Baurechtszinsen bei gemeinnützigen Bauen ist etwas tiefer, aber das ist verkraftbar, denn jeder Franken, den wir heute in gemeinnützigen Wohnraum investieren, entlastet morgen die Mieterinnen und Mieter und stabilisiert unsere Stadtentwicklung nachhaltig. Es freut uns auch sehr, dass der Gemeinderat die Motion ebenfalls zur Annahme empfiehlt und da er auch daran festhalten möchte, ein Baufeld der Burgergemeinde zu geben, gehen wir auch hier davon aus, dass die Burgergemeinde hier langfristig bezahlbaren Wohnraum in Kostenmiete schaffen wird. Ich bitte euch, dieser Motion ebenfalls zuzustimmen und damit einen wichtigen Entscheid für eine Stadt zu fällen, die sich die Menschen auch morgen noch leisten können. Herzlichen Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Für die Einreichenden hat das Wort nun Katharina Gallizzi. Du sprichst für die Interpellation?

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Vielen Dank, dass wir über diese Interpellation auch sprechen können. Wir haben mehrere Fragen gestellt. Die letzte Frage hat sich aufgrund der Motionsantwort von der Motion, die wir heute hoffentlich überweisen, auch erledigt, weil jetzt auf dem Mittelfeld 100% gemeinnützig gebaut werden soll laut Gemeinderat. Bei den anderen Fragen geht es um das Viererfeld.

Wir sind davon überzeugt, dass es ein Fehler war, hier nur 50% gemeinnützigen Wohnbau zu planen, aber das lässt sich jetzt nicht mehr ändern. Trotzdem oder gerade deswegen braucht es möglichst gute Bedingungen für die Gemeinnützigen auf dem Viererfeld und es soll auch auf dem gewinnorientierten Teil nicht darum gehen, die maximale Rendite zu erzielen, sondern vor allem soll es darum gehen guten Wohnraum zu schaffen. Die Vergabe der einzelnen Baufelder ist hier zentral, weil die Grösse und damit der Preis der einzelnen Felder darüber entscheidet, ob die Vergabe in der Kompetenz von Gemeinderat, Stadtrat oder Volk liegt, wollten wir wissen, wer eigentlich über die Grösse der Baufelder entscheidet. Auch wer welches Baufeld bekommt, ist nicht trivial.

Es gibt attraktivere und weniger attraktive. Hier muss unbedingt verhindert werden, dass sich die zahlungskräftigen Investoren, die Filet-Stücke unter den Nagel reissen können, während die Gemeinnützigen auf die weniger vorteilhaften Felder verdrängt werden. Wie dies bei der Vergabe passiert, ist mir auch nach dem Lesen der Antwort nicht klar. Darum hier noch einmal für das Protokoll: Es muss darauf geachtet werden, dass die Gemeinnützigen beim Wettbewerb um die beliebtesten Baufelder nicht hintenanstehen müssen. Und wenn wir wollen, dass die Baufelder im Sinne einer nachhaltigen Wohnpolitik bebaut werden, ist es natürlich wichtig, dass nicht bloss die Höhe des Baurechtszins über den Zuschlag entscheidet. Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, der Baurechtszins werde weniger gewichtet als die Qualität der Eingabe. Wir können das nicht unbedingt überprüfen, möchten hier aber betonen, dass es uns eminent wichtig erscheint, diese Vorgabe auch wirklich einzuhalten.

Und wenn es okay ist, rede ich auch noch gleich für die Motion. Niemand interveniert, also rede ich noch zur Motion.

Das Vierer- und Mittelfeld ist eine der letzten Freiflächen in der Stadt, auf der noch Wohnungen gebaut werden können. Sie ist im Besitz der Stadt und entsprechend ist es wichtig, hier die wohnbaupolitischen Prioritäten der Stadt auch umzusetzen. Die Volksabstimmung über den Erwerb des Baulands im Viererfeld und dessen Nutzung in Form eines Zonenplans liegt schon fast zehn Jahre zurück. Das ist zehn Jahre her, dass wir darüber abgestimmt haben. Dieser Zonenplan gibt vor, dass im Mittelfeld mindestens

die Hälfte der Wohnungen gemeinnützig gebaut werden müssen. Gegen oben gibt es keine Beschränkungen. Seit der Erarbeitung des Zonenplans ist einiges geschehen und die Forderung nach gemeinnützigem bezahlbarem Wohnraum wird immer akuter. Die Mietpreise steigen und steigen. Laut Statistik Bern sind die Mieten in den letzten fünf Jahren um durchschnittlich 100 Franken pro Monat gestiegen.

Um diesen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen, wurde 2024 die Wohnstrategie aktualisiert und sie schreibt jetzt fest, dass die Stadt das Angebot an preisgünstigen Wohnungen erhöhen muss. Dort steht, dass bis 2030 mindestens 1'000 neue Wohnungen im preisgünstigen, gemeinnützigem Segment angestrebt werden. Auch der neue Gemeinderat hat sich in seinen Legislaturzielen für den Ausbau des Angebots an gemeinnützigem und preisgünstigem Wohnraum ausgesprochen. Im letzten Jahr wurde im Kanton die Initiative des Mieter*innen-Verbands angenommen, die durch die Einführung einer Formularpflicht gegen die steigenden Mieten vorgehen will.

Es ist also der Wille des Gemeinde- und des Stadtrats und auch vor allem der Stimmbevölkerung, dass günstiger und gemeinnütziger Wohnraum geschaffen wird, und zwar nicht nur ein bisschen, sondern mindestens 1'000 Wohnungen in fünf Jahren. Es wäre daher unverantwortlich auf dem Mittelfeld, dass das eine der wenigen städtischen Baulandreserven ist, nicht 100% preisgünstige Wohnungen zu bauen. Wie sonst sollte der Fonds seinen Auftrag erfüllen und marktergänzende Wohnraum schaffen? Sicher nicht, indem das städtische Land dazu genutzt wird, um teure Luxuswohnungen zu bauen. Der Spielraum der Stadt, um in den Wohnungsmarkt einzugreifen, ist klein, leider zu klein. Darum muss diese Chance unbedingt genutzt werden: Das Bauland der Stadt muss für den Bau preisgünstiger Wohnungen verwendet werden. Wir haben diese Forderung schon mehrmals gestellt und werden natürlich der Motion zustimmen.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Katharina. Es tut mir leid, wir waren vorhin noch ein bisschen mit dem Management der Sitzung beschäftigt. Es tut mir leid, du hast das Fraktionsvotum noch gehalten. Als nächster Redner und für die SVP-Fraktion spricht Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ihr wisst, wir haben das Viererfeld immer abgelehnt. Der Fluch der bösen Tat. Zuerst vernichtet man den Grünraum. Was hat man in der Abstimmung gesagt, bevor das kam? Es gäbe auch höherwertigen Wohnraum. Die Freisinnigen haben dann dieser Vorlage zugestimmt und sind darauf reingefallen. Die SVP hat dann klar Nein gesagt. Wir haben immer gesagt, dass am Ende ein weiteres rot-grünes Biotop für eine rot-grüne Klientel entstehen würde. Und genau auf das ist es herausgelaufen. Dem Stimmbürger hat man klar gesagt, dass wir das jetzt überbauen müssen. Wir müssen dort gute Wohnungen machen. Jetzt geht es darum, wieder den Wohnraum für die rot-grüne Klientel zu zementieren. Und ich habe euch immer gesagt: Ich bleibe meinen Worten treu. In der Siedlung Meienegg wie auch im Mädergut haben wir alte Wohnungen. Meiner Erfahrung nach ist in der Siedlung Mädergut die Bausubstanz noch recht gut. Dort setzt man jetzt die Leute heraus, um nachher einen etwas besseren Wohnraum zu schaffen, damit man verdienen kann.

Und hier im Viererfeld habt ihr, genau wie im Gaswerkareal, eigentlich einen hervorragenden Ort, um auch höherwertiges Wohnen zu machen, wie wir es früher hatten. Früher hat man gesagt: 1/3 Marktmiete, Stockwerkeigentum oder Eigentum, 1/3 genossenschaftliche Wohnungen und 1/3 preisgünstige Sozialwohnungen. Davon seid ihr abgegangen. Aber ihr wisst, dass wir Vorstösse eingereicht haben, die genau darauf abzielen. Wir wollen in diesen Jahren der RGM wissen, wie gebaut wurde, wie es gemacht wurde und für wen gebaut wurde. Ich bin gespannt, welche Antworten wir hier bekom-

men. Aber ich habe euch natürlich immer gesagt, dass ihr nachher keine Luxusdachwohnungen an der Autobahn in schlechter Lage vermieten könnt. Aber ihr schliesst einfach ein Segment aus. Ihr wollt keine Leute, die allenfalls Stockwerkeigentum oder höherwertiges Wohnen wollen.

Ich werde die denkwürdige Abstimmung und den Antrag, den ich damals gestellt habe und der an einer Stimme gescheitert ist, nie vergessen, weil gewisse Leute zu einer Plattentaufe gegangen sind. Dann hat eine Stimme halt gefehlt. Und dann ist das nachher eben passiert. Jetzt seht ihr, was im Gaswerkareal rausgekommen ist. Ihr seht es an diesen Anträgen. Ich habe kurz nach der Abstimmung den Bürgerlichen, die dort Ja gesagt haben, mitgeteilt: Euer Rückenschuss kommt dann noch.

Ihr habt es jetzt schon gehört, im Mittelfeld soll es nur noch preisgünstigen Wohnraum geben. Ihr reserviert alle Perlen der Stadt Bern den anderen Parteien von RGM, damit sie ihre Macht zementieren können. Ihr wisst, dass ich gerne Geschichte habe. Ihr wisst, wie das Rote Wien entstanden ist. Da ist der Karl-Marx-Hof, eine riesige Siedlung, entstanden. Dort hatten die SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) und die KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) jahrzehntelang die Mehrheit, bis plötzlich die Wähler der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) und des BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) in diese Wohnungen einzogen.

Aber ihr setzt hier politisch eure Zeichen. Ökologisch zerstört ihr die Stadt Bern. Dann wollt ihr die Leute, die es sozial nötig hätten, in ihrem angestammten Umfeld zu bleiben, wiederum aus anderen Orten wie das Mädergut oder die Meienegg vertreiben. Das hilft euch aber dann die SVP nicht. Dann werden einige Teile der SVP sagen, dass man die Siedlungen dort bauen soll, wo ohnehin neu gebaut wird, denn dort ist das Bauen teurer. Wir lehnen das ganz klar ab. Und wir sagen – ich hoffe, die Medien nehmen es auf – dass es sich um einen Betrug am Stimmbürger handelt. Ich habe immer gesagt, dass die Abstimmungsbotschaften Lüge-Büchlein sind. Kaum hat man es gemacht, will man die Sache wieder ändern. Für uns ist das ein ganz klares Nein. Und denkt daran: Lasst euch nicht immer vom Gemeinderat anlügen. Ihr seht ja, wie es herauskommt. Merci.

1. Vizepräsidentin: Die nächste Rednerin ist Simone Richner von der FDP-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Beim Vierer- und Mittelfeld geht es um eines der zentralen Stadtentwicklungsprojekte Berns. Gerade deshalb braucht dieses Projekt Verlässlichkeit, klare Zuständigkeit und finanzielle Solidität. Zur Interpellation: Der Gemeinderat hat die Zuständigkeit, den Ablauf und die Grundlagen transparent dargelegt. Damit ist der Kenntniserwerb hergestellt und es besteht kein Anlass daraus, zusätzliche politische Folgeaufträge abzuleiten.

Zur Motion ist die Haltung der FDP klar: Wir lehnen sie ab. Nicht, weil wir bezahlbaren Wohnraum gering schätzen würden, sondern weil diese Motion nicht mit Augenmass vorgeht. Sie verlangt eine vollständige Festlegung des Mittelfelds auf gemeinnützigen Bauträgerschaften, obwohl die planungsrechtlichen Leitplanken bereits bestehen und obwohl die finanziellen und strategischen Folgen gerade nicht sauber geklärt sind. Erstens, planungsrechtlich besteht kein Regelungsdefizit. Für das Mittelfeld ist bereits verbindlich festgelegt, dass mindestens 50% der anrechenbaren Wohnflächen dem gemeinnützigen Wohnungsbau vorbehalten sind. Diese Vorgabe ist klar. Wer nun 100% verlangt, schliesst keine Lücke, sondern verschärft bewusst die politische Steuerung. Zweitens, finanzpolitisch bleibt die Motion ungenügend unterlegt. Die betroffenen Baufelder liegen im Finanzvermögen und sind dem Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik

zugewiesen. Dieser Fonds hat einen gesetzlichen Auftrag: Wirtschaftliche Nutzung, Vermeidung von Substanzverlust und Sicherung einer nachhaltigen Rendite.

Wenn sämtliche verbleibende Baufelder nun noch an gemeinnützige Trägerschaften abgegeben werden, kann dies zu tieferen Baurechtszinsenerträgen führen. Der Gemeinderat hält selber fest, dass die finanziellen Auswirkungen derzeit nicht abschätzbar sind. Das ist der entscheidende Punkt. Man soll einen politischen Grundsatzentscheid fällen, ohne die wirtschaftliche Tragweite verlässlich beziffern zu können.

Und vor allem drittens. Die Motion verengt die Entwicklung des Mittelfelds unnötig und einseitig. Ein tragfähiges Quartier entsteht nicht durch Einförmigkeit, sondern durch eine kluge Mischung. Unterschiedliche Trägerschaften, Wohnformen und Finanzierungsmodelle stärken die Stabilität eines Projektes und erhalten der Stadt Handlungsspielraum bei Vergabe, Qualität und Umsetzung. Gerade im Wohnungsbau gilt, was auch gesellschaftspolitisch richtig ist: Diversität ist einer Monokultur immer überlegen. Private, institutionelle und gemeinnützige Trägerschaften sind keine Gegensätze, sondern gemeinsam Teil eines vielfältigen und leistungsfähigen Wohnungsangebots. Wer einem ganzen Areal einseitig nur eine Logik unterstellt, löst keine Probleme, sondern schwächt die Anpassungsfähigkeit, die Angebotsbreite und die Zukunftsfähigkeit der Entwicklung.

Wer mehr bezahlbaren Wohnraum will, muss dafür sorgen, dass gebaut werden kann, mit verlässlichen Verfahren, realistischen Vorgaben, Investitionssicherheit und genügend Angebot. Auch gemeinnütziger Wohnungsbau braucht tragfähige Grundlagen. Ein politischer Beschluss allein schafft noch keine einzige Wohnung. Viertens, Bezahlbarkeit entsteht nicht durch politische Maximalforderungen, sondern durch funktionierende Rahmenbedingungen. Wer mehr bezahlbaren Wohnraum will, muss ermöglichen, dass gebaut werden kann mit verlässlichen Verfahren, realistischen Vorgaben, Investitionssicherheit und genügend Angebot. Auch gemeinnütziger Wohnungsbau braucht tragfähige Grundlagen.

Ein politischer Beschluss allein... Das habe ich schon gesagt. Entschuldigung, ich habe mich vertan. Für die FDP ist daher klar, wir wollen bezahlbaren Wohnraum, aber wir wollen keine Vorlage unterstützen, die wirtschaftliche Verantwortung durch politische Eindeutigkeit ersetzt. Das Mittelfeld braucht Realisierungskraft, nicht zusätzliche Verengung. Wer Entwicklung will, darf sie nicht mehr mit starren Vorgaben blockieren. Darum lehnen wir die Motion ab, den Prüfbericht nehmen wir an.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Für die SP-JUSO-Fraktion spricht Emanuel Amrein.

Emanuel Amrein (SP) für die Fraktion: Ich habe dieses Votum für die Fraktion im vergangenen Herbst vorbereitet. Als ich diese Woche im Vorfeld der Sitzung den Text wieder hervorgehoben habe, war ich erstaunt, dass ich nichts anpassen muss. Er hat nichts an Aktualität verloren und ich denke, ich werde dieses Votum gut aufheben, denn ich kann es vermutlich mehrfach hier einbringen. Und das geht so: Die Anliegen der Motion sind der SP-JUSO-Fraktion sehr wichtig.

Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum und es braucht mehr gemeinnützigen Wohnungsbau. Bern hat zu wenig davon, insbesondere in der Länggasse. Die SP-JUSO-Fraktion wird selbstverständlich die Motion deshalb annehmen. Ich habe dem Votum von Kameradin Lena Allenspach nicht viel hinzuzufügen, etwas vielleicht aus der Sicht des Quartiers. Im Juni 2025 standen in der Länggasse 0,3% der Wohnungen leer. Das ist gemäss Statistik Bern in der gesamten Stadt der tiefste Wert. Es standen sechs Vierzimmerwohnungen leer, bei den 5-Zimmerwohnungen und mehr null. Die Zahl der interessierten Familien an diesen Wohnungen dürfte gleichzeitig in die Hunderte ge-

hen. Solche Zahlen freuen selbstverständlich die Vertretenen des Hauseigentümergebietes. Das Credo ist: Ich habe etwas, das er unbedingt braucht, also bestimme ich den Preis. Die Folgen sind bekannt. Die Mietpreise gehen durch die Decke, ohne dass dabei viel getan werden muss. Das Zauberwort im Mietrecht heisst Orts- und Quartierüblichkeit.

Eine Dreizimmerwohnung kostet bis anhin 1'600 oder 1'700 Franken. Beim Mieterwechsel werden dann schon mal 300 bis 400 Franken draufgeschlagen, ohne den Pinsel in die Hand zu nehmen. Wird etwas renoviert, steigen die Mieten auf 2'300 Franken und darüber hinaus. Grössere Wohnungen sind kaum im Angebot und wenn diese auf den Markt kommen, orientieren sich die Hausbesitzenden an der oberen Grenze der Marktpreise, das heisst 3'000 Franken oder mehr für vier Zimmer, 4'000 Franken für fünf bis sechs Zimmer. Wohnungen ohne Schnickschnack, ohne unverschämten Luxus, ohne Parkplatz für Auto oder Velo, ohne Gemeinschaftsräume, ohne nachhaltiges Heizungssystem oder PV-Anlage auf dem Dach.

Das ist der Grund, weshalb die Berner Stimmbevölkerung im September 2025 die Mietinitiative angenommen hat. Ich kenne das Abstimmungsergebnis im Stadtteil 2 nicht, aber alles andere unter einem 75% Ja-Anteil würde mich sehr erstaunen, denn die Menschen sind damit nicht einverstanden mit dieser exzessiven Entwicklung und wollen das Offenlegen der Mietpreise der Vormietenden. Das zweite Instrument, um dieser falschen Entwicklung entgegenzuwirken, ist der gemeinnützige Wohnungsbau. Gerade in der Länggasse fehlen zurzeit Bauprojekte und alternative Angebote an Wohnungen, welche auf den Markt einwirken. Denn was produziert der Markt? Total sanierte Wohnungen für Spitzenverdienende, dazu kommen die Appartementhäuser und Lofts für Kurzaufenthalte und Business-Leute.

Letztes Beispiel, hierzu ist die Sanierung am Seidenweg 5 im Quartier. Das Quartier verkommt zum Spekulations- und Renditeobjekt. So entstehen neue Realitäten. Alleingesessene Bewohner müssen das Quartier verlassen, weil sie es sich nicht mehr leisten können oder keine Wohnung mehr finden. Familien geben alles Geld aus fürs Wohnen und müssen sich einschränken, währenddem die Eigentümer und die Immo-Lobby hohe Rendite erzielen. Die SP-JUSO vertritt deshalb klar die Haltung, dass es dringend mehr gemeinnütziger Wohnungsbau braucht. Das Mittelfeld bietet eine ideale Möglichkeit dazu. Die Fraktion unterstützt selbstverständlich diese Motion und nimmt auch den Begründungsbericht an.

1. Vizepräsidentin: Für die GLP/EVP-Fraktion spricht Seraina Flury.

Seraina Flury (GLP) für die Fraktion: Wir halten ein geteiltes Votum. Ich werde das Votum der GLP-Partei halten und Debora Alder-Gasser wird dann für die EVP sprechen. Im ersten Teil meiner Ausführungen gehe ich mit meinem Vorredner einig, wie wichtig Wohnraum und Wohnungsbau sind. Gemäss Sorgenbarometer 2025 gehören die steigenden Wohnkosten zu den wichtigsten Alltagssorgen unserer Bevölkerung. Als Politik tun wir gut daran, das ernst zu nehmen. So setzt sich die GLP für eine aktive Wohnbaupolitik ein, um der steigenden Wohnbevölkerung und der Wohnungsknappheit in Bern zu begegnen. Sprich, wir wollen mehr und genug Wohnungen, genug Wohnraum, das stärkt den sozialen Zusammenhalt und das friedliche Miteinander in unserer Stadt wie auch in der Schweiz.

Bei den Antworten auf diese Problematik gehe ich aber mit meinem Vorredner nicht einig. Wir unterstützen nämlich weiterhin den Volksentscheid von 2023, mindestens 50% der Wohnungen im Mittelfeld dem gemeinnützigen Wohnungsbau zuzusprechen. Eine Erhöhung auf 100%, wie dies die Motion verlangt, lehnen wir ab, und zwar aus drei

Gründen. Wir haben demokratiepolitische Bedenken. Die Eckwerte des Volkssentscheids von 2023 spiegeln den Willen der Bevölkerung wider. Eine nachträgliche Änderung der Eckwerte untergräbt den demokratischen Prozess und das Vertrauen der Bürger*innen in die Politik. Die Eckwerte wurden sorgfältig ausgehandelt und bieten eine ausgewogene Lösung für die Herausforderungen im Wohnungsbau. Wir dürfen nicht an einem Verhandlungsergebnis rütteln, das der Souverän vor nicht langer Zeit, und ich betone das, es ist drei Jahre her, gutgeheissen hat.

Das zweite Argument ist die finanzielle Nachhaltigkeit und auch die Flexibilität. Wir wollen lang- und nicht kurzfristig eine aktive Wohnbaupolitik betreiben. Die Abgabe von Land im Baurecht an marktorientierte Investor*innen generiert höhere Erträge, und diese Erträge brauchen wir, um in die Finanzierung von gemeinnützigem Wohnungsbau zu investieren. Ein ausgewogenes Verhältnis erlaubt uns, diese Strategie langfristig zu verfolgen und flexibel auf Veränderungen reagieren zu können.

Und schliesslich gehe ich mit Simone Richner einig, was die gesellschaftliche und auch die wirtschaftliche Durchmischung anbelangt. Der Mix aus gemeinnützigem und marktorientiertem Wohnungsbau wird eine vielfältige Quartierbevölkerung fördern. Eine gemischte Bevölkerung ist gesellschaftlich stabiler und wirtschaftlich interessanter und dafür brauchen wir einen guten Mix. Ein hundertprozentig gemeinnütziger Wohnungsbau würde diese Durchmischung eher gefährden als fördern.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Motion ab und befürworten den Begründungsbericht des Gemeinderats. Die Zukunft unserer Stadt hängt von einer ausgewogenen und nachhaltigen Wohnbaupolitik ab. Ich erlaube mir noch eine Bemerkung zur Interpellation und der Antwort des Gemeinderats. Bekanntlich ist es die Betriebskommission, die über den Zeitpunkt der Ausschreibung und die Grösse der Bausteine entscheidet. In dieser Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Da sitzen zusätzlich zu den städtischen Vertreterinnen und Vertretern jeweils sieben politisch gewählte Vertreterinnen und Vertreter und das sind unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen. Also von daher glaube ich, dass das Risiko, dass die Betriebskommission entgegen den Interessen und Werten der Stadt und der Stadtberner Parteien entscheiden, das erachten wir als sehr klein. Besten Dank.

1. Vizepräsidentin: Eine Punktlandung für die Aufteilung von 10 Minuten. Ich gebe nun für das zweite Fraktionsvotum das Wort an Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Die EVP-Stadt Bern, die ist und bleibt in diversen Themen eine Mitte-Links-Partei und das drückt sich eben jetzt auch in einer unterschiedlichen Meinung zur GLP aus. Wir haben diese Motion für 100% gemeinnützigem Wohnbau im Mittelfeld mitunterstützt und folgen dem Gemeinderat. Als EVP setzen wir uns dafür ein, dass gerade auch Familien und vor allem auch, wenn diese mehr als zwei Kinder haben, in der Stadt bezahlbaren Wohnraum finden. Als EVP denken wir generationsübergreifend, deshalb sind uns Wohnprojekte und Begegnungsorte wichtig, wo das konkret gelebt werden kann. Wir möchten Wohnprojekte realisiert sehen, welche den sozialen Zusammenhalt fördern und Antworten für eine steigende Einsamkeit und Individualisierung unserer Gesellschaft bieten. Die Wohnfläche und der Ausbaustandort haben eine enorme Auswirkung auf den ökologischen Fussabdruck und wir brauchen Projekte, die eine kleine Wohnfläche pro Person zum Ziel haben. Gemeinnütziger Wohnbau macht Experimente mit vielfältigen Grundrisstypologien möglich und lässt Kreativität in der gemeinschaftlichen Nutzung von Wohnfläche zu.

Der höhere Baurechtszins, der den Genossenschaften laut dem Vortrag des Gemeinderats verlangt werden muss, finden wir gar nicht nur schlecht. Er macht möglich, dass

gewisse Baustandards hinterfragt werden und vielleicht mit weniger Ressourcen auch mehr Kreativität für aussergewöhnliche Lösungen freigesetzt werden. Uns ist bewusst, dass gemeinnütziger Wohnbau kein Selbstläufer ist. Durchmischung, Begegnung ausserhalb der eigenen Bubble und innovative Wohnlösungen fahren nicht vom Himmel. Aber wir haben für die Umsetzung dieser Ziele mehr Vertrauen in gemeinnützige Wohnbauträger, welche sich nicht von einer Gewinnrendite leiten lassen, anstatt solche Bauträger, welche zuerst ihre Rendite sehen. Gemeinnütziger Wohnbau hat in Bern eine lange Geschichte. Die ersten Wohnbaugenossenschaften entstanden bereits ab 1860. Ende des 19. Jahrhunderts zählte die Matte beispielsweise zu den Elendsvierteln der Stadt und die Wohnverhältnisse waren prekär. Dank dem Engagement der gemeinnützigen Baugenossenschaft Bern konnten die miserablen Hygiene- und Wohnverhältnisse in der Matte wesentlich verbessert werden. Gemeinnütziger Wohnungsbau hat durchaus ein revolutionäres Potenzial. Wir freuen uns darauf, welche Geschichten dazu im Mittelfeld zukünftig geschrieben werden. Danke.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Wenn es keine Einzelvoten gibt, dann hat nun der Gemeinderat respektive die Gemeinderätin Melanie Mettler das Wort. Nein, Entschuldigung, Einzelrednerin Simone Richner von der FDP.

Simone Richner (FDP), Einzelvotum: Ich möchte nur noch schnell Bezug nehmen zur Mietformularpflicht, zu der Mietinitiative, die da ein bisschen missverständlich wiedergegeben wurde. Die Mietformularpflicht sagt einfach, dass es ein Formular gibt bzw. dass der Vermietende verpflichtet wird, bei jedem Mieterwechsel den bisherigen Mietzins offen zu legen. Etwas, das gemäss OR eigentlich schon längststens verlangt hätte werden können, ist nun reglementiert. Aber wichtig es entsteht kein einziger bezahlbarer Wohnraum mehr mit diesem Formular. Kein Bauprojekt wird mehr bewilligt, kein Verfahren wird verkürzt, kein Quadratmeter zusätzlich geschaffen. Statt Angebot zu fördern, wächst vor allem der administrative Aufwand, mehr Regulierung, mehr Unsicherheit. Und deshalb, wer mehr Wohnraum will, muss das Bauen erleichtern, nicht das Vermieten verkomplizieren und deshalb sagen wir ganz klar Nein.

1. Vizepräsidentin: Das Wort für den Gemeinderat hat nun Gemeinderätin Melanie Mettler.

Melanie Mettler, Direktorin FPI: Wir haben es gehört, dieses neue Quartier auf dem Mittel- und Viererfeld hat eine lange Geschichte. Wir haben die politischen Eckwerte hier in diesem Rat – da war ich selbst noch Mitglied – partizipativ erarbeitet, auch mit der Umgebung. Das war sehr ambitioniert. Jetzt sind wir an einem anderen Punkt: Die Vergabe der Baufelder wird diskutiert und steht kurz bevor. Wir kommen also in die Umsetzungsphase. Sowieso die Hälfte gemeinnützige Wohnflächen waren ja bereits gesetzt.

Sie können jetzt dem Vortrag entnehmen, dass der Gemeinderat Ihnen beantragt, diese Motion als Richtlinie erheblich zu erklären und bereit ist, dann auch die Wirtschaftlichkeitsrechnung entsprechend anzupassen für die Ausschreibung. Somit steht der Start in die nächste Phase nun kurz bevor. Sie konnten vielleicht auch schon feststellen, dass bereits eine Informationsveranstaltung für die gemeinnützigen Wohnbauträger und -trägerinnen stattfinden konnte, weil nicht nur auf dem Mittel- und Viererfeld, sondern auch auf dem Gaswerkareal sehr viele Entwicklungschancen jetzt entstehen und sich die gemeinnützigen Partner*innen in Stellung bringen und organisieren, damit dann diese Wohnquartiere auch tatsächlich entstehen können. Vielen Dank.

1. Vizepräsidentin: Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Zunächst zur Interpellation. Ich frage die Einreichenden nach ihrem Zufriedenheitsgrad. Seid ihr zufrieden, teilweise zufrieden oder nicht zufrieden? Zuhanden des Protokolls und ins Mikrofon sagen wir es noch: Die Einreichenden sind zufrieden. Besten Dank.

2025.SR.0031

6 Motion: Stadt muss in bezahlbaren Wohnraum investieren: Das Mittelfeld für den gemeinnützigen Wohnungsbau nutzen; Annahme/Begründungsbericht

Gemeinsame Beratung der Traktanden 5 und 6: siehe Traktandum 5.

1. Vizepräsidentin: Traktandum 6, das ist eine Motion. Wir kommen zur Abstimmung. Die Motion ist eine Richtlinienmotion. Wir stimmen jetzt darüber ab, ob ihr die Motion als Richtlinie erheblich erklären wollt. Wer diese Motion als Richtlinie erheblich erklären will, stimmt Ja, wer sie nicht als erheblich erklären will, stimmt Nein. Ihr könnt jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 013

2025.SR.0031

Annahme als Richtlinie

Ja	44
Nein	23
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Ihr habt diese Motion als Richtlinie erheblich erklärt. Damit nehmen wir den Begründungsbericht zur Kenntnis.

2019.PRD.000024

11 Ausserholligen VI (Arealentwicklung ewb/BLS): Überbauungsordnung Stöckackerstrasse 33 - Ladenwandweg, Aufhebung Baulinienplan und Verzicht Ausübung Vorkaufsrecht (Abstimmungsbotschaft)

1. Vizepräsidentin: Ich bin immer noch an meinem Schnuppertag. Wir kommen jetzt gemäss der neuen Traktandenliste und wie vorher abgemacht zu Traktandum 11. Das Ziel ist, dass wir definitiv Traktandum 11, 12 und 13 heute fertig behandeln können. Traktandum 11 ist ein Sachgeschäft. Es geht um die Arealentwicklung EWB/BLS Ausserholligen und ich erteile somit der Kommission zuerst das Wort. Für die PVS spricht Dominik Fitze. Auch hier bitte ich um Nachsicht. Du bist jetzt angemeldet.

Dominik Fitze (SP) für die Kommission: Ich könnte euch jetzt eine Stunde über dieses Projekt erzählen. Meine Freunde haben schon gewitzelt, ich solle bitte einen Podcast machen, damit sie einschlafen können. Aber da ich nicht möchte, dass das passiert, mache ich es kurz und knapp. Heute sprechen wir über die Überbauungsordnung für das ganze Areal, wo heute einerseits EWB-Gebäude stehen auf dem östlichen Teil und

auf dem westlichen Teil Familiengärten. Das Ganze ist Bestandteil des ESP, des Entwicklungsschwerpunktes Ausserholligen und ein wichtiges Areal, das Europaplatz und den neuen Viaduktraum sowie den neuen Bahnhof Stöckacker verbinden. In der PVS haben wir zweimal intensiv über dieses Geschäft gesprochen, vor allem über den Wohnteil.

Zuerst aber ein paar Bemerkungen, die dieses Geschäft auszeichnen, die aber nicht zu grossen Diskussionen in der Kommission geführt haben. Erstens einmal, es geht darum, dass hier vier Hochhäuser gebaut werden. Nämlich ein Bürohochhaus für die EWB westlich des Viadukts, das soll der neue Hauptsitz des EWB-Konzerns werden. Siehe auch das bereits behandelte Geschäft, das wir ja angenommen haben. Ein Investor soll dann dieses Hochhaus betreiben. Zweitens ist ein Bürohochhaus für die BLS östlich des Viadukts geplant sowie zwei Wohntürme ebenfalls östlich des Viadukts. Zudem bleibt das bestehende technische Zentrum Holligen von EWB bestehen. Ebenfalls Teil dieses Areals sind Familiengärten auf dem westlichen Teil dieses Areals. Was dort geschehen wird, ist noch nicht ganz klar. Es wird aber eine Gartennutzung bleiben, vielleicht in Form eines Quartiergartens oder wieder von Familiengärten. Unbestritten und nicht stark diskutiert waren dann auch die beiden Bürohochhäuser. Sinn eines ESP ist es im Übrigen, dass an diesen Standorten Arbeitsplätze an eben gut für den Verkehr erschlossenen Standorten geschaffen werden und um das geht es hier zweifellos. Insgesamt sollen auf diesem recht kleinen Fussabdruck 1'000 Arbeitsplätze entstehen. Ebenfalls haben wir nicht vertieft über Parkplätze diskutiert. Diese sind ziemlich sinnvoll geregelt. Das Wohnen wird autoarm mit 0,1 bis 0,2 Parkplätzen pro Wohnung. Auch die Veloparkplätze sind genügend vorhanden. ÖV hat es sowieso genug an diesem Standort. Die Biodiversitätsflächen sind vorbildhaft geregelt. Sie sind neu auf 18% angesetzt aufgrund einer Einsprache eines Umweltschutzverbandes, die gütlich geregelt werden konnte. Auch der Spielplatz ist gut geplant, ebenfalls gibt es sinnvolle und starke Konzepte für die Erdgeschosse, also die Sockelnutzung, um dann eben auch dieses Quartier zu beleben und zu bespielen. Auch die Energieregulungen sind vorbildhaft. Das heisst, es entstehen hier Wohnungen und Arbeitsplätze in einem extrem dicht bebauten Areal dank Hochhäusern. Diese werden aus städtebaulichen Gründen abgestuft und nach Möglichkeit begrünt und mit Solarpanels ausgestattet.

Bei der Wohnnutzung haben wir dann intensiver diskutiert. Kurz zum Setting. Das ganze Areal gehört EWB. Es wurde ursprünglich vor einigen Jahren im Sinne eines öffentlichen Beschaffungsverfahrens ausgeschrieben, auch mit dem Wunsch, dass man hier Gelder für die Energiewende beschaffen kann. Teil des Beschaffungsverfahrens war dann eben auch die Vorschrift, ein Drittel des Wohnraums preisgünstig zu machen. Es haben sich mehrere Investorinnen und Investoren beworben. "Seibold+Seibold", die den Wettbewerb verloren haben, haben geklagt, was zu zwei Jahren Verzögerung bei diesem Projekt geführt hat. Gewonnen hat die Halter AG. Ihr Projekt sieht vor, dass man eben zwei Türme mit ca. 220 Wohnungen baut, die vollständig von einer neu gegründeten Baugenossenschaft respektive bewohnenden Genossenschaft in Kostenmiete vermietet werden, ein Drittel davon preisgünstig. Gemäss für die Kommission nachvollziehbaren Berechnungen ist es nicht ganz einfach, diese Türme 100% preisgünstig zu betreiben. Was ist der Unterschied? Bei der preisgünstigen Kostenmiete können nicht alle Gestehungs- und Betriebskosten verrechnet werden. Das würde dazu führen, dass die Genossenschaft nicht langfristig betrieben werden kann, da sie zu wenig Mieteinnahmen hätte.

Deshalb hat die Kommission das zur Kenntnis genommen. Kostenmiete bedeutet, dass die Mieten entsprechend der effektiv anfallenden Kosten berechnet werden können. Bei der preisgünstigen Kostenmiete gemäss Bundesgesetz ist es aber leicht eingeschränkt

und da ein Hochhaus pro Wohnung ca. 10 bis 15% mehr kostet als ein normales Haus mit derselben Anzahl Wohnungen, verhebt eben dieses preisgünstige Kostenmietmodell nicht ganz. Nun denn, Halter baut also diese Türme und verkauft sie an eine Wohnbaugenossenschaft. Diese wird eben, wie gesagt, eine Bewohnenden-Genossenschaft, sprich die Bewohnenden müssen Kapital einbringen. Es gilt die Regel, dass man den Erstwohnsitz dort haben muss. Also es dürfen keine Zweitwohnsitze gemacht werden und es gibt gewisse Belegungsvorschriften, mit denen die Genossenschaft operieren wird. Aufgrund der eben höheren Gestehungskosten werden das sicherlich nicht die tiefsten Mieten sein. Im preisgünstigen Bereich, und das habe ich mir als Kommissionsprecher versichern lassen, liegen dann die Mieten aber im ähnlichen Bereich wie bei ähnlichen Neubauten, die eben auch preisgünstige Mieten anbieten. Wichtig ist daran, glaube ich aber, dass es eben mit der hundertprozentigen Kostenmiete dazu führen wird, dass die Mietpreise an diesem Ort nicht gleich steigen werden wie auf dem freien Markt. Deshalb wird hier Wohnraum für den Mittelstand, für den breiten Mittelstand entstehen. Als Referent war mir zudem wichtig, dass die Kostenmiete wirklich auch festgeschrieben ist. Das ist sie, nämlich im Baurechtsvertrag. Sprich, wir können heute Ja sagen zum Bau von zwei genossenschaftlichen Hochhäusern, die dort viele Jahrzehnte in Kostenmiete vermietet werden.

Ich möchte mir auch noch kurz erlauben, einfach auch das so klar zu sagen, was hier eigentlich Tolles passiert ist. EWB hat Baufelder auf dem freien Markt ausgeschrieben zu marktüblichen Baurechtszinsen. Vorgesehen war ein Drittel Kostenmiete. Die Ausschreibung hat aber ein Projekt gewonnen, das hundertprozentig in Kostenmiete betrieben wird. Sie hat sich auf dem Markt durchgesetzt. Das ist sehr toll und entspricht einen Gewinn für die EWB, das seinen Baurechtszins erzielt, einen Gewinn für die künftigen Bewohnenden und einen Gewinn für die Stadt, die hier eben mehr genossenschaftlichen Wohnraum enthält. Wo das eigentlich gar nicht von langer Hand geplant war. Ich erlaube mir hier auch die Hoffnung zu äussern, dass dies künftig auch auf Baufeldern geschehen wird, die Privaten oder der Bürgergemeinde oder einer Pensionskasse gehören.

Nun noch zu den Anträgen: Es gibt einen Minderheitsantrag aus der Kommission, der euch beantragt, dass der Gemeinderat sich bei der Wohnbaugenossenschaft für Belegungsziffern bei allen Wohnungen einsetzen soll. Heute ist es nur auf dem preisgünstigen Teil explizit vorgeschrieben, nicht aber auf dem freitragenden Kostenmietebereich. Ich weiss, das ist ein wenig komplex.

Eine Minderheit folgte dem Argument, dass es störend sei, wenn Menschen eine Wohnung belegen, die grösser sei als sie eigentlich brauchen, beispielsweise wenn ich alleine in einer 3,5-Zimmer-Wohnung bin, die ein Paar zu zweit, aber besser nutzen könnte. Die Mehrheit folgte hingegen dem Argument, dies sei Sache der Wohnbaugenossenschaft und diese habe bereits Massnahmen gegen längere Unterbelegung von Wohnungen in ihren Statuten. Für die Minderheit geht das aber zu wenig weit. Weiter haben wir auch Antrag 2 zum Jugendraum diskutiert. Eine Mehrheit hat dies aus zwei Gründen abgelehnt. Erstens weiss man heute noch nicht, wer da genau wohnen wird und deshalb kann heute auch noch nicht gesagt werden, ob es überhaupt Bedarf für einen Jugendraum braucht oder vielleicht eher Kinderarbeit. Und zweitens ist auf dem naheliegenden und im Antrag angesprochenen Viaduktraum sowieso schon Jugendarbeit geplant, das ist aber ausserhalb des Planungssperimeters. Antrag 3 haben wir auch besprochen.

Aus Sicht der Kommissionsmehrheit macht es wenig Sinn, dem Gemeinderat diesen Auftrag zu geben, bei der Wohnbaugenossenschaft und der Halter AG anzuregen, es sei hundertprozentig preisgünstig geplant, weil dies eben nicht finanzierbar sein wird

für die Genossenschaft. Ich weiss, das ist kompliziert, aber es ist im Vortrag gut beschrieben. Antrag 4 zu den Anteilsscheinen haben wir ebenfalls in der Kommission besprochen und auch er hat keine Mehrheit gefunden. Das braucht ein wenig Hintergrund. Die Stadt ist nämlich schon daran, ein Konzept zu entwickeln, um auch Menschen mit wenig Vermögen das Wohnen in bewohnenden Genossenschaften zu ermöglichen, wo eben ein Anteilsschein nötig ist. Zudem hat die Wohnbaugenossenschaft schon einen Solidaritätsmechanismus vorgesehen, der dasselbe explizit ermöglichen soll. Die Mehrheit der Kommission möchte dem vorgreifen und auf einem Perimeter, der dann eben erst in einigen Jahren wirklich besteht, ein Konzept vorzuschreiben, das die Stadt sowieso am Prüfen ist und dann vielleicht auch ganz leicht anders aussieht, als wir es hier vorschreiben wollen.

Antrag 5 konnten wir nicht besprechen. Im Übrigen hat die Kommission auch länger über die Baurechtszinsen gesprochen. Einen Antrag, dass diese zu senken sei, damit die Mieten tiefer werden, haben wir abgelehnt, und dies aus zwei Gründen. Erstens haben wir herausgefunden, dass die Mieten dann nur um ein bis drei Dutzend Franken heruntersetzt würden. Der Baurechtszins ist nämlich nicht ein grosser Teil der Mietkosten. Zweitens könnte es beschaffungsrechtliche Beschwerden geben, wenn der Baurechtsdienst jetzt noch angepasst wird. Der war nämlich Teil der Ausschreibung. Ich erlaube mir eine kurze Zusammenfassung: Wir schaffen hier also Grundlagen für den Bau von 220 Wohnungen für 500 Menschen und 1'000 Arbeitsplätze und das machen wir auf einem extrem verdichteten Areal. Wenn ihr euch die Karte vor Augen habt, wenn ihr das nachschaut, wie gross das Areal ist, werdet ihr sehen...

Die Vizepräsidentin bittet den Referenten, zum Schluss zu kommen.

Uihh, ich bin schon fast fertig: Genau, die vorbildliche Verdichtung und die gute Parkplatzverkehrsplanung... Deshalb empfiehlt euch die Kommission einstimmig die Annahme. Noch ein allerletzter Hinweis und der ist extrem nerdig. Beatrice, du erlaubst mir das. Wir stimmen nämlich dreimal ab: Erstens über die Vorlage, zweitens über die Abstimmungsbotschaft und drittens über den Verkauf des Vorkaufsrechts durch die Stadt. Die Stadt hätte nämlich das Anrecht, hier ihr Vorkaufsrecht auszuüben. Sie möchte hier aber nicht bauen und gibt es deshalb eben an diese Wohnbaugenossenschaft weiter. Die Kommission hält dies für sehr angemessen, da es eine gute Lösung für diese Türme gibt. Nach Ablauf des Baurechts fällt das Grundstück dann wieder an die EWB zurück und wenn es dann verkauft werden würde, hat die Stadt wiederum ihr Vorkaufsrecht. Hier empfehlen wir deshalb die Zustimmung. Besten Dank und sorry fürs Überziehen.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Es gibt eine Kommissionsminderheit. Wer spricht für die Kommissionsminderheit? Niemand? Nicht gewünscht. Okay, das hast du als Kommissionssprecher gemacht. Dann kommen wir zur Diskussion. Ihr könnt euch, als Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher anmelden. Für die GB/JA!-Fraktion spricht Nora Joos.

Nora Joos (JA) für die Fraktion: Überbauungen wie das EWB-BLS-Areal entstehen nicht über Nacht. Sie durchlaufen jahrelange Verfahren und umfangreiche Mitwirkungen. Diese Verfahren sollen sicherstellen, dass Anliegen früh eingebracht und in der Planung berücksichtigt werden können. Viele der Punkte, die wir heute diskutieren, haben wir bereits in der Mitwirkung eingebracht, leider ohne, dass sie ausreichend berücksichtigt wurden. Deshalb greifen wir unsere Hauptkritikpunkte an der Überbauung im Bereich der Biodiversität, der Anzahl MIV-Fahrten, den Jugendräumen sowie des sozialverträglichen Wohnungsbaus heute erneut auf. Ich erkenne, dass die Überbau-

ung in verschiedenen Bereichen, beispielsweise in punkto Arbeitsplätze, Gewerbe und generell Innenverdichtung, eine positive Entwicklung darstellt. Aus Zeitgründen gehe ich heute lediglich auf unsere Kritik ein und lasse die guten Aspekte aussen vor. Das Geschäft nehmen wir als Fraktion im Ganzen aber an.

Unsere erste Kritik betrifft die naturnahen Flächen auf dem Areal. Hier zeigt sich ein bekanntes Muster. Wir begrüssen, dass der vorgesehene Anteil naturnaher Flächen seit der Mitwirkung von 15% auf 18% erhöht wurde. Allerdings werden wir deswegen nicht in Begeisterungstürme ausbrechen. Es ist störend, dass erst die Einsprache von Pro Natura gemeinsam mit dem Verein Bern bleibt Grün zur Erhöhung geführt hat. Wir kritisieren, dass man in der ursprünglichen Planung nicht mal das damals geltende Biodiversitätskonzept umgesetzt hat. Der erhöhte Wert von 18% liegt immer noch unter den Vorgaben des neuen Biodiversitätskonzepts. Wir haben es schon oft gesagt, wie sollen die Werte dieses Konzepts, die an sich schon ein Kompromiss sind, jemals umgesetzt werden, wenn bei jeder Planung aus irgendeinem Grund davon abgewichen wird.

Ebenfalls sehr kritisch sehen wir die vorgesehene tägliche Fahrtenzahl, welche durch die Überbauung generiert werden soll. Das Areal ist mit dem ÖV unglaublich gut erschlossen. Es liegt an zwei Bahnhöfen und einer Tram- und Busstation. Hingegen ist die Erschliessung mit dem Auto problematisch. Der ganze Verkehr muss über die Stöckackerstrasse abgewickelt werden. Diese Strasse, ihr kennt sie wahrscheinlich, führt am Weyerli vorbei. Das ist einer der wichtigsten Naherholungsräume im Westen von Bern. Auf dieser Strasse gibt es keinen Platz für so viele zusätzliche Fahrten. Um diesen Konflikt zu lösen, muss die Wohnnutzung auf dem EWB-Areal autofrei sein. Dies ist wegen der guten ÖV-Anbindung absolut unproblematisch. Unser Antrag Nummer 5 fordert entsprechend eine Fahrtenzahlreduktion. Wir haben dies bereits in der Mitwirkung gefordert und somit war genug Zeit, um dieses Anliegen umzusetzen. Da dies nicht berücksichtigt wurde, kommt nun unser Antrag. Ein weiterer Antrag haben wir eingereicht zum Thema Jugendraum. Unser Antrag zielt darauf ab, dass man die Jugendräume möglichst schon von Anfang an einbezieht. Mir ist bewusst, dass man bei der Planung im partizipativen Prozess mit dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern (TOJ) Absprachen hielt. Meines Wissens äusserte TOJ das Anliegen, einen Jugendcontainer unter dem Viadukt beziehen zu können. Unser Antrag fordert, dass dies nochmal geprüft wird. Mich würde es freuen, wenn am Schluss auch in diesem Perimeter ein Jugendraum entsteht, in dem die Jugendlichen verweilen können. Das Jugendzentrum im Brünnpark ist ein guter Anfang, aber es liegt von der Distanz her ausserhalb dieses Perimeters. Es ist aber wichtig, dass wir in allen Quartierecken Räume für Jugendliche haben.

Nun zum Wohnungsbau: Zuerst etwas Allgemeines. Ich finde es erfreulich, dass bei einer marktorientierten Ausschreibung ein genossenschaftliches Konzept mit 100% Kostenmiete gewinnt. Es ist erfreulich, weil das Ausschreibungsverfahren zum gleichen Schluss kommt wie unsere Fraktion. Es sind keine missbräuchlichen Renditen mit Wohnungen zu erzielen. Gleichzeitig ist es jedoch fahrlässig, dass das Ausschreibungsverfahren marktübliche Rendite zugelassen hätte. Mir missfällt, wenn die EWB, welches unter der Aufsicht des Gemeinderats steht, zur Gentrifizierung beiträgt. Lieber Gemeinderat, nehmt eure Verantwortung wahr und verpflichtet die EWB, sozialverträgliche Wohnpolitik zu machen. Bitte benutzt die notwendigen Investitionen der EWB für den Ausbau der Fernwärme nicht als Ausrede. Wir wollen die Energiewende, aber nur, wenn sie auch sozialverträglich ist. Hohe Mietpreise auf Kosten der Bevölkerung dürfen nicht in Kauf genommen werden. Mir ist bewusst, dass die Mietpreise auf dem EWB-BLS-Areal für den Mittelstand sein werden. Nichtsdestotrotz müssen wir als Kommission,

Parlament und als Gemeinderat alles daran setzen, dass die Kostenmiete möglichst tief ausfallen. Wir müssen möglichst viel preisgünstigen Wohnraum bauen.

Die EWB soll mindestens 50% preisgünstigen Wohnraum erstellen, so wie das die Bürgergemeinde im angrenzenden Wohnquartier auch umsetzen will. Und dazu noch eine Klammerbemerkung: Wenn die Renditen zu hoch angesetzt werden, fliessen über die Dauer des Baurechts von 80 Jahren Millionen von Franken aus dem Portemonnaie der städtischen Bevölkerung in die Kassen der EWB. Das ist das Gegenteil von sozial. Hier verstehe ich euch SP nicht wirklich. Wieso verschwendet plötzlich euer rotes Sozial, wenn die Frage vom möglichst schnellen Bauen ins Spiel kommt? Ja, wir brauchen dringend neuen Wohnraum, aber nicht irgendeinen. Wir brauchen Wohnraum, der im Fall vom EWB-BLS-Areal der Mittelstand auch bezahlen kann. Ihr müsstet als SP doch auch ein Interesse haben, dass neuer Wohnraum möglichst bezahlbar ist und nicht einfach möglichst schnell und möglichst teuer gebaut wird. Deshalb, liebe SP und liebe alle, nehmt doch unseren Antrag zu 50% preisgünstigem Wohnraum an. Für eine Verbesserung der Zugänglichkeit der Wohnungen fordern wir, dass die Anteilscheine einkommens- und vermögensabhängig sind. Aktuell hält die Statuten der Wohnbaugenossenschaft Viadukt fest, dass eine Person für beispielsweise eine preisgünstige Zweizimmerwohnung mindestens 60'000 Franken Anteilscheine zahlen muss. Bei einer gemeinnützigen Wohnung wären es mehr. Zudem kommt ein freier Anteil von mindestens 10% der Anlagekosten dazu, egal wie tief ihre Vermögensverhältnisse sind. Personen mit viel Vermögen können freiwillig Solidaritätsanteilscheine kaufen. Wir finden, der Solidaritätsmechanismus sollte nicht auf Freiwilligkeit basieren und der Mindestbetrag der Anteilscheine muss zwingend vom Vermögen und vom Einkommen abhängig sein. Neben sozial ausgestalteten Anteilscheinen sind Belegungsziffern bei allen Wohnungen anzustreben. Bis jetzt sind sie nur bei dem ein Drittel preisgünstigen Wohnraum angedacht. Belegungsziffern haben den Vorteil, den Quadratmeterverbrauch pro Person zu reduzieren. Dies ist nicht nur sozialpolitisch wichtig in Anbetracht der Wohnungsnot, sondern auch energiepolitisch. Ein tieferen Flächenverbrauch minimiert unseren Energie- und Ressourcenbedarf. Wir nehmen entsprechend den PVS-Minderheitsantrag an. Wichtig ist mir noch ein Punkt: Mehr ist nicht unbedingt mehr. Es ist zentral, wie wir bauen, dass wir möglichst viel preisgünstigen Wohnraum bauen mit Aussenräumen von hoher Qualität. Die grossen Entwicklungsflächen werden jetzt überbaut und wir entscheiden heute, wie sozial und wie lebenswert unsere Stadt morgen sein wird.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die SP-JUSO-Fraktion, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP): Timur Akçasayar.

Der Name des Sprechers wurde falsch ausgesprochen.

1. Vizepräsidentin: Ich habe deinen Namen extra noch geübt.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Ich weiss, es ist schwierig, schon gut. Als erstes möchte ich mich im Namen der SP-JUSO-Fraktion bei allen Beteiligten bedanken: bei der Verwaltung, den Planenden, der EWB, der BLS, den beteiligten Büros und der Genossenschaft Viadukt. Das für die sorgfältige und langjährige Arbeit an diesem Projekt. Scheinbar wurde hier im Rat eine solche Würdigung von unserer Fraktion in letzter Zeit vermisst. Mit dieser Überbauungsordnung schliessen wir den dritten und letzten Baustein der grossen Transformation im ESP Ausserholligen ab. 2024 die Überbauungsordnung zum BFH Campus, 2025 die Überbauungsordnung zum Weyer West und

heute diese Überbauungsordnung zum EWB/BLS-Areal. Endlich sage ich als Bümüplizer, denn seit 1999 mit dem Stadtentwicklungskonzept Bern warten wir lange auf diese Transformation.

Die SP hat sich bereits in der Mitwirkung 2020 klar positioniert. Wir wollen mehr Wohnen in der Stadt Bern, wir wollen mehr preisgünstigen Wohnraum in der Stadt Bern, wir wollen starke begrünte Siedlungen, weniger motorisierten Verkehr, hochwertige Aussenräume, gute Durchwegung für Velofahrende und Zufussgehende und eine sozialverträgliche Entwicklung. Viele dieser Anliegen wurden aufgenommen in diesem Projekt. 220 Wohnungen, alle genossenschaftlich und 100% in Kostenmiete. Der Kommissionssprecher Dominik Fitz hat das schon erwähnt. Ein Drittel wird dauerhaft preisgünstig sein. Ein offen durchgrünter Aussenraum mit klaren Vorgaben zur Entsiegelung, Biodiversität und Aufenthaltsqualität. All das bekommen wir. Wie bei jeder grossen Planung gilt aber, nicht alle Wünsche können zu 100% erfüllt werden, auch nicht unsere. Aber das vorliegende Projekt überzeugt und es trägt. Es ist städtebaulich solide, sozialpolitisch sinnvoll und auch finanziell realistisch. Zum Vorkaufsrecht: Das Land gehört EWB und hat vor zehn Jahren das Areal ausgeschrieben. Ein Zieren des Vorkaufsrechts von uns würde diese Finanzierung gefährden und ein funktionierendes und sorgfältig ausgehandeltes Modell in Frage stellen. Darum unterstützen wir hier bei diesem Projekt den Verzicht.

Ich komme nun zu den Anträgen: Zur Belegungsziffer für alle Wohnungen. Genossenschaften arbeiten seit jeher mit Belegungsrichtlinien, das kennen wir ja. Auch Vergabekriterien haben sie. Ebenso soziale Steuerungsmechanismen. Es tut mir leid, das so sagen zu müssen, aber solche Bestimmungen gehören nicht in eine Überbauungsordnung. Dieser Antrag ist gut gemeint, aber sachlich unnötig und wird von uns abgelehnt. Zu Antrag 2, Prüfung eines Jugendraums: Ob ein Jugendraum in dieser Hochhaussiedlung sinnvoll ist, will ich hier nicht beurteilen. Was aber sicher sehr gerne gesehen wird, hat man bei den Mitwirkungen im Viaduktbereich gesehen. Ein Jugendcontainer in diesem Raum beim Autobahnviadukt ist deutlich besser geeignet. Daher unterstützen wir diesen Prüfungsantrag. Zu Antrag 3, 50% günstiger Wohnraum: Hochhäuser sind halt nicht so etwas wie beim Warmbächli. Hochhäuser verlangen nach komplexer Statik, strengen Sicherheitsvorgaben, teurer Haustechnik und höheren Rückstellungen als kleineren Gebäuden. Eine Genossenschaft kann ein solches Gebäude nur tragen, wenn ein Teil der Wohnungen nicht gedeckelt ist. Darum sind leider solche Forderungen wie 50% günstigen Wohnraum unter Umständen nicht finanzierbar. Das wurde ja scheinbar schon genug diskutiert. Das ist daher keine politische Frage, sondern eine bautechnische Realität.

Aber immerhin, und das macht uns eben ein bisschen zufriedener, sind die Wohnungen zu 100% in Kostenmiete. Anteilscheine einkommensabhängig zu machen, lehnen wir ebenfalls ab, denn das ist wieder ein Eingriff in die Genossenschaftsstatuten und das gehört auch nicht in die ÜO. Ebenso werden wir den Antrag 5, die Reduktion der Fahrtenzahlen, ablehnen. Denn 2'200 Fahrten sind eine realistische und fachlich hergeleitete Obergrenze. Die kritisierten 1'000 zusätzliche Fahrten für Arbeiten und Wohnen gelten auch als maximal zulässig und als autoarme Entwicklung. Viel wichtiger ist doch, dass wir bei 220 Wohnungen maximal 44 MIV-Parkplätze haben. Das ist also wirklich nicht so viel und die werden auch nicht so viele Fahrten generieren. Ja, vorhin wurde gesagt, eine verkehrte Welt, ich stimme dem zu. Ich verstehe die Grünen auch heute nicht so ganz, denn die EWB hat hier ein Projekt vorgelegt, das ihnen finanzielle Möglichkeiten gibt, um die Klimatransformation und die Investition in die Zukunft stemmen zu können.

Und ihr legt uns Anträge vor, die die finanzielle Grundlage der EWB torpediert und ihnen wichtige Mittel für diese Klimainvestitionen entzieht. Deswegen, liebe Grüne, ich verstehe euch auch nicht. Ich komme zum Schluss. Wir ermöglichen mit dieser Überbauungsordnung genossenschaftlichen Wohnraum, der langfristig bezahlbaren Mieten bringt. Er sorgt für eine Durchmischung im Stadtteil und Quartieren Stöckacher und Holligen. Und wie erwähnt, er stärkt ebenso die finanzielle Grundlage der EWB für die Energiewende. Deswegen sagen wir als SP-JUSO-Fraktion Ja zu dieser Überbauungsordnung, Ja zum Verzicht auf das Vorkaufsrecht, Ja zu Antrag 2 und Nein zu den übrigen Anträgen. Vielen Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Timur Akçasayar. Die nächste Rednerin für die GLP-EVP-Fraktion ist Irina Straubhaar.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Wir haben es gehört, wir können heute über einen weiteren wichtigen Meilenstein im ESP-Ausserholligen entscheiden. Aus Sicht der GLP-EVP-Fraktion ist die vorliegende Überbauungsordnung ein gutes Beispiel dafür, wie Innenentwicklung gelingen kann. Hier entsteht nicht einfach nur ein singuläres Neubauprojekt, es geht um einen neuen Hauptsitz der EWB, um Arbeitsplätze für die BLS und gleichzeitig um ein gemischtes Quartier mit Wohnen und Arbeiten. Genau solche Entwicklungen braucht es in der Stadt, kompakt durchmischt und mit einer klaren Idee. Positiv ist auch, dass beim Wohnen Vorgaben gemacht werden.

Der Anteil an preisgünstigem Wohnraum ist aus unserer Sicht sinnvoll und respektiert auch die durch die Hochhäuser bedingten teureren Baukosten. Timur hat das vorhin gut ausgeführt. Besonders bemerkenswert ist, dass mit einem gewinnorientierten Akteur eine Lösung gefunden werden konnte, die über den Umweg einer Genossenschaft gesamthaft Kostenmiete ermöglicht. Richtig ist aus unserer Sicht zudem, die Erschliessung mehrheitlich über den öffentlichen Verkehr und den Veloverkehr abzuwickeln und selbstverständlich auch den Fussverkehr. Es ist erfreulich zu sehen, dass dies in einer so zentralen Lage und einer guten ÖV-Anbindung in der Nähe zum Europaplatz mittlerweile in der Stadt Bern eine Selbstverständlichkeit ist. Ebenso wichtig ist der Aussenraum beziehungsweise der öffentliche Raum. Dieser soll allen zur Verfügung stehen. und mit den passenden Erdgeschossnutzungen belebt werden. Auch das erhöht die Qualität dieses neuen Quartiers über die eigentliche Überbauung hinaus.

Für uns ist das insgesamt eine abgestimmte und ausgewogene Vorlage. Ich erlaube mir noch eine Bemerkung zur gelungenen Innenverdichtung. Diese wird natürlich auch davon abhängen, wie die Belegung schliesslich in der Realität sein wird. Wir haben es schon gehört, die Statuten der Wohnbaugenossenschaft Viadukt sehen vor, dass höhere Mietzinse verlangt werden können, wenn über eine längere Zeit Wohnungen unter- oder überbelegt sind. Wir würden uns im Sinne einer gelungenen Verdichtung wünschen, dass diese statutarischen Möglichkeiten dann auch genutzt werden, sollte es notwendig sein. Den Antrag der PVS-Minderheit aber zu Belegungsziffern lehnen wir ab. Ich habe es gesagt, wir halten die Vorlage für ausgewogen und lehnen daher auch die Anträge der GB/JA! ab, weil wir der Meinung sind, da sie unserer Meinung nach erneut zu Unausgewogenheit in verschiedenen Aspekten führen würden. Zudem besteht das Risiko, dass ein höherer Anteil preisgünstigen Wohnraums zu einem tieferen Baurechtszins für die EWB führt und wir sind nicht der Ansicht, dass die EWB die preisgünstigen Wohnungen quersubventionieren sollte. Die EWB hat eine andere Aufgabe. Sie steht vor der grossen Herausforderung, die Wärme- und Energieversorgung der Stadt Bern CO₂-neutral auszugestalten.

Die Vizepräsidentin unterbricht die Sprecherin.

1. Vizepräsidentin: Ich stelle fest, dass im Moment einige Gruppenarbeiten stattfinden im Stadtrat. Ich bitte euch, diese Arbeiten ausserhalb des Stadtratssaals zu verlegen oder auf später zu vertagen.

Irina Straubhaar (GLP) setzt ihr Votum fort: Wir finden, dass die Vorlage ausbalanciert ist und so erhalten bleiben sollte. Wir unterstützen diese Überbauungsordnung.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion spricht Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Vieles wurde schon gesagt von Timur und von Irina, ich gehe da nicht mehr auf alles ein. Aber die Fraktion der FDP stimmt diesem Geschäft zu und wir lehnen alle Anträge ab. Belegungskriterien finden wir grundsätzlich gut, aber sie gehören halt nicht in eine Überbauungsordnung. Weiter sind wir der Meinung, dass die EWB respektive die Bauherren respektive die Wohnbaugenossenschaft die grösstmöglichen unternehmerischen Freiheiten haben sollten und wir möglichst keine Vorgaben machen sollten. Natürlich ist auch die FDP dafür, dass es in der Stadt Bern genügend und auch günstigen Wohnraum gibt, aber in der Schweiz können wir nicht mehr günstig bauen.

Es wird alles teurer. Das ist alles teuer, weil jetzt der Boden teuer ist, weil wir viele Reglemente haben und so. Günstig gibt es einfach nichts mehr. Weiter möchte ich einmal darauf hinweisen, dass die Kostenmiete auch Nachteile hat. Es geht nämlich Steuersubstrat verloren, das heisst, wenn nur die Kosten gedeckt werden, entsteht kein Gewinn aus Vermietung und entsprechend auch kein steuerbarer Gewinn bei den Vermietern. Dies hat auch zur Folge, dass wenn viele Wohnungen zu Kostenmieten vermietet werden, die Immobilienpreise und Ertragswerte sinken und dies wirkt sich auch auf die Vermögenssteuern und Grundstückgewinnsteuern aus. Bei Kostenmiete muss die Stadt deshalb mit weniger Steuereinnahmen rechnen. Dies gilt es einfach zu bedenken, vor allem wenn hier gut bezahlte Kadermitarbeitenden von Bund, Kanton und auch der Stadt in diese Genossenschaften sich anschliessen werden, wie es zum Beispiel bei der Überbauung "Fleischkäse" (Überbauung Burgernziel) der Fall war. Und diese Leute sollten eigentlich mehr Steuern zahlen. Noch einmal, unsere Fraktion stimmt diesem Geschäft zu. Merci.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Für die GFL-Fraktion spricht Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanović (GFL) für die Fraktion: Auch die GFL wird dieses Geschäft annehmen. Wir danken der Verwaltung und allen Planungsteams für die sehr gute Vorbereitung. Es gibt eigentlich kaum etwas zu kritisieren. Nur ganz kleine Sachen wie jetzt eben zum Beispiel nur diese 18% statt vielleicht 20% oder 25%. Aber wenn man sich den Ort anschaut mit diesem Autobahnviadukt und dieser massiven Betonüberbauung, dann sind diese 18% eigentlich auch schon ziemlich formidabel. Wir haben über 200 Wohnungen, Arbeitsplätze, in der Nähe ist der Campus, also auch die Forschung wird dort sein. Also eigentlich alles, was Corbusier aufzubauen versucht hat, zerschlagen wir zu Recht. Das ist die zukünftige Stadtplanung. Die einzige kleine Skurrilität finde ich, dass aufgrund der sensiblen Lage an der Autobahn darf es dort keine Schule geben, aber eine Kita schon. Ich glaube, die Kinder, die rennen noch ein bisschen langsamer als die Schüler*innen, aber wir hoffen jetzt mal, dass da nichts passiert.

Zu den Preisen: 100% Kostenmiete ist natürlich wahnsinnig toll, also ein grosses Hurra. Ein Drittel preisgünstig, das kann man aus verschiedenen Perspektiven anschauen.

Die einen finden, es ist zu wenig, ich finde oder wir finden, es ist eigentlich genau richtig. Einerseits sind es die Kosten, die irgendwie gedeckt werden müssen durch diese Hochhäuser. Und wenn man irgendeine Art Qualität gewähren will, dann muss man auch schauen, dass das Geld reinkommt. Ich habe kein Interesse daran, irgendwo ein schwedisches oder Pariser Banlieue mit ultragünstigen, schlechten Wohnungen zu bauen, nur damit sie dann eben günstig sind. Denn dann entstehen eben auch Ghettos und es kommt nicht zu einer genügenden Durchmischung. Sozialpolitisch finde ich es eigentlich auch noch spannend, gut betuchte Menschen direkt an der Autobahn anzusiedeln. Vielleicht geht es dann auch ein bisschen schneller mit einer Überdachung und besserem Lärmschutz.

Dann zum PVS-Minderheitsantrag: Da haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Es ist eher ablehnend, denn man kann sich fragen, ob man Belästigung in Kauf nehmen möchte, nur weil es preisgünstig ist. Übergeordnet kann man sagen, die Genossenschaft ist eigentlich schon ein soziales Projekt, das die Bevölkerung oder die Community selbst ermächtigt. Die sollen sich ja selbst verwalten. Dann ist es ein bisschen komisch, wenn man da auch noch einmal korrigierend eingreifen möchte. Aber auch grundsätzlich ist es komisch, wenn man Konditionen ermöglicht, die quasi subventioniert sind, also preisgünstig. Dann kann man auch gewisse Regeln daran knüpfen, wie zum Beispiel die Belegungsziffern. Aber wenn die Leute eigentlich das bezahlen, was es auch kostet, ist das ein bisschen skurril, wenn man dann sagt, ihr müsst dann trotzdem aber so wohnen, wie wir es euch vorschreiben, dass ihr wohnt auf so vielen Quadratmetern, wenn das die Genossenschaft nicht schon selbst regelt. Denn die Menschen werden immer älter. Das erleben wir langsam auch.

Wir haben sehr viele Singles in unserer Gesellschaft, wir haben sehr viele Patchworkfamilien. Wie ist es dann dort, wenn die Kinder einfach zwei, drei Tage da sind und die anderen nicht? Auf welche Belegungsziffer hat man dann Anspruch? Wenn meine Kinder ausziehen, werde ich sicher noch zwei, drei, vier, fünf Jahre ein Kinderzimmer beibehalten für den Fall, dass dann was nicht klappt oder so. Ich finde, das ist einfach immer ein Ermessen der Leute und der Genossenschaft und das regeln sie in Ihren Statuten, deswegen ist das irgendwie nicht notwendig. Die anderen GB/JA!-Anträge haben wir bereits in der Kommission diskutiert, die lehnen wir alle ab, aus Gründen, die eigentlich Dominik bereits sehr gut erläutert hat. Den letzten Antrag, den Antrag 5 mit diesen Durchfahrten, das konnten wir nicht besprechen und auch nicht mit der Verwaltung spiegeln. Deswegen können wir das eigentlich auch nicht annehmen.

Das Einzige, was uns dann im Geschäft noch aufgefallen ist, sind diese 20m², die noch nicht vergeben sind. Für uns, die immer Fans der Kreislaufwirtschaft sind, haben wir natürlich gleich gedacht, dass ein Kreislaufhaus doch dort super gut in diesem Gebiet geeignet wäre. Aber wir haben explizit keinen Antrag gestellt, denn es geht um eine Überbauungsordnung und das wäre hier irgendwie sachfremd. Weil wir es aber für extrem wichtig halten, dass man sich das jetzt in diesem Gebiet überlegt und vielleicht die Gespräche aufnimmt, haben wir heute eine Motion eingereicht, damit man das einfach noch parallel prüfen könnte. Es gibt solche Projekte in Zürich auf dem Josef-Areal, in Basel oder in ReTuna. Wir haben wirklich das Gefühl, dass man gar keinen besseren Ort als das EWB-Areal finden wird. Wir hoffen, dass das durchkommt. Ja, ich glaube, das ist alles.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank, Tanja Miljanovic und als Redner für die SVP-Fraktion kommt Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich kann das Einführungsstatement kurz halten. Die SVP lehnt die Vorlage ganz klar ab. Wir haben das schon ein paarmal kommuniziert, wir sind konsequent. Wenn uns eine Vorlage nicht passt, dann haben wir den Mut, hier Nein zu sagen. Sonst haben wir genau die Situation wie im Viererfeld und im Gaswerkareal: Man hat etwas verbaut und umgebaut, ohne es so zu bauen, dass die Stadt und die Leute es heute nutzen können. Darum haben wir hier den Mut und sagen hier klar Nein.

Ihr habt gehört: Die Autoparkplätze, ich fange jetzt wieder dort an. Es werden einige lachen, aber das heisst einfach, dass in der Stadt Bern, mit anderen Worten im Kirchenfeld, wo es kaum Garagen gibt, 39% der Parkplätze abgebaut wurden. An den neuen Orten soll es auch keine Parkplätze geben. Ihr wollt einfach keine Leute in der Stadt Bern mehr, die Autos haben. Die sind unerwünscht, die will man nicht. Ihr wollt eure Herrschaft RGM-mässig zementieren. Aber das Schicksal der Stadt ist euch auch egal. Wenn man dann schon Liegenschaften hat. Ich habe immer gesagt, dass es eine Katastrophe ist, wie die Stadt mit ihrem Portfolio umgeht. Ihr habt es im Viererfeld gesehen. Wir haben immer davor gewarnt. Ich werde jetzt schon bald redundant. Ich versuche es kurz zu machen. Auf der schönsten Grünfläche baut man dann verdichtet. Auf dem Gaswerkareal ist es dasselbe. Man zerstört Fruchtfolgeflächen und die Lebensgrundlagen macht man kaputt.

Hier haben wir einen anderen Standort, aber auch hier geht es nicht darum, dass die Stadt vielleicht etwas verdienen könnte oder die Gewerbetreibenden, die auf das Auto angewiesen sind, hinkommen können. Das will man nicht. Und jetzt müsst ihr vor allem die Anträge sehen. Über die Belegungsziffer habe ich immer gesagt, kann man diskutieren. Ein viel wichtigerer Punkt bei diesen Gemeinschafts- und Genossenschaftswohnungen wäre: Es gibt Leute, die ihren Anstellungsgrad bewusst senken und ihr Pensum reduzieren. Beispielsweise eine Gymnasiallehrerin oder ein höherer Kaderbeamter arbeiten nachher nicht mehr 80 oder 90%, sondern vielleicht nur noch 60 oder 70%. Das gönne ich diesen Leuten durchaus, aber der Vorteil ist, dass sie anschliessend eine Genossenschaftswohnung verbilligt beziehen können – nach dem Motto: Wir lassen die Steuerzahler unsere Freizeit bezahlen. Und das finde ich ungerecht, das finden wir immer ungerecht. Der Hilfsabwart und die Verkäuferin haben die Möglichkeit nicht, denn wenn sie das nämlich machen würden, würden sie den Lebensstandard erheblich einschränken. Die haben die Möglichkeiten nicht. Durch das genossenschaftliche Zeug privilegiert ihr mutwillig die Steuerzahler, die sich hier ihre Freizeitgestaltung finanzieren lassen. Vor allem, wenn sie noch gute Beziehungen zur Liegenschaftsverwaltung haben, können sie sich hier nachher Vorteile verschaffen. Und darum sind wir hier sehr skeptisch und lehnen solche Sachen ab.

Ihr seht das jetzt auch mit den Belegungsziffern. Ich habe Tanja Miljanovic gut zugehört. Das sehe ich auch so: Wenn jetzt jemand ein Kind hat, das vielleicht ein Auslandsjahr macht oder einen Freund hat - die Beziehung kann stabil sein oder auch nicht - dann behält man doch die Wohnung und wechselt nicht für 4'000 oder 5'000 Franken die Wohnung. Das ist eben sozialistische, rot-grüne Planwirtschaft, die die einzelnen Menschen in ihrer Freiheit, ihrem Lebensraum und ihren Möglichkeiten einschränkt. Das ist genau das, was wir nicht wollen. Darum lehnen wir auch die Anträge klar ab. Und dann seht ihr wieder, was ihr mit Jugendcontainern und all diesen Anträgen machen wollt. Ich bin der Meinung, dass das Probleme mit sich bringt. Den Antrag lehnen wir ebenfalls ganz klar ab.

Die Anträge der GB/JA!: Ich begreife, dass sie das für ihre Klientschaft wollen. Es ist aus ihrer Sicht ein guter Antrag, den ich euch konzedere. Ihr wollt für eure Klientel noch mehr preisgünstige Wohnungen auf Kosten der Bürger, die das dann zahlen müs-

sen. Und nachher gibt es die weiteren Sachen mit den Anteilscheinen. Danach seht ihr wieder das Gestürm mit den zulässigen Fahrten, das Schönste überhaupt. Ich sage es immer wieder: Dann haben wir ein Bauhaus in Niederwangen oder was auch immer, wo man die Fahrtenzahl beschränkt. Kann jemand mit dem Fahrradanhänger Ziegel oder Kaminsteine abholen? Muss der Feuz ein Fahrrad und einen Fahrradanhänger kaufen, um die Cheminee-Steine und solche Sachen irgendwie dort abzuholen? Weil die Fahrten auf 1'420 beschränkt sind. Ich muss sagen, das ist einfach ein absoluter Witz. Und dann fliegen eure Leute von der Regierung für irgendwelche Weiterbildungen nach Amerika. Das geht auch und ist mit Klimaschutz vereinbar. Eben nicht, darum sagen wir hier ganz klar Nein zu solchen Sachen. Ihr seht, ich werde hier direkt emotional. Ich komme jetzt zum Schluss. Jetzt muss ich wieder ein bisschen lieb sein. Wenn man an die Zukunft denkt, habe ich immer gesagt, dass wir durchaus auch die Hand für günstigere Wohnungen bieten. Das habe ich mehrmals gesagt, sei es bei Meienegg oder beim Mädergut. Aber hier muss ich sagen: Ihr wollt einfach das "Füfi" und das "Weggli". Das Schlimme ist: Auch in den höherwertigen Orten wie dem Gaswerkareal oder dem Viererfeld wollt ihr kein höherwertiges Wohnen. Es muss immer eine Gesamtbeurteilung geben, doch die Stadt macht das nicht. Deshalb sagen wir hier ganz klar und entschieden Nein und lehnen alle anderen Anträge ab. Und ich appelliere an die bürgerlichen Parteien: Wir hatten Sitzungen, in denen wir beschlossen haben, dass man hier konsequent sein muss und auch einmal den Mut haben muss, „Nein“ zu sagen, wenn das Paket nicht passt. Denkt daran, welche Anträge hier alles gestellt werden. Ich bitte euch: Besinnt euch auf eure Wurzeln. Wollt ihr das oder wollt ihr das nicht? Habt den Mut, wie die SVP Nein zu stimmen. Danke.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank, ich sehe keinen Eintrag auf der Redner*innen-Liste für die Einzelvoten. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Das Areal der Energie Wasser Bern und der BLS AG im Entwicklungsgebiet Ausserholligen ist eines der wichtigsten Stadtentwicklungsgebiete der Stadt Bern. Heute ist dieses Areal weitgehend abgeschlossen und für die Bevölkerung kaum zugänglich. Mit der vorliegenden Überbauungsordnung haben wir die Chance, daraus ein offenes, urbanes und durchmischtes Stück Stadt zu machen. Das Projekt steht für eine klare stadtpolitische Entscheidung. Wir nutzen den knappen Boden in Bern effizient und schaffen gleichzeitig Wohnraum, Arbeitsplätze und öffentliche Freiräume.

Auf dem Areal können rund 80'000 m² Geschossfläche entstehen. Neben dem neuen Hauptsitz der EWB werden über 1'000 Arbeitsplätze ermöglicht. Gleichzeitig entstehen 220 genossenschaftliche Wohnungen. Entscheidend ist dabei, diese Wohnungen werden in Kostenmiete erstellt und ein Drittel davon wird preisgünstig sein. Es wurde mehrmals schon gesagt. Damit leistet das Projekt einen wichtigen Beitrag zu mehr bezahlbarem Wohnraum in unserer Stadt. Die geplanten Hochhäuser ermöglichen eine starke, aber sinnvolle Verdichtung. Vier Gebäude mit Höhen bis zu 115 Metern schaffen eine klare städtebauliche Setzung und machen gleichzeitig Platz für neue Freiräume, Grünflächen und öffentliche Plätze. Verdichtung bedeutet hier also nicht weniger Lebensqualität, sondern mehr Raum für das Quartier. Auch bei der Mobilität zeigt das Projekt, wohin sich unsere Stadt entwickelt. Das Areal liegt direkt beim Mobilitätshub Europaplatz, ist hervorragend mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen und setzt bewusst auf sehr wenig Parkplätze. Damit stärken wir eine klimafreundliche und zukunftsorientierte Mobilität. Gleichzeitig bleiben wichtige Qualitäten erhalten. Die Familiengär-

ten bleiben zum grossen Teil bestehen und neue öffentliche Grünräume machen das Areal künftig für alle eben zugänglich.

Zu den Anträgen: Zum Antrag der PVS-Minderheit. Eine hohe Belegung ist auch der Wohnbaugenossenschaft Viadukt ein Anliegen. Sie wird bei der Vergabe aller Wohnungen darauf achten. In den Statuten ist festgehalten, dass bei Unter- und Überbelegung Mietverhältnisse aufgelöst oder Beiträge erhoben werden können. Dann zu den Anträgen der GB/JA! Der Inhalt des Antrags 2 ist inhaltlich grundsätzlich unbestritten. Die Prüfung der Jugendräume läuft bereits. Unter dem Viadukt sind mobile Nutzungen vorgesehen. Diese können die Bedürfnisse der Jugendlichen abdecken. Toj und FQSB (Familie & Quartier Stadt Bern) sind in die partizipativen Prozesse bereits eingebunden. Geklärt werden muss aber dann sicher noch die Finanzierung. Dann zu Antrag 3: Die WBG Viadukt realisiert alle Wohnungen in Kostenmiete, davon ein Drittel preisgünstig. Ich habe das schon gesagt. Die Wirtschaftlichkeit dieses Modells wurde 2021 im Rahmen eines Gesamtleistungsstudienauftrags bestätigt und ist seither einfach verbindlich. Entscheidend ist, dass die WBG Viadukt den Wohnraum solide finanzieren und den künftigen Genossenschaftler*innen ein tragfähiges Projekt übergeben kann. Sie strebt möglichst tiefe Mieten an, braucht dafür jedoch einen gewissen Spielraum in der Mietzinsgestaltung. Der Gemeinderat bittet euch denn auch, diesen Antrag abzulehnen.

Zu Antrag 4: Für preisgünstige Wohnungen sind deutlich tiefere Anteilscheinkosten vorgesehen, 10% für preisgünstige und 20% für die restlichen Wohnungen. Die WBG Viadukt zieht zudem einen Solidaritätsmechanismus innerhalb der Genossenschaftler*innen vor, dem es auch Menschen eben mit geringerem Vermögen ermöglicht, Genossenschaftler*innen zu werden. Genossenschaftler*innen mit finanziellem Spielraum können zusätzlich freiwillige Anteile zeichnen und damit fehlende Eigenmittel anderer ausgleichen. Ich sehe hier somit nicht, was hier noch angepasst werden müsste und bitte Sie, diesen Antrag so abzulehnen. Zum Antrag 5 zu den zulässigen Fahrten. Auch hier bittet euch der Gemeinderat, diesen Antrag abzulehnen. Die Erhöhung von aktuell rund 1'200 auf neu maximal 2'200 Fahrten entspricht angesichts der Verdichtung des Areals einer autoarmen Entwicklung. Dies, obwohl hier der Hauptsitz der EWB entsteht mit Werk- und Logistikverkehr und ganz vielen Arbeitsplätzen. Und beim Wohnen entspricht das Vorhaben mit 0,1 bis 0,2 Parkplätzen pro Wohnung und gar einer autofreien Siedlung. Ja, liebe Stadträtinnen und Stadträte, besser geht es einfach nicht. Zum Schluss, diese Vorlage steht für eine verdichtete soziale und nachhaltige Stadtentwicklung. Wir schaffen Wohnraum, stärken den Wirtschaftsstandort und öffnen ein heute abgeschlossenes Areal für die Bevölkerung. Ich bitte Sie deshalb, der Vorlage zuzustimmen und sie den Stimmberechtigten zur Annahme zu empfehlen. Vielen Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Frau Stadtpräsidentin und Gemeinderätin. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge. Wir haben für das Traktandum 11 fünf Anträge. Wir stimmen zuerst über den Antrag der PVS-Minderheit ab. Wer dem Antrag der PVS-Minderheit zustimmt, stimmt Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Nein. Ihr könnt jetzt abstimmen.

Antrag 1

PVS-Minderheit

Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass die Wohnbaugenossenschaft Viadukt Belegungsziffern bei allen Wohnungen anwendet.

Abstimmung Nr. 014

2019.PRD.000024: Antrag 1

Ablehnung

Ja	15
Nein	55
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Ihr habt den Minderheitsantrag abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 2 der GB/JA!. Wer dem Antrag der GB/JA! zustimmen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnen will, stimmt Rot. Ihr könnt abstimmen.

Antrag 2

GB/JA!

Es ist gemeinsam mit toj zu prüfen, ob auf dem EWB/BLS-Areal ein Bedarf für einen Jugendraum besteht – inklusive der Option eines Modulbaus für Jugendliche (Jugendcontainer) im gesamten Viaduktbereich.

Abstimmung Nr. 015

2019.PRD.000024: Antrag 2

Annahme

Ja	39
Nein	32
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Knapp, aber klar. Ihr habt dem Antrag 2 zugestimmt. Es macht Sinn, im Saal zu bleiben. Wir kommen zum Antrag 3 der GB/JA!. Wer dem Antrag 3 der GB/JA! zustimmt, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot. Ihr könnt abstimmen.

Antrag 3

GB/JA!

Der Gemeinderat setzt sich dafür ein, dass auf dem EWB/BLS-Areal die Hälfte des Wohnraums preisgünstig erstellt wird.

Abstimmung Nr. 016

2019.PRD.000024: Antrag 3

Ablehnung

Ja	15
Nein	54
Enthalten	2

1. Vizepräsidentin: Ihr habt den Antrag 3 abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 4 der GB/JA!. Wer dem Antrag 4 zustimmen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot. Ihr könnt abstimmen.

Antrag 4

GB/JA!

Die Massnahme 3.5 "Finanzierung von Anteilscheinen" der Wohnstrategie ist beim ewb/BLS Areal aktiv umzusetzen, indem die Viaduktgenossenschaft verpflichtet wird, Anteilscheine einkommens- und vermögensabhängig zu gestalten.

Abstimmung Nr. 017

2019.PRD.000024: Antrag 4

Ablehnung

Ja	15
Nein	56
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Der Antrag 4 wurde abgelehnt. Wir kommen zum letzten Antrag für dieses Traktandum, Antrag 5 der GB/JA!. Wer den Antrag 5 annehmen will, stimmt Grün, wer ihn ablehnt, stimmt Rot. Ihr könnt abstimmen.

Antrag 5

GB/JA!

Die Anzahl zulässige Fahrten (DWT) ist auf 1'400 zu beschränken.

Abstimmung Nr. 018

2019.PRD.000024: Antrag 5

Ablehnung

Ja	14
Nein	56
Enthalten	1

1. Vizepräsidentin: Der Antrag wurde abgelehnt. Ich habe einen spannenden Knopf gedrückt. Ich weiss nicht, ob etwas passiert. Wir kommen zur Schlussabstimmung bei Traktandum 11. Wir werden drei Abstimmungen durchführen. In der ersten Abstimmung geht es darum, ob wir die Abstimmungsvorlage in der so bereinigten Form genehmigen und zuhanden der Stimmberechtigten verabschieden wollt. Wer die Abstimmungsvorlage in der so bereinigten Form genehmigt und zuhanden der Stimmberechtigten verabschiedet, stimmt Grün Ja und Rot Nein. Ihr könnt abstimmen.

Abstimmung Nr. 019

2019.PRD.000024: Abstimmungsvorlage

Annahme

Ja	65
Nein	6
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Ihr habt die Abstimmungsvorlage genehmigt. Jetzt stimmen wir über die Ziffer 3 im Antrag des Gemeinderates ab. Der Gemeinderat wird zum gegebenen Zeitpunkt mit dem Vollzug des Verzichts auf die Ausübung des Vorkaufsrechts für die Baurechte von EWB beauftragt. Wer diesem Antrag des Gemeinderates zustimmt, stimmt Grün Ja und Rot Nein. Ihr könnt abstimmen.

Abstimmung Nr. 020

2019.PRD.000024: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	65
Nein	6
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Ihr habt diesen Antrag genehmigt. Wir kommen zur letzten Abstimmung in diesem Sachgeschäft. Wer die Abstimmungsbotschaft in der so bereinigten Form genehmigt, stimmt Grün Ja und Rot Nein. Ihr könnt abstimmen.

Abstimmung Nr. 021

2019.PRD.000024: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	64
Nein	6
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Ihr habt die Abstimmungsbotschaft genehmigt. Es bleiben nun noch 2 Abstimmungs- und Sachgeschäfte, welche wir heute noch behandeln und abschliessen müssen und es bleiben uns noch 21 Minuten.

2025.PRD.0054

12 Volksschule Steigerhubel: Provisorium Modulbau II; Projektierungs- und Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

1. Vizepräsidentin: Wir kommen also zum Traktandum 12: Volksschule Steigerhubel. Ich darf für die Kommission PVS, Janosch Weyermann das Wort geben.

Janosch Weyermann (SVP) für die Kommission: Besten Dank, Frau Vize-Stadtratspräsidentin. Da ich davon ausgehe, dass das Geschäft unbestritten ist, probiere ich es recht kurz zu machen. Es geht um einen weiteren Modulbau bei der Volksschule Steigerhubel. Der Modulbau sollte vor allem wegen den stark wachsenden Schülerzahlen in diesem Perimeter kommen, und vor allem auch wegen dem Warmbächli-Areal, das man entwickelt hat. Die Modulbauten sind nicht neu. Die sind nichts Neues in der Stadt Bern, die werden schon an vielen Orten eingesetzt, beispielsweise im Weissloch, Pestalozzi, Marzili, Brünnen und auch im Steigerhubel steht bereits das erste Provisorium.

Die Kommission hat das Geschäft einstimmig durchgewunken, kann man so schön sagen. Wir haben vor allem über die Aussenfläche, die Bäume und die Terrassenfläche diskutiert. Vor allem ging es darum, wie es in diesem Perimeter weitergeht. Auf dem Gelände steht auch noch das GIBB-Gebäude des Kantons, welches die Stadt dereinst übernehmen und dort eben die Schüler unterbringen will. Das verzögert sich aber weiterhin und darum kommt jetzt so ein Modulbau zum Einsatz.

Wie schon gesagt, das ist nichts Neues. Zu diesem Standort lässt sich folgendes noch sagen: Der Modulbau wird Schulraum für fünf Klassen bieten mit zugehörigen Gruppenräumen, einen Mehrzweckraum, Arbeitsplätze für Lehrpersonen und Betriebs- und Nebenräume. Der Vorteil bei denen ist halt wirklich, dass sie relativ schnell erstellt werden und dann auch nachher an einem anderen Ort eingesetzt werden können. Also wirklich aufbauen, abbauen und an einem anderen Ort wieder zum Einsatz kommen. Der Gemeinderat beantragt hier einen Projektierungs- und Baukredit von 8,3 Millionen Franken und so beantragt euch das auch die entsprechende Kommission PVS einstimmig. Ich hoffe, es ist so alles gesagt. Besten Dank.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Ihr könnt euch nun eintragen für die Fraktionsvoten. Für die SVP-Fraktion spricht Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ihr wisst, ich bin durchaus Fan von diesen Modulbauten. Ich finde es eine gute und geeignete Sache. Einzig ein Punkt im Zusammenhang mit Crans-Montana gibt es: Ihr wisst, dass wir einen Vorstoss eingereicht haben, um gewisse Sachen überprüfen zu lassen. Dort hat man die Dringlichkeit nicht gegeben. Wie ich von den Bauleuten und Brandschutzsachverständigen erfahren habe, haben gewisse Lehrkräfte im Provisorium Gaswerkareal beim Kirchenfeld-Schulhaus unten offenbar Hämmer dabei, um die Scheiben rauszuschlagen und rauszukommen. Für mich müsste einfach ganz klar sichergestellt sein, dass man hier einen Notausstieg hat. Man soll das prüfen, damit die Kinder rauskommen. Ihr habt es gerade gesehen in Crans-Montana. Ihr habt gesehen, was bei diesem Postauto passiert ist. Darum haben wir jetzt eine Tischvorlage gemacht. Ich gebe den Antrag nachher ab, um sicherzustellen, dass die Modulbauten über geeignete, signalisierte und funktionsfähige Notausstiege verfügen. Ich habe vorhin mit dem zuständigen Sachbearbeiter und Mitarbeiter Kontakt aufgenommen. Für mich ist es einfach wichtig, dass das so ist. Ich sage es auch hier deutlich zuhänden der Medien. Wir haben Vorstösse eingereicht, dass man das überprüft. Für mich reicht es nicht, wenn irgendjemand sagt, dass es dann geht. Offensichtlich hat man in Crans Montana auch gesagt, dass es geht. Dass es dort nicht funktioniert hat, haben wir gesehen. Ich bin der Meinung, dass gerade die Schulbauten über Notausstiege verfügen müssen. Es gibt leider manchmal Verrückte, die Brandsätze legen. Wenn nachher die Haupttür, die man aufdrücken muss, nicht funktioniert, haben wir ein Problem. Es sind Kinder, die in Panik vielleicht auch falsch flüchten oder das Falsche machen. Dafür müssen wir Notausstiege haben. Ich gebe den Antrag so ab. Sonst unterstützen wir das Geschäft, aber für mich ist das ein Punkt, der ganz klar geklärt sein muss. Danke.

1. Vizepräsidentin: Für die SP-JUSO-Fraktion, Laura Brechbühler.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird diesem Geschäft ebenfalls zustimmen und die Abstimmungsbotschaft genehmigen. Im Quartier Steigerhubel und Schlossmatte im schönen Holligen ist schon länger bekannt, dass es an Schulraum mangelt. Es braucht möglichst rasch eine Lösung, da die Quartierbevölkerung rasch angestiegen ist. Als SP-JUSO-Fraktion begrüßen wir, dass der Gemeinderat diesbezüglich handeln will und den Bau eines Provisoriums vorschlägt. Beim vorliegenden Kredit wurden denn auch wichtige Akteure wie die Quartierbevölkerung, die QM3, aber auch die Fachstelle "Hindernisfreies Bauen" einbezogen, was wir sehr gut finden. Die Schulwegsicherheit wurde auch geprüft und als gewährleistet betrachtet. Im Weiteren ist auch ein Jugend-Solarprojekt geplant, das zur Sensibilisierung der Schü-

ler*innen für das Thema erneuerbare Energien beiträgt. Die SP-JUSO-Fraktion steht solchen Partizipationsprojekten sehr positiv gegenüber. Schliesslich wird mit dem Modulbau aus Holz ein klimafreundliches Provisorium gebaut, was wir ebenfalls begrüßen. Danke.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Es gibt keine Einzelvoten. Somit hat der Gemeinderat das Wort. Die Stadtpräsidentin und Gemeinderätin Ursina Anderegg teilen sich das Votum. Zuerst Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Die Volksschule Steigerhubel steht wie viele Schulstandorte in unserer Stadt unter wachsendem Druck. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler steigt und damit auch der Bedarf natürlich nach Schulraum. Ursprünglich war vorgesehen, die bestehenden Gebäude zu sanieren und mit einem Erweiterungsneubau zu ergänzen. Dafür wurde bereits ein Projektierungskredit gesprochen. Inzwischen hat sich jedoch eine neue Perspektive eröffnet. Mit der möglichen Übernahme des GIBB-Gebäudes des Kantons zeichnet sich eine langfristig bessere Lösung für alle Beteiligten ab. Gleichzeitig wurde der geplante Standort für den Erweiterungsbau in der Quartierbevölkerung auch kritisch beurteilt. Aus diesen Gründen wurde das Projekt sistiert. Das ändert aber nichts am dringenden Bedarf nach zusätzlichem Schulraum, und zwar jetzt. Bereits heute wird ein erstes Modulbauprovisorium genutzt. Mit dem zweiten Provisorium schaffen wir weitere fünf Klassenzimmer, Gruppenräume, einen Mehrzweckraum sowie Arbeitsplätze für Lehrpersonen. Dieses Provisorium ist keine kurzfristige Lösung, sondern eine überaus durchdachte Übergangslösung. Es sichert den Schulbetrieb, bis eine definitive Lösung mit dem GIBB-Gebäude möglich ist und kann später auch während der Gesamtanierung der bestehenden Gebäude als Ausweichfläche dienen. Mit dem beantragten Projektierungs- und Baukredit von 8,3 Mio. Franken schaffen wir eben die nötige Infrastruktur für gute Lernbedingungen und geben der Stadt gleichzeitig die nötige Flexibilität für die zukünftige Schulraumplanung. Und jetzt einfach noch zwei Worte zu den Fluchtwegen, was Alex Feuz angesprochen hat. Natürlich sind Fluchtwege garantiert. Es kommt auf die Grösse an, wie viele das man braucht. Ich kann euch einfach sagen, wir haben das mit der GVB selbstverständlich geprüft, sonst wäre es gar nicht bewilligungsfähig. Also hier ist alles in Ordnung. Jetzt übergebe ich aber sehr gerne noch meiner Kollegin Ursina Anderegg.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Das Wort hat Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Guten Abend. Danke, Marieke, für das schnelle Sprechen. Dann kann ich heute Abend auch noch ein bisschen das Mikrofon genießen. Wir haben es gehört, im Raum Steigerhubel wird zusätzlicher Schulraum sehr dringend benötigt. Das ist auch schon lange ein Thema. Das Quartier, das hat sich baulich sehr stark verändert und die Anzahl an Schulkinder ist signifikant angestiegen. Somit wächst auch der Bedarf einerseits an Schulraum, aber auch natürlich an Tagesbetreuungsplätzen. Die Schulhäuser am Standort Brunnmatt-Steigerhubel sind im Moment voll ausgelastet. Ein Teil des Schulraums konnte zum Teil nur provisorisch gedeckt werden, indem das Kirchgemeindehaus übernommen wurde und in dem 2024 schon der erste Modulbau auf dem Areal bezogen werden konnte. Der Schulraumbedarf kann nun mit diesem Modulprojekt innerhalb des Schulareals und in den bestehenden Gebäuden gedeckt werden. Es gibt auch noch der Allwetterplatz, der vorhandene, welcher ursprünglich als Standort für den Neubau bestimmt war und der bleibt nun aber der Schule und dem Quartier als vielfältig nutzbarer Aussenraum für wertvolle Begegnun-

gen erhalten. Der erste Modulbau, welcher im Steigerhubel bereits im Einsatz steht, der wird von den Schüler*innen und von den Lehrkräften sehr geschätzt.

Auch andernorts haben wir mit den Modulbauten sehr gute Erfahrungen als qualitativ hochwertigen Schulraum gemacht, das bewährt sich. Vergleichbare Module stehen beispielsweise im Brünnpark, in der Volksschule Munzinger oder im Wyssloch. Ihr seht die Modulbauten, das ist sicher ein sehr gutes Instrument. Mit dem können wir sehr guten Schulraum in der verdichteten Stadt zur Verfügung stellen und daher ist das ein sehr gutes Projekt. Es freut mich auch, dass das auf grossen Anklang bei euch stösst. Mich freut auch noch – das will ich auch noch erwähnen –, dass bei der Montage der Photovoltaikanlage wie bei den anderen Bauprojekten auch wieder ein Jugend-Solarprojekt geplant ist. In einer Themenwoche beschäftigen sich die Schüler*innen des Zyklus 3 mit der Sonnenenergie und helfen bei der Montage der Solaranlage mit. Wir haben nun mit diesem Modulbau eine weitere Chance auf guten und ressourcenschonenden Schulraum und vielen Dank für die breite Abstützung dieses Projekts und zur Zustimmung des Kredites.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank für die sportlichen Voten allerseits. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wir haben keine Anträge zu diesem Sachgeschäft. Entschuldigung, wir haben eine Tischvorlage. Alexander Feuz hat seinen Antrag in seinem Votum erwähnt, ich habe ihn hier. Wir stimmen also ab über den Antrag "Notausstieg". Wer dem Antrag der SVP-Fraktion zustimmen will, stimmt Grün, Ja, und Rot, Nein. Ihr könnt abstimmen.

Antrag 1

SVP

Es sei sicherzustellen, dass die Modulbauten über geeignete signalisierte und funktionsfähige Notausstiege verfügen.

Abstimmung Nr. 022

2025.PRD.0054: Antrag 1

Ablehnung

Ja	5
Nein	57
Enthalten	4

1. Vizepräsidentin: Ihr habt diesen Antrag abgelehnt. Wir kommen nun zur Abstimmung über die gesamte Vorlage. Wer die Abstimmungsvorlage so genehmigen und zuhanden der Stimmberechtigten verabschieden will, stimmt Grün, Ja, und Rot, Nein. Ihr könnt abstimmen.

Abstimmung Nr. 023

2025.PRD.0054: Abstimmungsvorlage

Annahme

Ja	66
Nein	0
Enthalten	2

1. Vizepräsidentin: Ihr habt diese Vorlage genehmigt. Wir kommen nun zur zweiten Abstimmung. Es geht um die Abstimmungsbotschaft. Wer die Abstimmungsbotschaft so genehmigen will, stimmt Grün, Ja, und Rot, Nein. Ihr könnt abstimmen.

Abstimmung Nr. 024

2025.PRD.0054: Abstimmungsbotschaft

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	2

1. Vizepräsidentin: Ihr habt diese Botschaft genehmigt. Besten Dank.

2024.PRD.0018

13 Volksschule Wankdorf: Sanierungsmassnahmen Morgartenstrasse 2a und Kanalisation sowie Bau Rollpark; Baukredit

1. Vizepräsidentin: Wir kommen um 22.23 Uhr zum Traktandum 13, welches wir ebenfalls heute noch abschliessen werden. Es geht um die Volksschule Wankdorf und ich erteile für die Kommission Laura Brechbühler das Wort. Laura, du hast das Wort für die PVS.

Laura Brechbühler (SP) für die Kommission: Vielen Dank, ich hoffe, ich kann mich den sportlichen Voten meiner Vorredner*innen anschliessen. Ich freue mich heute zum ersten Mal als Kommissionsreferentin vor euch zu stehen, auch wenn es ein bisschen zu später Stunde ist. Bei diesem Geschäft geht es um das Gebäude an der Morgartenstrasse 2A und dessen Aussenraum. Der vorliegende Baukredit von rund 6,8 Mio. Franken wird für drei Teilprojekte gebraucht: die Teilsanierung des Gebäudes, die Kanalisationssanierung und auch für den Bau eines Rollparks im Aussenraum. Zum ersten Teilprojekt des Baukredits: Das Gebäude an der Morgartenstrasse muss aus verschiedenen Gründen dringend saniert werden. In diesem Gebäude sind heute eine Ganztagesbasisstufe, Schulleitungsbüros und das Amt für Umwelt untergebracht.

Das Attikadach und die Hülle des Erdgeschosses müssen saniert und energetisch ertüchtigt werden. Derzeit hat das Gebäude auch noch eine asbesthaltige Fassadenverkleidung, die natürlich ersetzt werden muss. Die weiteren Gründe könnt ihr auch im Vortrag genau nachlesen. Das Attika-Dach ist nach 50-jähriger Nutzung am Ende seiner Lebensdauer und bedarf ebenfalls dringend einer Sanierung. Auf diesem Attika-Dach wird eine Solaranlage angebaut. Über diese Anlage hat die PVS lange diskutiert, denn sie gilt als nicht gesichert rentabel. Das bedeutet, dass die internal rate of return, abgekürzt IRR-Wert, sehr tief ist. Das deutet auf eine wirklich tiefe Wirtschaftlichkeit der Anlage hin. Zweitens haben wir es auch mit einer langen Amortisationsdauer zu tun. Typischerweise liegt diese bei 9 bis 15 Jahren, damit für die restliche Lebensdauer von etwa 25 Jahren kostenlos Strom erzeugt werden kann. Bei dieser Anlage haben wir es aber mit einer Amortisationsdauer von 27 Jahren zu tun, also wirklich lange. Vor diesem Hintergrund hat sich die Kommission die PV-Anlage genau angeschaut. Sie besteht aus drei Teilen. Je auf der Nord- und der Südseite sowie am Fassadenkranz des Attikadachs. Diese Fassadenanlage braucht weisse Panels mit einem speziellen For-

mat. Gemäss Denkmalpflege sollen keine ganz normalen Solarpanels genommen werden. Und jetzt, diese weissen Solarpanels sind teurer und auch weniger leistungsfähiger als normale Panels.

Die PVS hat aus diesem Grund auch länger über die Anforderungen und Empfehlungen der Denkmalpflege diskutiert. Wichtig ist aber zu betonen, dass die Anfertigung dieser Solarpanels mit oder ohne Denkmalpflege schwierig ist. Mit der PV-Anlage wird nämlich ein Ersatz für die Gebäudehülle gebildet und das kostet halt einfach mehr als normale Panels und ist sehr kompliziert. Die Anlage zu vergrössern ist leider auch nicht möglich, aus einfachen statischen Gründen, das Dach könnte das Gewicht nicht tragen. Die PVS hat schliesslich entschieden, die PV-Anlage im Projekt drin zu lassen. Mehrere Gründe wurden genannt. Erstens, die Herstellung der Panels ist so oder so kostspielig. Zweitens, die PV-Anlage kostet 176'000 Franken und fällt bei einem Kredit von rund 6,8 Millionen weniger stark ins Gewicht. Es ist auch positiv, dass das Amt für Umwelt in ein paar Jahren schon Strom quasi vor der eigenen Haustüre beziehen kann. Und schliesslich, würden wir jetzt noch Anpassungen an der Anlage vornehmen, würde das ganze Projekt dadurch sehr wahrscheinlich verzögert. Aber grundsätzlich sind PV-Anlagen auf geeigneten Dächern zu bauen. Eine solche Verzögerung wäre auch ungünstig, weil wir jetzt eine wirklich gute Ausgangslage für dieses Geschäft haben. Während den Bauarbeiten können die Schüler*innen der Ganztagesbasisstufe ins Schulhaus Breitfeld umziehen. Darum brauchen wir keine teuren Container aufzustellen und das rechnet sich natürlich auch. Dann zum zweiten Teil des Baukredits, der wird gebraucht, um die Kanalisation zu sanieren, die heute in einem schlechten Zustand ist. Der dritte Teil befasst sich mit dem Bau des Rollparks im Aussenraum und direkt neben diesem Rollpark sind auch Veloabstellplätze geplant und es soll ein öffentliches WC auf dem Areal geben. Dann, wir haben es hier mit einer schützenswerten Schulanlage zu tun. Es wird ein ganzheitliches Aussenraumkonzept erstellt, das bis Ende 2026 vorliegen soll. Die Wichtigkeit dieser Gesamtsicht und dieser Potenzialanalyse wurde in der PVS mehrmals betont. Zudem soll es auch schnell vorwärtsgehen. Aber im Rahmen der Teilsanierung, über die wir heute sprechen, sind einfach nicht mehr Massnahmen möglich. Es ist aber klar, dass eine Erneuerung des Aussenraums notwendig ist. Der Schul- und der Sportplatz sind beide asphaltiert und eindeutig nicht für die Nutzung an Hitzetagen geeignet. Die PVS erwartet, dass diese Arbeiten zügig an die Hand genommen werden. Schliesslich sind die Leidtragenden die Kinder der ganzen Anlage. Die PVS hat das Geschäft angenommen und beantragt euch ebenfalls, dem Baukredit zuzustimmen. Es handelt sich um ein durchdachtes Projekt, bei dem Synergien genutzt worden sind und deswegen beantragen wir euch die Annahme. Schliesslich möchte ich mich noch bei der Verwaltung für die Vorbereitung bedanken und auch für die Beantwortung unserer vielen Fragen. Vielen Dank.

1. Vizepräsidentin: Herzlichen Dank. Ich frage zuerst, besteht Diskussionsbedarf? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Okay, gut, wir haben Anträge. Die SVP-Fraktion möchte diese gerne noch begründen. Janosch Weyermann für die SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich möchte noch kurz etwas sagen zum Antrag, den ihr gestern noch erhalten habt. Er betrifft die von der Kommissionssprecherin aufgeworfene Frage betreffend der Photovoltaikanlage auf dem Gebäude 2A. Wir stellen hier den Antrag, auf die Realisierung zu verzichten. Ihr habt es vorhin gehört, es ist einmal mehr der Denkmalschutz, der hier alles teurer macht, und vor allem auch die Fläche redimensioniert. Deshalb sind wir der Meinung: Besser nichts als etwas Falsches. 176'000 Franken fallen nicht so ins Gewicht bei diesem Kredit. Dem

muss ich widersprechen, denn 176 000 Franken müssen auch erst einmal verdient werden, bevor sie ausgegeben werden können. Hier hat man einmal die Möglichkeit, etwas einzusparen. Ich bitte euch doch, das zu machen. Wenn man immer wieder hört, dass das Geld aus Kostengründen nicht vorhanden ist, wenn man zum Beispiel Kunst-rasenplätze schaffen oder das Lehrschwimmbekken im Kleefeld erhalten will. Darum, hier habt ihr die Möglichkeit, etwas einzusparen. Noch wegen dem Denkmalschutz: Es beisst sich halt einfach einmal mehr und ich bitte euch doch, die Behörden endlich mal ein bisschen zurückzubinden.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Anscheinend besteht Diskussionsbedarf. Mirjam Läderach für die GB-JA!-Fraktion. In dem Fall könnt ihr euch für eure Fraktionsvoten anmelden.

Mirjam Läderach (GB) für die Fraktion: Ich möchte jetzt doch noch die Zeit ein bisschen ausnutzen, denn ich habe ein paar Punkte, die ich gerne noch sagen möchte für die Fraktion. Wir haben von Laura gehört, dass das Geschäft sehr verschiedene unterschiedliche Themen vereint. Es geht um eine Sanierung, es geht um Infrastruktur und es geht aber auch um Aufenthaltsqualität auf der Schulanlage. Wir werden dem Geschäft zustimmen, da die Sanierung notwendig ist und wir auch. Wir sehen, dass gleichzeitig erste Schritte für Klimaschutz und Aufenthaltsqualität gemacht werden. Ich möchte auf einige Punkte noch eingehen. Erstens zum Rollpark. Wir begrüßen, dass hier ein Standort gefunden werden konnte. Es entsteht eine Aufenthaltsfläche für Kinder und Jugendliche auf dem Areal und mit dem öffentlichen WC auch eine Infrastruktur, die für das Quartier einen Mehrwert bringt. Und es freut uns natürlich sehr, dass unser Antrag zu einem kostenlosen öffentlichen WC umgesetzt ist.

Dann zur Teilsanierung des Gebäudes an der Morgartenstrasse 2A. Die Sanierung ist notwendig, wir haben es gehört. Insbesondere das Flachdach muss dringend saniert werden und wir finden positiv, dass das Dach künftig auch begrünt wird und damit einen Beitrag zur Biodiversität leistet. Ein wichtiger Punkt ist für uns auch die PV-Anlage. Zugegeben, ja, die Amortisationszeit von 27 Jahren ist lang und trotzdem finden wir es richtig, dass hier eine PV-Anlage realisiert wird. Wirtschaftlichkeit darf bei öffentlicher Infrastruktur nicht das einzige Kriterium sein. Den Antrag der SVP als Tischaufgabe werden wir also ablehnen. Beim Schulhaus Wankdorf ist eine PV-Anlage sinnvoll, da der produzierte Strom überwiegend für den Eigenverbrauch für die Schule und aber auch für die Labore des Amtes für Umweltschutz genutzt werden kann. Und genau das ist auch der grosse Vorteil von Solarstrom.

Strom wird dort produziert, wo er gebraucht wird. Das Projekt zeigt aber auch, auf denkmalgeschützten Gebäuden sind Photovoltaiklösungen möglich. Wir finden es also erfreulich, dass hier eine Lösung für eine Fassadenanlage gefunden wurde und gleichzeitig gilt aber auch, PV muss konsequent genutzt werden, wenn wir Klimaschutz voranbringen wollen und die GB-JA!-Fraktion hofft, dass gesamtstädtisch bei der Nutzung von PV auf denkmalgeschützten Gebäuden noch mehr geht. Mit der späteren Gesamt-sanierung sind weitere PV-Anlagen vorgesehen und hier erwarten wir, dass alle geeigneten Dach- und Fassadenflächen konsequent genutzt werden, wie es die städtischen Ziele ja auch vorsehen.

Und nun noch zu einem Thema, das uns in diesem Geschäft besonders beschäftigt hat, nämlich die Hitzebelastung im Aussenraum. Die Kinder und Lehrpersonen leiden immer mehr an Sommertagen an extremer Hitze und die Stadt hat hier Verantwortung, ein erträgliches Lern- und Aufenthaltsklima sicherzustellen. Wir haben es gehört von Laura, der Schul- und Sportplatz im Schulhaus Wankdorf ist aktuell zu einem grossen

Teil asphaltiert und/oder verschattet. Und im vorliegenden Projekt sind Übergangslösungen wie Sonnenschirme oder Sonnensegel vorgesehen und wir finden auch, das ist ein wichtiger erster Schritt.

Angesichts des rasanten Fortschreitens des Klimawandels sind bauliche Sofortmassnahmen im Innen- und Aussenraum von Schulhäusern dringend notwendig. Und gleichzeitig ist aber auch klar, dass Entsiegelung und Beschattung durch Bäume einen deutlich stärkeren Kühlungseffekt haben. Für die langfristige Verbesserung ist ein Konzept für die Aussenraumgestaltung im Rahmen der späteren Gesamtsanierung vorgesehen und wir warten schon ungeduldig auf diese dringend notwendige Gesamtaufwertung des Aussenraums, die aber leider noch in weiter Ferne steht. Klimaanpassung darf nicht warten, Übergangslösungen wie Sonnensegel und Schirme sind ein erster Schritt, aber die Stadt soll Hitzebelastung an allen Schulen in der Stadt Bern konsequent angehen. Angesichts des erschreckenden Tempos, mit dem die Klimakrise voranschreitet, sind bauliche Anpassungen von Schulhäusern im Innen- und im Aussenraum auch als Sofortmassnahme zwingend notwendig und nicht erst dann, wenn ohnehin eine Gesamtrenovation ansteht. Merci vielmals, dass ihr noch zugehört habt.

1. Vizepräsidentin: Für die SP-JUSO-Fraktion, Laura Brechbühler.

Laura Brechbühler (SP) für die Fraktion: Ich versuche es kurz zu machen. Die SP-JUSO-Fraktion wird dem Baukredit ebenfalls zustimmen. Die PV-Anlage ist zwar nicht ideal und auch wir wünschen uns einen Fokus auf geeignete Dächer bei der Umsetzung der Energiewende. Auch würden wir es kritisch sehen, wenn die Empfehlungen der Denkmalpflege die Energiewende verteuern würden. Aber hier ist es aus mehreren bereits genannten Gründen durchaus sinnvoll, eine PV-Anlage einzubauen, und zwar so, wie sie im Vortrag vorgesehen ist. Bei der Gestaltung des Aussenraums wünschen wir uns ebenfalls etwas Offenheit bei den denkmalpflegerischen Empfehlungen.

Ein solcher Schulhausplatz wie an der Morgartenstrasse ist nicht mehr zeitgemäss. Wichtig ist natürlich, die Denkmalpflege von Anfang an Bord zu haben und wir finden es gut, dass das gemacht wird. Wichtig ist für uns auch, dass Schüler*innen in einem guten Gebäude unterrichtet werden und hier ist das Gebäude aus mehreren Gründen nicht mehr adäquat. Deswegen ist die Teilsanierung wirklich notwendig. Zudem wird es auch mit der Teilsanierung barrierefrei und das begrüssen wir ebenfalls. Ebenfalls sollen Angestellte in gut isolierten Büros arbeiten können. Und auch das wird mit der vorliegenden Teilsanierung erreicht. Schliesslich begrüssen wir auch den Bau des Rollparks, der zu einer deutlichen Aufwertung des Aussenraums der Schule führen wird und sicher auch für das Quartier eine willkommene Freizeitbeschäftigung darstellen wird.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Für die FDP-Fraktion, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Für die FDP ist Bildung zentral. Die Bildung muss gestärkt werden, auch wenn es nur die Infrastruktur betrifft. Deshalb unterstützen wir dieses Geschäft und wir unterstützen auch den Antrag der SVP. Allerdings gibt es dennoch gewisse Sachen zu beanstanden. So ist zum Beispiel unerklärlich, dass die Denkmalpflege Betontröge und den wirklich nicht einladenden Aussenraum schützt. Die Denkmalpflege hat einmal mehr die Verhältnismässigkeit unglaublich strapaziert – Stichwort PV-Panels. Dank ihr verteuert sich die Sanierung dieses Schulhauses. Einmal mehr ist die Denkmalpflege Teil des Problems und nicht der Lösung. Wenn wir schon beim Thema Kosten sind, diese sind sehr hoch, vor allem wenn man bedenkt,

dass das neu zu erstellende öffentliche WC 220'000 Franken kosten wird. Das ist der Wahnsinn. Zu guter Letzt möchten wir das Geschäft noch aus der Vogelperspektive betrachten. Dabei fällt auf, dass der ganze Perimeter schlecht ausgenutzt ist. Die Parzelle ist völlig zersiedelt. Auf dem Areal sind nur zweistöckige Bauten, während ringsherum viel höher gebaut wurde. Und das an einem Ort, der bestens erschlossen ist. Ein Bahnhof, ÖV-Anbindung, die Autobahn und auch Einkaufsmöglichkeiten sind in unmittelbarer Nähe. Eigentlich müsste diese Parzelle viel besser genutzt werden – Stichwort innere Verdichtung. Auf diesem Areal könnten locker neben dem Schulhaus noch 100 Wohnungen gebaut werden, von mir aus auch preisgünstige. Aber wenn man es unterlassen hat, dieses Areal neu zu denken und die Stadt mutig weiterzuentwickeln, wird wegen der Sanierung in den nächsten 50 Jahren dort nichts passieren. Dafür werden wir, um den dringend benötigten Wohnraum bereitzustellen, Kulturland und auch biodiverse Grünflächen bebauen. Eine nachhaltige Stadtentwicklung sieht anders aus. Aber wie erwähnt, wir werden das Geschäft annehmen.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank und für die SVP-Fraktion, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich noch anmerken, dass es offenbar seit neuestem das Ratsreglement nicht mehr gilt. Die Sitzung sollte eigentlich seit 10 Minuten beendet sein. Ich verzichte jetzt aber auf einen entsprechenden Ordnungsantrag, um die Sitzung zu verlängern und mache es kurz. Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, was gesagt wurde wegen der PV-Anlage, dass die nach 27 Jahren erst rentiert. Zeigt mir eine PV-Anlage, die überhaupt 27 Jahre lang auf dem Dach ist. Die Hersteller geben irgendwelche Herstellergarantien von 3 bis 5 Jahren. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die 27 Jahre lang dort drauf ist und nachher dann auch rentiert. Und vielleicht noch zu sagen, dass es das Ganze verzögert. Also bitte, das ist eine geringfügige Änderung. Die Stadt hat selber eine Behörde, das Bauinspektorat, wo man das eingeben kann. Das ist überhaupt kein Problem und hier hat man einmal mehr wirklich die Möglichkeit, Geld zu sparen. Man will es nicht und man sieht nicht ein, dass die Denkmalpflege wirklich das grosse Problem ist in dieser Stadt.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Das Wort hat jetzt der Gemeinderat. Die Stadtpräsidentin Marieke Kruit und Ursina Anderegg teilen sich das Votum. Zuerst Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Mit diesem Geschäft geht es um eine notwendige und sinnvolle Investition in unsere Bildungsinfrastruktur. Das Gebäude an der Morgartenstrasse 2A gehört zur denkmalgeschützten Volksschule Wankdorf und weist heute bauliche und energetische Mängel auf, die geplante Teilsanierung der Gebäudehülle und des Dachs ist deshalb dringend erforderlich, um weitere Bauschäden zu vermeiden und das Gebäude auf einen zeitgemässen energetischen Standard zu bringen. Gleichzeitig werden im Erdgeschoss die Räume der Ganztagesbasisstufe sowie die Schulleitungsbüros an heutige Anforderungen angepasst, insbesondere hinsichtlich Hindernisfreiheit, Brandschutz, Akustik und Schulraumausstattung. Damit verbessern wir die Lern- und Arbeitsbedingungen für Kinder und Mitarbeitende spürbar. Aus Synergiegründen wird zudem die Sanierung der Kanalisation auf dem Areal integriert, wie sie vom Tiefbau Stadt Bern verfügt wurde. Ebenfalls vorgesehen ist der Bau eines Rollparks gemäss dem städtischen Umsetzungskonzept Velo-Freizeitanlagen.

Damit entsteht ein zusätzlicher Bewegungs- und Begegnungsraum für Kinder und Jugendliche. Das Projekt berücksichtigt auch verschiedene Prüfaufträge des Stadtrats, etwa eine öffentliche Toilette auf dem Schulareal, Massnahmen gegen Hitze im Aus-

senraum sowie zusätzliche Photovoltaikanlagen. Insgesamt handelt es sich um ein gut abgestimmtes Projekt, das notwendige Sanierungen mit Verbesserungen für Schule, Quartier und Umwelt verbindet. Wir bitten euch dann auch, dem Baukredit zuzustimmen. Aber noch kurz zum Antrag der SVP zur Photovoltaikanlage. Es stimmt, dass die Emch+Berger AG für die geplante Anlage am Gebäude eine vergleichsweise lange Amortisationszeit ausweist. Gemäss Studie rechnet sich die Investition erst nach rund 27 Betriebsjahren vollständig. Das ändert jedoch nichts daran, dass die Anlage einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen lokalen Energieproduktion der Stadt leisten kann. Und jetzt übergebe ich zu später Stunde noch das Wort an meine Kollegin.

1. Vizepräsidentin: Besten Dank. Ursina Anderegg hat das Wort.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Wir können mit diesem Zwischenprojekt nun den bestehenden Schulstandort in Sachen Energie, Technik, Pädagogik auf einen zeitgemässen Stand bringen und auch für das Quartier öffnen. Das ist ein sehr gutes Projekt. Auch hier ein pragmatisches Projekt. Und eigentlich hat jetzt Marieke schon alles erwähnt, was hier auch noch auf meinem Zettel steht, aber ich habe mich entschieden, trotzdem hier nach vorne zu kommen, weil ich gerne das letzte Wort habe, und ich bedanke mich sehr für die Unterstützung von euch, von diesem Projekt und für die Geduld und wünsche allen einen schönen Abend.

1. Vizepräsidentin: Herzlichen Dank für die sportliche Diskussion und eure sportlichen Voten. Wir kommen somit zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst über den Antrag ab. Ihr habt ihn als Tischvorlage erhalten. Antrag der SVP, wer dem Antrag zustimmen will, stimmt Grün, Ja, wer ihn ablehnen will, stimmt Rot, Nein. Ihr könnt abstimmen.

Antrag 1
SVP

Auf die Realisierung der vorgesehenen Photovoltaikanlage beim Gebäude 2a ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 025

2024.PRD.0018: Antrag 1

Ablehnung

Ja	10
Nein	53
Enthalten	2

1. Vizepräsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen nun zur Abstimmung über die gesamte Vorlage. Wer dem Antrag des Gemeinderates in der so bereinigten Form zustimmen will, stimmt Grün Ja, wer ihn ablehnt, stimmt Rot Nein. Ihr könnt jetzt abstimmen.

Abstimmung Nr. 026

2024.PRD.0018

Annahme

Ja	61
Nein	6

Enthalten	0
-----------	---

1. Vizepräsidentin: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderates zugestimmt. Vielen herzlichen Dank. Vielen herzlichen Dank auch für eure Flexibilität und das Verständnis für meine erste Stadtratssitzung, die ich leiten durfte. Schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Folgende Geschäfte wurden nicht behandelt. Sie werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Traktandum 7: Postulat: Öffentliche Toilette in der Nähe der Felsenaubrücke / Aareschlaufe bei Bremgarten; Ablehnung

2025.SR.0215

Traktandum 8: Interpellation: Wie viele Kommunikations- und Marketing-Mitarbeitende arbeiten in der Verwaltung der Stadt Bern?

2025.SR.0268

Traktandum 9: Interpellation: Trotz den historisch besten Arbeitsbedingungen ist die Abwesenheitsrate der städtischen Angestellten auf einem historischen Höchststand. An was könnte das liegen?

2025.SR.0293

Traktandum 10: Motion: Referendum Zumiete Velostation Welle 7: Vertragsverlängerung. Der Gemeinderat muss mit der rechtsgültigen Unterzeichnung des Vertrags zuwarten bis der Stimmbürger über das Referendum entschieden hat! Oder der Gemeinderat muss zumindest einen entsprechenden Vorbehalt anbringen; Annahme als Richtlinie / Begründungsbericht

2025.SR.0131

Traktandum 14: Motion Fraktion GB/JA! (Devrim Abbasoglu-Akturan, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): PEQ: die Energie-Strategie für die zukünftigen Areale in Bern; Abschreibung Punkt 2

2019.SR.000041

Traktandum 15: Motion Freie Fraktion AL/GaP/PdA (Luzius Theiler, GaP) - übernommen durch Valentina Achermann (SP): Öffnung der Gartenanlage des Erlacherhofes; Abschreibung

2018.SR.000116

Traktandum 16: Motion Fraktion GLP/JGLP (Corina Liebi, JGLP/Michael Ruefer, GLP): Erwerbsanreiz statt Ruhestandsrente – Anpassung der Gemeinderatsrenten; Abschreibung Punkt 1

2021.SR.000041

Traktandum 17: Interfraktionelle Motion SP, AL/GPD-DA/PdA+, GB/JA!, GLP (Martin Krebs, SP/Christa Ammann, AL/Seraina Patzen, JA!/Melanie Mettler, GLP/Matthias Stürmer, EVP) - übernommen durch Nora Krummen (SP): Standplätze für Fahrende – Keine Räumung im Buech!; Abschreibung Punkt 2

2016.SR.000125

Traktandum 18: Motion: SP/JUSO: Leistungsvertrag mit dem Verein Museumsquartier; Annahme als Richtlinie

2025.SR.0237

Vorstösse und GRSR-Revisionen

Hier finden Sie die parlamentarischen Vorstösse, sowie Änderungsanträge Teilrevision GRSR, welche anlässlich der Stadtratssitzung vom 12. März 2026 eingereicht wurden.
<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/8443486208.php>

2026.SR.0091 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Kreislaufwirtschaft 2 – Prüfung eines Berner Kreislaufhauses als Innovations- und Transformationsplattform

2026.SR.0096 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Alexander Feuz (SVP)/Nicolas Lutz (Mitte): Wohlschmeckende gesunde, nachhaltige, regionale und ökologische Ernährung an möglichst allen städtischen Schulstandorten; Produktionsküchen mit frisch zubereiteten Mahlzeiten vor Ort unter freiwilligem Einbezug der Schülerinnen und Schüler für das Kochen!

2026.SR.0099 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Externe Überprüfung der Abläufe bei Planungs- und Bauprojekten der Stadt Bern

2026.SR.0089 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Ronja Rennenkampff (JA!)/Mirjam Läderach (GB)/Anouk Ursin (AL): Soziale und kulturelle Werte der Anstadt weiterhin ermöglichen (JA!GB/AL/PdA/TiF)

2026.SR.0090 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Kreislaufwirtschaft 1 – Standortklärung Berner Kreislaufhaus ewb Areal in Ausserholligen VI

2026.SR.0092 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Erarbeitung und Vorlage einer städtischen Polizeistrategie

2026.SR.0095 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Dringliche Motion: Erhalt des Lehrschwimmbeckens im Schulhaus Kleefeld sicherstellen

2026.SR.0093 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Anschlusslösung nach der Schliessung der Notschlafstelle Tiefenau

2026.SR.0100 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Verzögerung beim Projekt Steigerhubel und Verbindlichkeit der Rasensportstrategie

2026.SR.0102 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, Bernhard Hess, beide SVP: Neuer Leitfaden für eine diversitätsorientierte Kulturförderung: Was kostet dies den Steuerzahler? Wer zahlt? Was bringt dies der Kunst? Was dem Zuschauer?

2026.SR.0094 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: ESP Wankdorf: Verkehrsentwicklung und Modalsplit

2026.SR.0097 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Archiv zur Geschichte der Bären in Bern

2026.SR.0098 | Interpellation | Eingereicht

Interpellation: Umgang mit digitaler Gewalt, KI-generierter, sexualisierter Gewalt und psychischer Gesundheit an Schulen

Schluss der Sitzung: 22.46 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Vizepräsidentin

27.04.2026

X 

Signiert von: BEATRICE ELISABETH WERTLI MEIERHANS

für das Protokoll

29.04.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi